

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

133 · November 2001

*Monatliche Publikation,
herausgegeben im
Auftrag der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

Editorial	963
Essay	
HELMUT BOCK Unvergessen: Lyon 1831. Von den Anfängen des Klassenkampfes	965
Standorte	
WOLFRAM ADOLPHI Zäsur 11. September	977
FRIEDRICH W. SIXEL Was ist denn nicht »reiner Wahn«?	990
High-Tech und Alternativen	
STEFAN MERTEN Freie Software für eine Freie Gesellschaft	997
HANS JÜRGEN KRYSMANSKI High-Tech-Anti-Kapitalismus: Ein Widerspruch in sich?	1009
Berichtigung	1020
DDR historisch	
SIEGFRIED WENZEL Erfahrungen aus dem ersten Sozialismusversuch in Europa	1021
Konferenzen & Veranstaltungen	
ARNDT HOPFMANN Nachhaltigkeit, Wissenschaftsethik, Globalisierung	1038
SIGRID PFEIFFER Dolly oder das »andere Ich« . Zur ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit	1040

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 1044

Bücher & Zeitschriften

Walter Friedrich, Peter Förster, Kurt Starke (Hrsg.):
Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig
1966-1999. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse
(STEFAN BOLLINGER) 1046

Caroline Gerschlager, Ina Paul-Horn (Hrsg.):
Gestaltung des Geldes
Michael North: Kommunikation, Handel, Geld
und Banken in der frühen Neuzeit
(ULRICH BUSCH) 1048

Wilfried Glißmann, Klaus Peters:
Mehr Druck durch mehr Freiheit. Die neue Autonomie
in der Arbeit und ihre paradoxen Folgen
(ALJOSCHA JEGODTKA) 1049

Bernhard Claußen, Wolfgang Donner,
Gerhard Voigt (Hrsg.):
Krise der Politik – Politische Bildung in der Krise?
Diskurse im Kontext von Globalisierung
und Ost-West-Perspektiven
(ROLAND BACH) 1051

Widerspruch 40
(ARNDT HOPFMANN) 1053

Summaries 1054

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 1056

Editorial

In einem wird die große Schar derer, die die unerhörten terroristischen Greuelthaten vom 11. September kommentiert haben, wohl Unrecht behalten. Die mitunter auch hoffnungsschwangere Feststellung, daß ›danach nichts mehr so sein wird wie bisher‹, wird sich nach Lage der Dinge bis auf einen, allerdings wesentlichen Umstand als voreiliger Trugschluß erweisen; außer in bezug auf die zukünftige weltpolitische Rolle der USA nämlich.

Jener Teil der Welt, der sich gern als ›zivilisiert‹ bezeichnet, hat mit sicherem Instinkt die abscheulichen Terrorattacken in den USA von Anfang an als das dechiffriert, was sie auch tatsächlich waren – der bisher ohne Zweifel spektakulärste Anschlag auf die Hierarchie in einem selbstgefälligen, im Kern ungerechten Gesellschaftsmodell. Nicht etwa in dem Sinn, daß die Terroristen eine demokratischere oder gar gerechtere Gesellschaft zum Ziel hätten, nein, hier geht es allein um die Hackordnung. Es geht darum, wer zukünftig in der Weltpolitik und bei der Verteilung der Weltressourcen das Sagen hat und wer zu welchem Preis an diesen Ressourcen partizipiert. Und die Reaktion ›des Westens‹ war nach der ersten Verunsicherung denn auch bezeichnend: ›Jetzt erst recht‹ wurde allerorten zur Losung für die demonstrative Fortsetzung des abendländisch-kapitalistischen Lebensstils ausgerufen. Nicht nur das big business und die Börsen machen weiter, auch in der ›Spaßgesellschaft‹ rollt der Ball wieder – alles wie gehabt.

Der Gedanke, daß ein Gesellschaftstyp so erfolgreich und anziehend nicht sein kann, wenn es sich lohnt, zu seiner Bekämpfung das eigene Leben dreinzugeben – auch dann noch, wenn der Attentäter gut ausgebildet ist und eine Nische in den Wohlstandsstrukturen gefunden hat –, wird nicht nur verdrängt. Er ist faktisch verboten, selbst wenn die Gipfeltreffen der Repräsentanten dieses Systems, von IWF, Weltbank und WTO bis G8, nirgends mehr ungestört stattfinden können und wenn aus Sicherheitsgründen demnächst hochrangig besetzte Zusammenkünfte nur noch in Bunkern abgehalten werden sollten.

Daß die ›bunte Welt‹ des Westens angefeindet wird, ist längst bekannt, war aber bisher nur schwer faßlich. Was in letzter Zeit allerdings stärker hervortrat, waren vor allem die Proteste der ›Globalisierungsgegner‹. Auch wenn die Gegner des herrschenden Weltwirtschaftssystems in Zukunft sicherlich mit dem Vorwurf konfrontiert werden, dem Terrorismus in die Hände zu arbeiten, ihr Widerstand gegen einen Globalisierungsprozeß von ›oben‹, der selbst strukturell gewaltförmig ist, hat mit Terrorerzessen nichts gemein. Terrorangriffe lassen sich nicht in einen antikapitalistischen Zusammenhang stellen. Mittels brutalem Terror

»rechnet ein reaktionäres, organisiertes Machtpotential«, schreibt Christoph Spehr, »mit einem Gegner ab, der der eigenen Macht im Weg steht; hier wird geschlachtet, weil man sich von den Folgen eine Eskalation verspricht, von der das eigene Machtgebilde ... profitieren soll.«

Jetzt, nach den entsetzlichen Ereignissen, muß Usama bin Ladin als Inkarnation des Bösen herhalten, auch weil mit dieser Dämonisierung jeglicher Protest gegen die durchaus reale ›Gewalt des Globalisierungszusammenhangs‹ delegitimiert werden soll. Notfalls auch ohne zwingenden Beweis will US-Präsident Bush im Auftrag der ›freien Welt‹ nun an bin Ladin und dem Taliban-Regime – das einst mit maßgeblicher Unterstützung der USA via Pakistan in Afghanistan die Macht übernehmen konnte – exemplarisch Gerechtigkeit ›exekutieren‹ und überhaupt einen lange währenden ›Krieg gegen den Terror‹ mit allen Mitteln führen. »Mit anderen Worten«, so Noam Chomsky, »das Verbrechen ist ein Geschenk für die chauvinistische hurratriotische Rechte, für all jene, die nur darauf warten, Gewalt einsetzen zu können, um ihre Interessen zu schützen.« Und dazu haben die NATO-Verbündeten nur allzu eifertig quasi einen Freibrief erteilt. Jetzt können die USA – mit der Blanko-Unterstützung der NATO im Rücken – schalten und walten, wie sie nur wollen: Mit dem Kampf gegen den Weltterrorismus läßt sich nämlich so ziemlich alles überall rechtfertigen! Ob die Verbündeten bei der zweifellos drohenden Ausweitung der Militäroperationen mittun sollen oder aber sich auf logistische Hilfe und finanziellen Beistand beschränken müssen, ist noch offen. So manche Äußerung – allen voran von Verteidigungsminister Scharping – läßt allerdings befürchten, daß einige es hierzulande gar nicht erwarten können, endlich auch militärisch in der ›ersten Liga‹ mitspielen zu dürfen. Bei solcherart Kriegshysterie ist es jedoch angezeigt, sich daran zu erinnern, daß »im Kampf des Guten gegen das Böse ... es immer die einfache Bevölkerung (ist), die die Toten stellt« (Eduardo Galeano).

Während über das Arsenal der gegen den Terrorismus in Anschlag zu bringenden Kampfformen noch spekuliert werden darf – und auf diesem Gebiet sollte man die Entschlossenheit und den Erfindungsreichtum vor allem der US-Administration nicht unterschätzen –, sind die mahnenden Worte von der notwendigen Verbindung von Demokratie und Gerechtigkeit im Weltmaßstab inzwischen weitgehend ergebnislos verhallt. Dabei wäre genau dies die Herausforderung an die ›zivilisierte Welt‹ – nach der ›Erfindung‹ eines westlich-universellen Demokratiesystems dieses mit einem System globaler Gerechtigkeit zu koppeln. Denn Demokratie ohne Gerechtigkeit ist einfach zu wenig, um in einer Welt friedlich leben zu können, in der ein großer Teil der Bevölkerung (von mehr als sechs Milliarden!) mit dem Rücken zur Wand täglich ums schiere Überleben ringt und eine winzige Minderheit im Vergleich dazu in unglaublichem Reichtum schwelgt. Vor wenigen Wochen hat George W. Bush zudem den Ausstieg der USA aus dem Klimaprotokoll verkündet und damit das Gnadengesuch der Umwelt und zukünftiger Generationen zugunsten der Rettung eines fragwürdigen Wohlstandsmodells arrogant abgelehnt. Und jetzt soll es also so weitergehen, schon damit die Terroristen sehen, daß sich die ›westliche Zivilisation‹ nichts und niemandem beugen wird. Aber gerade darin, daß es jetzt – schon aus Trotz – bestimmt so weitergehen wird, liegt die eigentliche Bedrohung.

HELMUT BOCK

Unvergessen: Lyon 1831. Von den Anfängen des Klassenkampfes

Die Französische Revolution von 1789 war eine *offensive* Revolution gewesen. Sie hatte im Namen der freiheitlichen Prinzipien des Naturrechts und der Volkssouveränität das Recht des »Widerstands gegen Bedrückung« und somit auch des Bürgerkrieges proklamiert, sich aber fünf Jahre lang entwickeln müssen, bis auf den Trümmern der feudalen Aristokratie und den Leichen der Führer des Jakobinerturns die frühe Bourgeoisie triumphierte.

Die Pariser Julirevolution von 1830 dagegen war eine *defensive* Revolution. Sie praktizierte das Widerstandsrecht gegen den Staatsstreich des zurückgekehrten Emigrantenadels. Sie verteidigte die bürgerliche Staatsverfassung und die Pressefreiheit in einer bürgerkriegsmäßigen Straßenschlacht, und indem sie die Konterrevolution niederwarf, bekräftigte die Revolution von 1830 die Große Revolution von 1789.

Die an der »heißen Juliwoche« zu Paris beteiligten Kräfte wirkten in einer Art von Arbeitsteilung, bei der wahrhaftig zu sagen ist, daß das Volk die Kastanien aus dem Feuer holte, die die Besitzklasse wiederum verzehren wollte. Diese nämlich reagierte auf den Staatsstreich nur mit Protestnoten, ließ den Börsenkurs fallen, schloß einige Werkstätten und erzwang die Androhung einer Steuerverweigerung – der Waffe aller Eigentümer, die an den Fiskus zahlten. Die proletarischen Blusenmänner und die studentische Jugend hingegen, zudem Kleinbürger, Intellektuelle, Veteranen der napoleonischen Armee, bewaffneten sich und warfen in den altstädtischen Quartiers die Barrikaden auf. Sie bezwangen die Truppen des Restaurationsregimes in dreitägigen Kämpfen und hißten am 29. Juli 1830 die blauweißrote Trikolore anstelle des bourbonischen Lilienbanners auf dem Louvre und den Tuilerien.

Solange die Gefechte unentschieden wogten, hielt sich die Bourgeoisie im kugelsicheren Hintergrund. Sobald das Volk siegte, griff ihre einflußreichste Fraktion nach der Regierungsgewalt. Die Wortführer der schwerreichen Finanzaristokratie warnten vor der Gefahr einer »Anarchie«. Sie befeindeten jakobinisch gesinnte Revolutionäre wegen ihrer Forderung nach republikanischer Volkssouveränität, alarmierten die bürgerliche Öffentlichkeit wegen bevorstehender »Bedrohung des Eigentums und der persönlichen Sicherheit«. Den Einfluß der Massen auf demokratische Institutionen einer Republik fürchtend, erstrebte die Großbourgeoisie ein erneuertes Königtum. Sie betrieb ihre monarchistische Propaganda für den Herzog Louis-Philippe von Orléans. Tatsächlich wählte die liberalistisch ge-



Helmut Bock - Jg. 1928,
Historiker, Prof. em. Dr. phil.
habil., Berlin.

Frühe Entlarvung des schönegeredeten »Bürgerkönigtums« in der deutschen Literatur: »Das sind die Gutsbesitzer, die reichen Bankiers, die Krämer, die sich mit einem vornehmen Wort die *Industriellen* nennen. Diese Menschen, die fünfzehn Jahre lang gegen alle Aristokratie gekämpft – kaum haben sie gesiegt, noch haben sie ihren Schweiß nicht abgetrocknet und schon wollen sie für sich selbst eine neue Aristokratie bilden: eine Geldaristokratie, einen Glücksritterstand.«
Ludwig Börne, Briefe aus Paris. Vierzehnter Brief, 17. November 1830.

sinnte Mehrheit des Abgeordnetenhauses, das vor der Revolution aufgrund eines sehr einengenden Zensuswahlrechts entstanden war, den Herzog zum gekrönten Haupt einer konstitutionellen Monarchie, die sich als »Juste-milieu« (richtige Mitte) zwischen legitimistischer Bourbonendynastie und bürgerlicher Republik aufbaute.

In jenen Tagen tönten die Kernsprüche der neuen Regierung immerhin unter dem Eindruck der revolutionierten Massen, ihres Sieges in den blutigen Kämpfen. Der einstweilige Ministerpräsident Laffitte soll zwar den selbstgefälligen Ausspruch getan haben: »Von nun an werden die Bankiers herrschen!« Der Minister Dupin aber fühlte sich an moralische Verpflichtungen gemahnt: »Wenn, wie es heute geschieht, eine Dynastie sich gründet auf den Heroismus der Arbeiter, dann muß die Dynastie auch etwas für das Wohl dieser heroischen Arbeiter tun.« Es dauerte allerdings kaum einen Monat, da wagten die Amtsträger des »Juste-milieu« die Errichtung sozialer und politischer Schranken. Gegen Forderungen der Arbeiter nach besseren Löhnen und Kürzung der extremen Arbeitszeiten proklamierte der Präfekt des Pariser Departements Seine die »freien Rechte« des entfesselten Liberalismus: Alle diese Eingaben seien ungesetzlich – sie widersprächen »dem Prinzip der Freiheit und der gewerblichen Tätigkeit«.

Seitdem rauchte in der frischgebackenen Julimonarchie ein Schwelbrand, dessen Glut in Arbeiterprotesten und Demonstrationen aufflackerte. Doch die neuen Machthaber legten den Blusenmännern die alte Gesetzesschlinge um den Hals: Sie verfügten am 1. April 1831 die Wiedereinführung des Arbeitsbuchzwanges und des Koalitionsverbotes. Am Tage darauf erwirkten sie obendrein einen Parlamentsbeschluß gegen Volksansammlungen. Wie auf dem Pariser Marsfeld von 1791 und in den Jahren des napoleonischen Kaiserreiches, konnte nun jede Demonstration, die nicht nach dreimaliger Aufforderung auseinanderging, zusammengeschoßen werden. Doch diese Drohung schreckte die Blusenmänner wenig. Sie wehrten sich in Lohnkämpfen und Streiks gegen Kapitalisten, die tagtäglich ihre erkennbaren Ausbeuter waren.

Auch in Lyon, der zweitgrößten Stadt Frankreichs, dem traditionsreichen Zentrum der Seidenindustrie, stritten die Arbeiter gegen eine Herabsetzung ihrer Löhne. Dort war die Produktionsstruktur noch durch eine Organisationsform gekennzeichnet, die dem Manufakturwesen näher stand als modernem Industriekapitalismus. An der Spitze der Sozialpyramide thronte eine kleine Oberschicht reicher Handelskapitalisten, die sich »Fabrikanten« nannten und deren Anzahl für die Seidenfabrikation von 1831 exakt mit 392 angegeben wird. Sie ließen ihr Kapital »arbeiten«, indem sie mit Hilfe von Kommissionären den Rohstoff einkauften, ihn zum Zweck der Verarbeitung an zahlreiche kleinere Werkstätten verteilten und die fertigen Produkte gegen niedrigen Macherlohn pro Stück wieder einzogen, um mit Gewinn auf in- und ausländischen Märkten zu verkaufen. Abhängig von diesem Verlagssystem, gliederten sich die eigentlichen Produzenten in zwei Schichten: rund 9 000 Meister, die je zwei bis acht Webstühle besaßen, an denen sie mit Familienangehörigen und einigen Lohnarbeitern die Seide herstellten – und eben die mit-

arbeitenden Proletarier, die ihren Lohn von den Meistern empfangen. Waren letztere als Produktionsmittelbesitzer noch Vertreter des gewerblichen und industriell tätigen Kleinbürgertums, so bildeten die bei ihnen in Lohn stehenden 30 000 Männer, Frauen und Jugendlichen das frühe Proletariat der Stadt Lyon. Auf ihm lastete das ganze Sozialgerüst: Die kapitalistischen Unternehmer drückten auf die Meister, die Meister drückten auf die Lohnarbeiter. Weil aber Meister und Arbeiter gemeinsam für Macherlohn webten und unter dem Preisdiktat der Unternehmer standen, sahen beide in nicht wenigen Fabrikanten ihre Lohnschneider und Schinder. Sie führten den Arbeitskampf vereint.

Im Herbst 1831 stritten sie für die dauerhafte Festsetzung eines Stücklohntarifs, der empfindlich sank, weil die ursprünglich führende Marktstellung der Lyoner Seidenfabrikate durch englische, deutsche und schweizerische Handelskonkurrenz gebrochen wurde. Die Fabrikanten wälzten ihre Verluste auf die Produzenten ab und trafen damit eine Arbeiterschaft, die größtenteils unter dem Existenzminimum vegetierte. Bei fünfzehnstündigem Arbeitstag, ohne Pausen für Ruhe und Essen, erhielt ein Weber den durchschnittlichen Jahresverdienst von 450 Franken. Das amtlich berechnete Existenzminimum eines Arbeiters ohne Familie betrug jedoch im Jahr 1831 für Nahrung, Kleidung, Wohnung, Licht und Heizung 547 Franken in der Stadt Lyon, 300 in den ländlichen Gebieten. Viele Lohnarbeiter lebten in der Vorstadt Croix-Rousse, wo in lichtlosen, stinkenden Mietskasernen fünf bis acht Personen jeweils in einem Zimmer hausten. Das Elend der Lyoner Frühproletarier war sprichwörtlich. 1828 waren in der Stadt 9 032 Kinder ausgesetzt worden.

Der Lyoner Präfekt Bouvier-Dumolard, ein Beamter aus Napoleons Tagen, wollte die Not der Arbeiter lindern. Er hielt es für die Pflicht eines Staatsbeamten, im Tarifstreit zwischen Fabrikanten und Arbeitern als ein humaner und ausgleichender Schiedsrichter zu wirken. Deshalb berief er einen möglichst unparteiischen Sachverständigenrat, der am 11. Oktober 1831 erklärte: »In Betracht, daß es allgemein bekannt ist, daß viele Fabrikanten einen gar zu geringen Arbeitslohn bezahlen, ist es nützlich, daß ein Tarif für das Minimum des Arbeitspreises festgesetzt werde.« Bis die Verhandlungen zustande kamen, vergingen zwei Wochen. Unruhige Arbeiter drängten auf eine beschleunigte Lösung. Quertreibende Fabrikanten dagegen beschuldigten den Präfekten des Mißbrauchs der Staatsgewalt.

Endlich, am 25. Oktober, fanden Tarifverhandlungen statt. Am Morgen zog eine Menschenmenge von Croix-Rousse in die im Tal zwischen den Flüssen Rhône und Saône liegende Stadt hinunter. Dort stellte sie sich als düstere, schweigende Masse vor das Gebäude der Präfektur, um die Lohnentscheidung abzuwarten – unbewaffnet, nur ein Fahmentuch der Trikolore hoch über den Köpfen. Die Verhandlungen endigten mit der Fixierung eines Minimaltarifs, von dem der zeitgenössische Historiker Louis Blanc schreibt: »[...] So groß war die Mäßigung der Arbeiter, daß einzelne Verrichtungen, für welche man vor zwölf Tagen noch acht Sous bezahlt hatte, zugunsten der Fabrikanten um ein Achtel herabgesetzt wurden.« Doch das Abkommen verhieß ein Ende der Lohnkürzungen, und die Sachverständigen der Präfektur versprachen, die Einhaltung des Vertrages zu

überwachen. Die Proletarier illuminierten ihre Quartiere, feierten den Erfolg der Tarifverhandlung mit Gesängen und Tänzen.

Es gab Fabrikanten, die den Tarif für gerecht hielten, weil er die Habsucht der Spekulanten zügeln und die Konkurrenz in Lyon selbst mäßigen konnte. Andere jedoch verleugneten die amtliche Kommission. Sie stießen Drohungen gegen den Präfekten aus: »Was ist dieser Tarif anderes, als ein kecker Eingriff in die Freiheit der Übereinkunft? Und wie stünde es fortan um unsere Sicherheit, wenn es der Gewalt (Staatsmacht – HB.) erlaubt wäre, in Sachen der Industrie einzuschreiten und den ungestümen Forderungen der Arbeiter eine willfährige Unterstützung zu leihen?« Mehr als hundert Fabrikanten schickten eine Protestschrift an die französische Nationalversammlung. Als einige Regierungsvertreter sich gegen den Tarifabschluß erklärten, bekamen Präfekt Dumolard und sein Sachverständigenrat weiche Knie: Sie nannten das Abkommen eine bloße Ehrenverpflichtung ohne Gesetzeskraft und versäumten die Erfüllung ihres Versprechens, wonach sie jeden Tarifverletzer zur Rechenschaft ziehen wollten.

Der Tarif wurde fortwährend gebrochen. Die Lohnarbeiter, die sich betrogen fühlten, beschlossen einen einwöchigen Streik, worauf Lyons Militärkommandant sofort reagierte, indem er die kasernierten Linientruppen in Alarmbereitschaft versetzte. Auch die Posten der zivilen Nationalgarde wurden verdoppelt. Indessen wagten einige Unternehmer dreiste Provokationen. Ein Fabrikant empfing die Abordnung seiner hungernden Arbeiter mit Pistolen. Von einem anderen ist die Äußerung überliefert: »Wenn sie kein Brot im Bauch haben, so wollen wir ihnen Bajonette hineinstecken.«

Am Montag, dem 21. November 1831, war Streiktag. In Croix-Rousse versammelten sich am frühen Morgen knapp vierhundert mit Stöcken bewaffnete, von einem Mitglied ihrer Tarifkommission angeführte Seidenarbeiter. Sie wollten, daß bis zur Anerkennung des Minimaltarifs keine Maschinen mehr betrieben würden und gingen in die Werkstätten, um jeden noch Tätigen zur Arbeitsniederlegung aufzufordern. Da aber marschierten etwa fünfzig Mann der Nationalgarde heran und fällten auf Kommando die Bajonette: »Wir müssen diese Kanaille da wegfegen!« Die Arbeiter umzingelten die Truppe. Im Handgemenge wurden die Nationalgardisten entwaffnet oder in die Flucht geschlagen.

Der Lärm des Scharmützels rief viele Menschen herbei, unter denen jetzt der Gedanke entstand, die friedliche Demonstration vom 25. Oktober zu wiederholen. Sie bildeten Viererreihen, zogen in langer Kolonne talwärts, fanden jedoch den Weg in die Stadt von Nationalgarde versperrt. Dies waren Gardisten der ersten Legion, die im Unterschied zur zweiten Legion bessere Uniformen trug und sich in der Mehrzahl aus Fabrikanten, deren Söhnen und Mitarbeitern rekrutierte. Sie luden ihre Gewehre, feuerten in die dichte Masse der Demonstranten, so daß acht Arbeiter fielen. In wilder Erregung rannte die Menge nach Croix-Rousse zurück und schrie in den Gassen: »Zu den Waffen, man ermordet unsere Brüder!«

Das war die Stunde des ersten proletarischen Aufstands der Weltgeschichte. Aus den Häusern liefen Arbeiter, die sich mit Knüppeln,

Kritik eines deutschen politischen Emigranten:
 »Ludwig Philipp, der dem Volk und den Pflastersteinen des Julius seine Krone verdankte, ist ein Undankbarer, dessen Abfall um so verdrießlicher, da man täglich mehr und mehr die Einsicht gewinnt, daß man sich gröblich täuschen lasse. Ja, täglich geschehen offenbare Rückschritte, und wie man die Pflastersteine, die man in den Julitagen als Waffe gebrauchte, [...] jetzt wieder ruhig einsetzt, damit keine äußere Spur der Revolution übrigbleibe: so wird auch jetzt das Volk wieder an seine vorige Stelle, wie Pflastersteine, in die Erde zurückgestampft und, nach wie vor, mit Füßen getreten.«
 Heinrich Heine:
 Französische Zustände.
 Artikel I. Paris,
 28. Dezember 1831.

Schaukeln, Mistgabeln, Jagdfinten bewaffneten. Sogar Nationalgardisten der Vorstadt, zumeist Webermeister und Kleinhändler, fraternisierten mit ihnen, überließen den Arbeitern ihre Infanteriegewehre und zwei Kanonen. Bei dröhnendem Trommelschlag sammelte sich die Menge unter einer schwarzen Fahne, auf der die Losung geschrieben stand: »Vivre en travaillant ou mourir en combattant« (Arbeitend leben oder kämpfend sterben). Es war der Wahlspruch von Ausgebeuteten, die in der bürgerlichen Gesellschaft das »Recht auf Leben« durch ausreichenden Arbeitslohn für sich und ihre Familien erringen wollten. So zogen sie wiederum in Richtung Lyon und besetzten die Straße Grande-Côte.

Gegen Mittag rückte eine Kolonne von Nationalgardisten und Linientruppen heran. An der Spitze der Präfekt und der kommandierende General. Sie wollten die ansteigende Straße besetzen, an deren Ende eine starke Barrikade stand. Plötzlich prasselte aus den anliegenden Häusern ein Hagel von Steinen, Dachziegeln und Gewehr-kugeln herab. Der Präfekt selbst und andere wurden getroffen. Die Truppe zog sich zurück. Weil die Aufständischen aber Verhandlungen anboten, stiegen der Präfekt und der General über die Barrikade. Sie gedachten, in der Vorstadt vom Balkon der Bürgermeisterei zu versammelten Arbeitern zu sprechen, wurden freilich mit gellenden Rufen empfangen: »Arbeit oder Tod!« Kaum begann der Präfekt seine Rede, so unterbrach ihn das Krachen von Gewehrsalven, die vom Ortsrand herüberschallten. »Rache! Rache! Wir sind verraten!« schrien die Arbeiter. Sie entrissen den beiden Ordnungshütern den Degen und setzten sie in Gefangenschaft.

Tatsächlich hatte der Kampf aufs neue begonnen. Lyons 1800 Mann starke Garnison und die weit zahlreichere Nationalgarde, numerisch etwa 10 000 Mann, war den Trommeln des Generalmarsches gefolgt und mit scharfer Munition ausgerüstet worden. Eine Schwadron von Dragonern ritt unter dem Schutz der Artillerie die Karmeliterstraße hinauf, schwärmte über die Hochebene von Croix-Rousse und schoß – zusammen mit nachdrängender Nationalgarde – auf die Proletarier, die sich in ihren Häusern verschanzten und zur Wehr setzten. Es gab Tote und Verwundete. Gegen Abend veranlaßten die Arbeiter den gefangenen General, seinen Truppen den Rückzug zu befehlen. Auch der Präfekt wurde aus seiner Haft entlassen, da er versprach, in der Stadt für die gerechte Sache der Lohnarbeiter zu wirken. Einige, die argwöhnisch waren, wurden von der Mehrheit laut überstimmt: »Es lebe der Vater der Arbeiter!« Die Proletarier beklagten ihre Toten. An Lagerfeuern und in den Quartieren erwarteten sie den nächsten Tag.

Am Dienstagmorgen, dem 22. November, läuteten Lyons Kirchenglocken. Abermals schlugen die Trommler den Generalmarsch. Soldaten eines Linienregiments, das in der Nacht zur Verstärkung eingetroffen war, zogen den Karmeliterhügel hinauf, um sich noch einmal der Hochebene von Croix-Rousse zu bemächtigen. Sie kamen nicht weit, eine Überzahl von Arbeitern zwang sie zur Waffenstreckung. Die Straßen nach Lyon lagen frei und offen.

Wir wissen nicht genau, wie viele Proletarier an diesem Tag die Hügel hinunterstürmten, um sich mit Wut, Verzweiflung, zäher Gewalt in die Stadt zu werfen. Es müssen Tausende gewesen sein,

zumal sich auch die Arbeiter der übrigen drei Vorstädte erhoben. Manche waren darunter, die in Napoleons Armeen das »Waffenhandwerk« gelernt hatten. Sie begannen den Aufstand mit Knüppeln, kämpften bald aber mit Säbeln und Bajonetten, Pistolen und Gewehren. Nationalgardisten der zweiten Legion – Angehörige des Kleinbürgertums, die sich für die Fabrikanten nicht schlagen mochten – wechselten die Front und brachten ihre Waffen mit. Ein erklärter Republikaner namens Drigeard-Desgarnier, der ein Waffenmagazin besaß, verteilte seine Gewehre. Drei Waffenläden und zwei Kasernen wurden erobert. Ein Haupttrupp belagerte das Pulvermagazin.

Den ganzen Tag lang wurde an vielen Punkten der Stadt gekämpft. Am härtesten waren die Gefechte an den Ufern und Brücken der Rhône, wo die Artillerie der Regierungstruppen über den Fluß hinweg auf die Vorstadt Les Brotteaux zielte, die Kavallerie zur Attacke ritt und die Fabrikanten, von ihren Häusern gedeckt, auf die von jenseits andrängenden Arbeiter schossen. Ungeachtet der Artillerie, die mit Kartätschen feuerte, stürmten die Blusenmänner über die Brücken. Schritt für Schritt und Straße für Straße schnürten sie den Sperring um das Stadthaus, den Sitz der örtlichen Regierung.

Dieser Kampf riß die Kluft zwischen den Klassen auf. Selbst diejenigen Angehörigen der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums, die seit der Julirevolution für Volkssouveränität und allgemeines Wahlrecht eingetreten waren, in Klubreden »Freiheit« und »Gleichheit« beschworen hatten, mußten in dieser entfesselten Wirklichkeit bekennen, ob sie praktisch gewillt waren, die Menschen- und Bürgerrechte für alle – auch für mißachtete Proletarier – zu verfechten. In dieser Stunde der Wahrheit starben die Phrasen. Die bürgerlich-ideale Rhetorik der »Fraternité!«, der Brüderlichkeit aller Menschen und Bürger, erstickte im Pulverrauch, im rasenden Gewühl, wo Rache geschrien, Menschen niedergemacht und Leichen in die Flüsse geworfen wurden.

Am Abend hatten die Aufständischen das Pulvermagazin besetzt, das Stadthaus und die angrenzenden Plätze dicht eingekreist. Die Kampfmoral vieler Liniensoldaten schien gebrochen. Man hatte in den Erzählungen von der Pariser Julirevolution stets den Übertritt der Linienregimenter auf die Seite des Volkes als eine patriotische Tat gepriesen – nun war schwerlich einzusehen, daß man das Volk metzeln müsse, bloß weil es für einen vertraglichen Tarif und gegen den Hungertod kämpfte. Hinzu kamen physische Ermattung und Verpflegungsnot. Lyons administrative und militärische Häupter, die zuletzt im Stadthaus fast wie in einer Mausefalle saßen, verabschiedeten um Mitternacht ein wortreiches Kommuniqué. Sein bloßer Inhalt besagte, daß das Militär »durch bedeutende Verluste hart mitgenommen« und nicht mehr zu kämpfen gewillt, zum Teil sogar übergelaufen sei, und weil von der »15 000 Mann starken Nationalgarde nur noch hundert unter den Waffen« stünden, müsse man »die Stellung des Stadthauses verlassen«, um eine vorteilhaftere Position »außerhalb der Mauern einzunehmen«. Der Präfekt hingegen wurde bestimmt, auf seinem Posten auszuharren.

Dann erfolgte der Rückzug. Die Reste von drei Linienregimentern und einige Abteilungen der Nationalgarde retirierten mitsamt ihren

Geschützen. Die Arbeiter aber waren wachsam. Wieder krachten Schüsse, gellte der Ruf »Zu den Waffen!« In das Alarmgeläut der Kirchenglocken mischte sich noch einmal das Getöse der Artillerie, die einige Barrikaden zusammenschloß, um den Fluchtweg zu gewinnen. Das Rückzugsgefecht brachte neue Verluste. Keuchend, entnervt, ihre Verwundeten nachschleppend, retteten sich die Regierstruppen in die Ortschaft Montessuy, wo endlich die Waffen schwiegen.

Der Präfekt und die Häupter der Munizipalbehörde, der Stadtverwaltung also, schlichen nun ebenfalls aus dem Stadthaus, nicht ohne eine zweite Rechtfertigung zu formulieren. Da ihnen der Schrecken die Feder führte, meldet der Text, »daß in diesem Augenblick die vollständigste Desorganisation in der Stadt vorwaltet, daß der Aufstand alle Gewalten beherrscht und daß die Gesetze, die Behörden, ohne Macht sind«. Minuten später besetzten die Aufständischen das Stadthaus, das politische Zentrum Lyons. Am 23. November 1831, morgens zwei Uhr, waren sie die Herren der Stadt.

Erst am 24. November, nachdem sich ein Nebel gelichtet hatte, begannen mechanische Telegrafen, die Nachricht des Aufstands und des Arbeitersieges zu verbreiten. Auf der Börse stürzten die Kurse. Die Staatsregierung beratschlagte fieberhaft. Bürokraten und Besitzbürger fürchteten gnadenlose Rache und zügellose Anarchie.

Doch Lyons Sieger überraschten durch das völlige Gegenteil. Dieben und Plünderern drohte die Todesstrafe. Kreditinstitutionen wurden geschützt, so daß keine einzige Kasse verschwand. Aus den Gefängnissen wurden die Schuldgefangenen befreit, indes die Verbrecher streng bewacht blieben. Die Behörden durften im Amt bleiben. Auch der Präfekt konnte wieder ins Stadthaus kommen, seinen Anordnungen wurde Folge geleistet. Bewaffnete Blusenmänner patrouillierten zusammen mit Nationalgardisten für »Ordnung und Sicherheit«. Die anderen kehrten in die Werkstätten zurück und begannen wieder zu arbeiten.

Vergeblich riefen politische Gegner des Julikönigtums zur Bildung einer neuen Regierung auf. Die Arbeiterkommission, die vor dem Aufstand mit den Unternehmern über den Lohntarif verhandelt hatte und weiterhin als Repräsentant der Proletarier galt, überreichte dem Präfekten am 24. November eine durchaus loyale Adresse. »Wir müssen erklären, daß bei den eben stattgefundenen Ereignissen in Lyon politische und aufreizende Einflüsterungen von keinerlei Einfluß waren; wir sind Louis-Philippe, dem König der Franzosen, und der Verfassung absolut ergeben. Wir sind von den reinsten und heißesten Gefühlen für die soziale Freiheit und für Frankreichs Aufschwung erfüllt, und wir hassen alle Parteien, die sie verletzen wollen.«

Lyons Oberstaatsanwalt hatte tägliche Geheimberichte an den Justizminister in Paris gesendet, worin er von »barbarischer Pöbelwut« und »Katastrophe« schrieb. Noch am 23. November meldete er im Jargon der Obrigkeit, daß die Stadt der »Anarchie« preisgegeben sei. Am Tage darauf berichtete er mit sichtlichem Erstaunen: »Alle Widersprüche treten bei unserer Bevölkerung in Erscheinung. Sie ist hungrig – und plündert nicht; sie ist in den Aufstand getreten – und mißbraucht nicht ihren Sieg; sie hat die Obrigkeit nicht anerkannt,

Sofortige Deutung des
Lyoner Aufstands:

»Dieser Kasimir Périer hat darüber frohlockt, daß in den blutigen Geschichten von Lyon gar nichts von Politik zum Vorschein gekommen und daß es nichts als Mord, Raub und Brand gewesen! Es sei nichts weiter als ein Krieg der Armen gegen die Reichen, derjenigen, die nichts zu verlieren hätten, gegen diejenigen, die etwas besitzen. Und diese fürchterliche Wahrheit, die, weil sie eine ist, man in den tiefsten Brunnen versenken müßte, hielt der wahnsinnige Mensch hoch empor und zeigte sie aller Welt! [...] Es ist wahr, der Krieg der Armen gegen die Reichen hat begonnen, und wehe jenen Staatsmännern, die zu dumm oder zu schlecht sind, zu begreifen, daß man nicht gegen die Armen, sondern gegen die Armut zu Felde ziehen müsse. Nicht gegen den Besitz, nur gegen die Vorrechte der Reichen streitet das Volk; wenn aber diese Vorrechte sich hinter dem Besitze verschanzen, wie will das Volk die Gleichheit, die ihm gebührt, anders erobern, als indem es den Besitz erstürmt?«

Ludwig Börne: Briefe aus Paris. Sechzigster Brief, 1. Dezember 1831.

aber sie hat die Fahne dieser Obrigkeit nicht verlassen. Sie ging über die Kommunalbehörden hinweg, um zu kämpfen, doch nach der Schlacht bot sie diesen Behörden ihre materielle Unterstützung an. Diese Bevölkerung hat auf Rache verzichtet [...], Personen und Eigentum werden geachtet, wenn man von einem einzigen zerstörten Hause absieht.«

Die Arbeiter besaßen keinerlei Vorstellung von einer Eroberung politischer Macht für proletarische Klasseninteressen. Sie hatten die Waffen im Widerstand gegen die blutige Herausforderung der Bourgeoisie und ihrer Militärgewalt ergriffen – und begnügten sich nun mit der Genugtuung ihres Sieges. Allein die Festsetzung des gerechten Lohntarifs war das Ziel ihres Kampfes, der aber rund tausend Tote und Verwundete gekostet hatte. Der Präfekt Bouvier-Dumolard blieb für sie eine Hoffnung und Beschwichtigung zugleich: Er schien noch immer die lebendige Garantie für gesicherte Löhne zu sein.

Indessen sammelte die Regierung Louis-Philippes starke Truppenverbände um Lyon. Sie beauftragte eigens den Kriegsminister Soult und den Kronprinzen mit der militärischen Wiederbesetzung der Stadt. Dort fügte man sich dem amtlichen Gebot, die Waffen den Behörden abzuliefern. Als aber am 3. Dezember 1831 die Armee mit etwa 20 000 Mann, mit Kavallerie und Artillerie, ohne jeden Kampf einrücken konnte und die Ursache der sozialen Empörung zur offiziellen Entscheidung stand – wurden die Lohnforderungen der Seidenweber im Namen der »Freiheit des Handels und des Gewerbes« abermals verworfen. Lyons Präfekt erhielt seinen Abschied, weil er sich durch den Versuch, ein Tarifabkommen zu vermitteln, in die liberalistischen Rechte der Fabrikanten eingemischt habe. Die Regierung des »Juste-milieu« interpretierte das Verhältnis zwischen Unternehmern und Lohnarbeitern als eine vertragsrechtliche Beziehung frei konkurrierender Partner. Sie hatte allerdings eilends die riesigen Machtmittel des Staates zum Einsatz gerufen, sobald es galt, die ökonomischen Interessen des Unternehmertums gegen die sich organisierenden Arbeiter zu schützen.

Der Lyoner Weberaufstand von 1831 war die erste Massenerhebung des Proletariats. Er war ein neuartiger Typus des Bürgerkrieges. Politische Unruhen, Aufstände, Revolutionen hatte es in der früheren Geschichte viele gegeben. Stets waren soziale Unzufriedenheit und Volksempörungen ein Faktor in diesen Kämpfen gewesen; sie hatten beeinflußt, verschärft, zugespitzt. Doch die jeweiligen Zeitgenossen hatten diese nur als Element einer konfliktreichen, umfassenden Krise, eines Kampfes für Veränderung der Regierung, der Gesetze, der Verfassung oder der ganzen Staatsform, also auf dem Weg zu einer besseren politischen Ordnung aufgefaßt. Seit einigen Jahrzehnten waren auch frühproletarische Arbeitskämpfe, Streiks, Maschinenstürme nicht mehr unbekannt; es gab sie in England, Frankreich, Belgien, Deutschland, überhaupt in den Ländern, wo die Industrielle Revolution zu wirken begann. Aber ein Arbeiteraufstand, der eine Regierungsarmee von rund zehntausend Mann besiegte, der eine große, international bedeutende Industrie- und Handelsstadt mit Waffengewalt eroberte, war ein noch nie geschehener Vorgang. Er war bürgerlichen Politikern und Ideologen derart fremd,

daß es ihnen schwer fiel, diesen Bürgerkrieg als alleinigen Ausdruck des Sozialwiderspruchs ihrer Gesellschaft zu erklären.

Ministerpräsident Casimir Périer, der am 25. November 1831 vor dem Abgeordnetenhaus über erste Regierungsmaßnahmen gegen den Aufstand berichtete, nannte das Ereignis zwar von »ernster Art«, sprach aber nur von traditionellen Vergeltungsschlägen mittels rein politischer Gewalt. Eine Adresse der Abgeordneten an den König kam dem sozialen Kern der Erscheinung etwas näher, weil die Repräsentanten des reichen Bürgertums in Lyons Arbeitererhebung eine Gefahr für die besitzenden Klassen witterten: »Die Sicherheit der Personen ist frevlerisch angegriffen, das Eigentum ist in seinem Prinzip gefährdet, die Freiheit der Industrie ist mit Vernichtung bedroht, die Stimme der Obrigkeit ist nicht gehört worden.« Doch auch diese Parlamentarier vermochten den König und seine Minister nur mit den politischen Argumenten eines Verfassungsdenkens anzuspornen, wonach es galt, den Willen der wahlberechtigten Eigentümer gegen eine »Minorität« von Rechtsbrechern durchzusetzen. »Wir schätzen uns glücklich, Sire, Ihnen im Namen Frankreichs die Mitwirkung seiner Deputierten anzubieten, um den Frieden überall, wo er gestört werden sollte, wieder herzustellen, alle Keime der Anarchie zu ersticken, die geheiligten Grundsätze zu befestigen, auf welchen sogar die Existenz der Nation beruht, das glorreiche Werk der Julirevolution aufrecht zu erhalten und überall dem Gesetze Kraft und Recht zu sichern.« In allen diesen Äußerungen wurde der Arbeiteraufstand grundsätzlich nur mit traditionellen Maßstäben gemessen und wie eine politische Verschwörung, ein Attentat, ein Landfriedensbruch beurteilt. Als Eruption des sozialen Antagonismus der neuen Gesellschaftsordnung wurde er nicht begriffen.

Den gordischen Knoten, der hier aus Beschränktheit, Halbwissen und falschem Bewußtsein geknüpft war, durchschlug erst zwei Wochen nach dem Aufstand das »Journal des Débats«, Blatt der regierenden Finanzaristokratie. Ein offiziöser Artikel alarmierte am 8. Dezember 1831 alle Schichten des Bürgertums gegen eine unausweichliche Gefahr: »Der Lyoner Aufstand hat ein wichtiges Geheimnis aufgedeckt: den Kampf innerhalb der Gesellschaft zwischen der Klasse der Besitzenden und der Klasse der Besitzlosen.« Mit diesen Worten wurde der objektiv existierende Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit benannt. Er wurde als das Krebsgeschwür eben jener neuen Ordnung charakterisiert, die seit 1789 gegen den Feudaladel erkämpft und schrittweise ausgestaltet worden war.

Weitere Sätze des Textes lauten: »Unsere Handels- und Industriegesellschaft hat wie alle anderen Gesellschaften ihre Wunde: die Arbeiter. Es gibt keine Fabrik ohne Arbeiter, doch bei einer immer wachsenden und immer bedürftigen Arbeiterbevölkerung gibt es keine Ruhe für die Gesellschaft [...]. Die Barbaren, die die Gesellschaft bedrohen, [...] hausen in den Vororten unserer Fabrikstädte [...]. Sie leiden Elend. Wie sollten sie keine besseren Zustände anstreben? [...] Wie könnten sie der Versuchung widerstehen, einen Überfall auf die Bourgeoisie zu machen? Sie sind stärker, zahlreicher [...]. Es ist notwendig, daß sich die Mittelklasse vollständig der Lage der Dinge bewußt werde [...]. Die Mittelklasse wäre betrogen, wenn sie sich von irgendwelchen demagogischen Grundsätzen dazu

Über den Ministerpräsidenten Périer, der die Weber erneuter Ausbeutung unterwerfen ließ:

»Dieser Mann ist der Atlas, der die Börse und das Haus Orleans und das ganze europäische Staatsgebilde auf seinen Schultern trägt, und wenn er fällt, so fällt die ganze Bude, worin man die edelsten Hoffnungen der Menschheit verschachert, und es fallen die Wechselstische und die Kurse und die Eigensucht und die Gemeinheit.«

Heinrich Heine:
Französische Zustände.
Artikel IV. Paris,
1. März 1832.

Offizielle Interpretation des sozialen Widerspruchs, um die bürgerliche »Mittelklasse« an das finanzaristokratische Regime zu binden. Weitere Textproben aus dem »Journal des Débats«:

»Wenn Sie auf die Zahl der Handels- und Industrieklasse blicken und sehen, wie groß die Zahl der Arbeiterklasse in jeder Industriestadt ist, dann müssen Sie über das Mißverhältnis entsetzt sein. Jeder Fabrikant lebt in seiner Fabrik wie die Plantagenbesitzer unter ihren Sklaven, zahlenmäßig verhalten sie sich wie eins zu hundert, und der Lyoner Aufstand kann gewissermaßen mit einer Rebellion auf St. Domingo verglichen werden.

Die Barbaren, die die Gesellschaft bedrohen, bewohnen weder den Kaukasus noch die tatarischen Steppen, sie hausen in den Vororten unserer Fabrikstädte [...].

Neben der Mittelklasse gibt es eine proletarische Bevölkerung, die sich in einem Zustande der Erregung befindet und von Zuckungen ergriffen ist, die nicht weiß, was sie will, wohin sie geht, was sie angeht? Es geht ihr schlecht. Sie will eine Veränderung. Das ist eine Gefahr für die moderne Gesellschaft, daraus können Barbaren erstehen, die diese Gesellschaft zerstören.

hinreißen ließe, ihren Feinden dummerweise Waffen und Rechte einzuräumen, wenn sie die proletarische Flut in die Nationalgarde, in die Gemeindeinstitutionen hineinließe, wenn sie ihr die Wahlgesetze und alles, was zum Staat gehört, zugänglich machte. [...] Es handelt sich hier nicht um die Republik, nicht um die Monarchie, es handelt sich um die Rettung der Gesellschaft.« Das war die Interpretation des Klassenkampfes vom Standpunkt der Erhaltung des kapitalistischen Eigentums und des bürgerlichen Staats. Die herrschende Finanzbourgeoisie trommelte die »Mittelklasse«, die bürgerliche Intelligenz, zumal die Industrie- und Handelsbourgeoisie, zur Sammlung gegen das frühe Proletariat.

Die Lyoner Arbeiter kämpften nur für soziale Forderungen. Aber der Bürgerkrieg, die Wiederbesetzung der Stadt, die Entwaffnung, die erneute Zurückweisung der Tarifvereinbarung – dies alles war von desillusionierender Wirkung und trieb Klassenbewußtsein hervor. Der Oberstaatsanwalt von Lyon meldete ein grassierendes »Koalitionsfieber« unter der Arbeiterschaft. Obwohl die ökonomische Krise im folgenden Jahr 1832 abflaute, erreichten die Streiks in den französischen Städten ein bislang nie gekanntes Ausmaß. Immer öfter wurde in diesen Arbeitskämpfen auf den Weberaufstand gewiesen.

Die Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins vollzog sich nicht nur in geschlossenen Klubs und Volksvereinen, sondern in aller Öffentlichkeit: Das Bürgerkönigtum Louis-Philippes schien nicht mehr die Heimstatt der Menschen- und Bürgerrechte zu sein, wofür doch die Masse der Julirevolutionäre gutgläubig gefochten hatte. Es war eine Monarchie der »Reichen«, eine Staatsform, die nicht zögerte, im Notfall ihren ganzen gewaltigen Staatsapparat für die Interessen der großen und mittleren Eigentümer einzusetzen. Diese Erkenntnis hatte zur Folge, daß sich ein Teil der Arbeiterschaft radikalisierte, indem er die starre Scheidung zwischen sozialen Forderungen und politischer Bewegung als Irrtum erkannte. Weil aber diese Proletarier eigene politische Organisationen und erfahrene Arbeiterführer nicht besaßen, wandten sie sich republikanisch gesinnten Intellektuellen und radikalen Kleinbürgern zu. Die politische Tradition des Jakobinismus verschmolz mit den Ideen aus dem Erbe des Gracchus Babeuf, seiner frühkommunistischen »Verschwörung der Gleichen«, und dem sozialistischen Denken aus den Schulen Saint-Simons und Fouriers.

Zwei Monate nach dem Aufstand, am 1. Februar 1832, sprach Auguste Blanqui, zuvor Führer der republikanisch gesinnten Studentenbewegung und Barrikadenkämpfer der Julirevolution, auf einer öffentlichen Versammlung des Zentralbüros der »Gesellschaft der Volksfreunde« vor fünfzehnhundert Menschen in Paris. Er verspottete die Bourgeoisie, die in dem König Louis-Philippe »la boutique incarnée«, den fleischgewordenen Kramladen, gewählt habe – und zwar in ihrem rein egoistischen Interesse, nicht dem Allgemeininteresse des Volkes von Frankreich. Dabei verknüpfte er die jakobinische Auffassung der Volkssouveränität, das heißt der demokratischen Republik, mit den babouvistischen Ideen des Kampfes gegen die Ausbeuter: Es gelte, »die menschenmörderische Organi-

sation der Gesellschaft so umzuformen, daß der Gewinn der Arbeit den Arbeitern zukomme und keiner das Instrument eines anderen sei«.

Dieser »Volksfreund« Blanqui hatte bereits am 12. Januar 1832 vor dem Geschworenengericht des Departements Seine wegen regierungsfeindlicher Tätigkeit unter Anklage gestanden. Er hatte bezeugt, wie sehr jetzt das spätjakobinische Republikanertum von der »sozialen Frage« der Arbeiter durchtränkt war: Für 30 Millionen Franzosen forderte er die Erfüllung des »Rechts auf Leben« ein. – Diesen Anspruch aber denunzierte der Staatsanwalt als eine Grundgefahr der bestehenden Gesellschaft. »Sehen Sie«, warnte er den Richter und die Geschworenen, »das ist der Krieg der Armen gegen die Reichen; allen Besitzenden muß daran liegen, den Ansturm abzuwehren. Wir führen Ihnen Ihre Feinde vor; schlagen Sie sie, bevor sie noch furchtbarer werden.«

Als der staatlich besoldete Sicherheitsapostel einen solchen Ton anschlug, zerriß Blanqui den Schleier des Irrtums und der Lüge, die Illusionen der Julirevolution. Er entlarvte die durch sie gewonnene »Freiheit« als das Vorrecht einer besitzenden Minderheit, deren Existenzbedingung die Unfreiheit der arbeitenden Mehrheit war. So verwandelte er die Bank des Angeklagten in eine Volkstribüne revolutionärer und zugleich sozialer Demokratie: »*Jawohl, meine Herren, dies ist der Krieg zwischen Reichen und Armen; die Reichen haben es so gewollt, denn sie sind die Angreifer [...].* Es ist nicht das erste mal, daß sich die Schinder als Opfer hinstellen [...]. Welch einen Abgrund enthüllten die Lyoner Ereignisse unseren Augen! Das ganze Land war aufgewühlt von Mitgefühl angesichts dieser Armee halbverhungertes Gespenster, die in das Kartätschenfeuer liefen, um wenigstens auf einen Schlag zu sterben [...]. Diese Männer [...], die ganz Europa zu seiner Erneuerung nötig hatte, ringen mit dem Hunger [...]. Das haben die Doktrinäer aus dem Frankreich der Julirevolution gemacht.« Es waren die Blumenmänner, die Barrikadenkämpfer der Julirevolution, an die Blanqui jetzt erinnerte. »Wer hätte das in jenen Tagen des Taumels für möglich gehalten, als [...] er diese [...] Arbeiter sah, denen die Bourgeois, die zitternd aus den Kellern kamen, um die Wette die Lumpen küßten und von deren Uneigennützigkeit und Mut sie schluchzend vor Bewunderung erzählten – wer hätte gedacht, daß diese Arbeiter vor Elend auf ebendem Straßenpflaster sterben würden, das sie sich erobert hatten, und daß ihre Bewunderer sie zur *Plage der Gesellschaft* stempeln könnten.«

Die gesellschaftlichen Resultate der Julirevolution widersprachen den Verheißungen der Menschen- und Bürgerrechtsdeklarationen von 1789 und 1793, den Erwartungen realer »Freiheit« und »Gleichheit«. Infolge der daraus entstandenen Enttäuschung und Kritik wagte Blanqui die Voraussage einer nochmaligen und besseren Revolution. »Meine Herren, ist es nicht etwas unvorsichtig, Menschen so schonungslos zu beschimpfen, die euch einen Vorgesmack ihrer Kraft gegeben haben und sich nun in einer Lage befinden, schlimmer als jene, die sie zum Kampf trieb? [...] Es ist leicht, Männern das Bajonett auf die Brust zu setzen, die ihre Waffen nach dem Sieg abgegeben haben.« Dieser Angeklagte und Stimmführer der »Armen« schloß mit einer Metapher, die die wahren Sieger der Juli-

Man kann doch nicht wünschen, daß die Gesellschaft auf den Kopf gestellt werde und daß der Schwanz die Stelle des Kopfes einnehme. [...] Es hieß gegen die Erhaltung der Gesellschaft vorgehen, wollte man denjenigen politische Rechte und nationale Waffen geben, die nichts zu verteidigen haben und die alles nehmen können. Das sollte die Mittelklasse besser als irgend jemand aus den Lyoner Ereignissen erkennen, sonst ist sie betrogen und hat ihren eigenen Untergang heraufbeschworen.

Die Proletarier werden die moderne Gesellschaft zugrunde richten, wenn diese sich nicht bemüht, ihnen einen Teil des Eigentums zu überlassen, oder wenn sie sie zu aktiven und bewaffneten Bürgern macht, bevor sie sie zu Eigentümern gemacht hat.«

Journal des Débats. Paris, 8. Dezember 1831; zit nach Eugen Tarlé: Der Lyoner Aufstand, in: Marx-Engels-Archiv, Bd. 2.

revolution und ihr nachwirkendes Echo mit historischem Optimismus auszeichnete. »Die Gewehre des Juli habt ihr beschlagnahmt. Gewiß, aber die Kugeln sind abgefeuert. Jede Kugel der Pariser Arbeiter nimmt ihren Weg um den Erdball, und alle treffen ohne Unterlaß. Sie treffen so lange, bis kein einziger Feind der Freiheit und des Glücks des Volkes mehr aufrecht steht.«

Das geschah eineinhalb Jahre nach den »glorreichen Julitagen« und wenige Wochen nach dem Aufstand der Seidenweber Lyons. Der 27jährige Mann, der die Revolution von 1789 noch lange nicht am Ziel glaubte, sollte noch reifen – ganz wie die Klasse, von der hier die Rede war: zum kommenden Mann der kommenden proletarischen Bewegung, dem namhaftesten französischen Arbeiterführer des 19. Jahrhunderts. Indessen schrieb der Demokrat Ludwig Börne aus dem Pariser Exil an seine Leser in Deutschland von einer bislang unbekanntem gesellschaftspolitischen Tatsache: »Der *Krieg der Armen gegen die Reichen* hat begonnen.« Das sozialrevolutionäre Schlagwort, das dem Vokabular Babeufs und Buonarrottis entnommen war, drückte in vager Diktion die aktuelle Wirklichkeit aus: den beginnenden Klassenkampf in der »früh-modernen«, kapitalistischen Industriegesellschaft.

Literatur:

Louis Blanc: Geschichte der zehn Jahre von 1830 bis 1840, Teil 3, Zürich-Winterthur 1843.

Eugen Tàrlé: Der Lyoner Aufstand, in: Marx-Engels-Archiv, Bd. 2, hg. v. D. Rjasanov, Frankfurt a. M. 1927.

Joachim Höppner/Waltraud Seidel-Höppner: Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx, 2 Bde, Leipzig 1975.

Maurice Moissonnier: Les Canuts. Volksmassen und bürgerlich-demokratische Revolution in Lyon, in: Rolle und Formen der Volksbewegung im bürgerlichen Revolutionszyklus. Studien zur Revolutionsgeschichte, hg. v. Manfred Kossok, Berlin 1976.

Kurt Holzapfel (Hg.): Die Lyoner Arbeiteraufstände 1831 und 1834 (Textsammlung: L. Blanc, L.-A. Blanqui, L. Börne, E. Tàrlé), Berlin 1984. Rezension v. H. Bock: Der Lyoner Aufstand 1831, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 4/1987.

WOLFRAM ADOLPHI

Zäsur 11. September

Dieser Aufsatz wurde geschrieben zwischen dem 27. und dem 30. September 2001. Die Leserinnen und Leser von »UTOPIE kreativ« erreichen wird er Ende Oktober. Niemand vermag zu sagen, was bis dahin an Reaktionen auf den 11. September geschehen sein wird. In den Medien überschlagen sich die Meldungen, wann und wie »es losgehen« wird mit Vergeltung und Krieg. Ich nehme auch dann, wenn es zu den von vielen befürchteten militärischen Schlägen der USA kommen wird, mein Werben für neue Nachdenklichkeit nicht zurück.

Der 11. September 2001 wird – dieser Satz ist in den Tagen seither ungezählte Male in Zeitungen geschrieben und vor Fernsehkameras und Radiomikrofonen gesprochen worden – als Tag einer von Menschenhand gezeugten ungeheuren Katastrophe in die Geschichte eingehen. Im Abstand von nur wenigen Minuten sind im Luftraum über New York und Washington gleich drei Mal aus voll besetzten Passagierflugzeugen, die sich im Linienverkehr befanden, Waffen gemacht worden. Waffen, deren Sprengkraft weit über die von herkömmlichen Bomben hinausging und deren Unberechenbarkeit jede Cruise Missile in den Schatten stellt. Das Wahrzeichen des modernen New York, das 400 Meter hohe, zwillingsstürmige World Trade Center, wurde von zweien dieser Flugzeuge dem Erdboden gleichgemacht, und das Wahrzeichen des militärischen Selbstbewußtseins der USA, das Pentagon, von einem dritten in seinem Herzen getroffen. Mehr als sechstausend Menschen fanden den Tod, Bürgerinnen und Bürger der Vereinigten Staaten die meisten, Hunderte aber auch aus anderen Ländern. Das World Trade Center war wirklich ein Zentrum des Welthandels.

Die Tragödie des 11. September wurde weltweit erlebt, weil die Fernsehbilder live um die Welt gingen, und weltweit waren so auch Schock und Trauer. In Deutschland gab es eine wohl selten erlebte Übereinstimmung in der Beurteilung des Ereignisses: Alle im Bundestag vertretenen Parteien brachten gleichermaßen zum Ausdruck, daß diese Terroranschläge mit nichts, aber auch gar nichts, gerechtfertigt werden können. Alle erklärten, daß die USA beim Aufspüren der Täter und ihrer Hintermänner solidarisch unterstützt und diese einer gerechten Strafe zugeführt werden müssen. Und welche der Reden vom 12. September man sich auch hernimmt: Sie alle waren zudem bestimmt von Unsicherheit, Sorge und Angst. Es war unübersehbar: Mit den Twin Towers sind auch die scheinbar so ehernen Koordinatensysteme politischer Selbstgewißheiten zusammengebrochen.



Wolfram Adolphi – Jg. 1951; Dr. sc., Diplom-Staatswissenschaftler, veröffentlicht seit 1976 zu Themen der internationalen Beziehungen (China-Politik Frankreichs und der USA in den siebziger Jahren, Entwicklungen in der asiatisch-pazifischen Region, deutsch-chinesische Beziehungen im Zweiten Weltkrieg), arbeitet seit 1992 in der Redaktion von »UTOPIE kreativ« mit und publiziert Arbeiten insbesondere zur Entwicklung der PDS, ist seit 1999 als Mitarbeiter in der PDS-Bundestagsfraktion tätig.

So lautet für alle die Frage gleichermaßen: Und wie nun weiter? Die Linke ist gut beraten, wenn sie sich an der Suche nach Antworten nachdenklich, kritisch, selbstkritisch und offen beteiligt.

Ungewiß: die Täterschaft

Ende September – zum Zeitpunkt, da dieser Aufsatz entsteht – sind trotz intensivster Ermittlungsarbeit des FBI in den USA und ausgedehnter internationaler Fahndungskoooperation die Verantwortlichen für die Terroranschläge noch nicht gefunden.

Zwar gab es aus den USA schon sehr schnell Nachricht, daß der aus einer reichen saudi-arabischen Familie stammende und seit Jahren in Afghanistan lebende *Usama bin Ladin*, den man als Oberhaupt eines weltweit gespannten Netzes von Terroristen vermutet, als Hauptverdächtiger gelte, aber wirklich überzeugende Beweise dafür blieben bisher aus.¹ Experten wie der Politikwissenschaftler *August Pradetto* von der Bundeswehr-Universität Hamburg zeigten sich davon nicht überrascht. *Bin Ladin*, erklärte er am 19. September gegenüber der *Welt*, sei zwar ohne Zweifel »ein Topterrorist, der eine Reihe Verbrechen begangen hat«. Er werde aber »seit Jahren von westlichen Geheimdiensten gejagt«, und da die Vorbereitung der Anschläge vom 11. September viele Jahre gedauert haben müsse, könne sie keinesfalls von einem Land wie Afghanistan aus bewerkstelligt worden sein. Das Täterprofil weise »auf sehr erfahrene Täter«. Die Betreuung eines »Schläfers« etwa wie des acht Jahre lang in Hamburg lebenden arabischen Studenten *Mohammed Atta*, von dem man mit großer Sicherheit annimmt, daß er es war, der eines der beiden Flugzeuge so zielgenau in die Twin Towers stürzte, setze bei den Hintermännern voraus, daß sie »ihr Handwerk verstanden und intime Kenntnisse über das Umfeld hatten«. *Bin Ladin* sei vor diesem Hintergrund »vielleicht ein Bestandteil des Terrorkommandos, aber kein wesentlicher«.

Die Brisanz dieser Aussage ist, daß sie die längst zum »Allgemeingut« gewordene Auffassung, wonach die Täterorganisation gar keine andere sein könne als eine arabische, islamische oder islamistische, bereits an ihrem alles entscheidenden Ausgangspunkt in Frage stellt. Und *Pradetto* bleibt Überlegungen, wer denn als Täter außerdem in Frage käme, nicht schuldig. »Seit dem Ende der Sowjetunion«, sagt er, gebe es »eine Anarchisierung der Weltpolitik«. Die Sowjetideologie habe antiamerikanische, antiwestliche und anti-kapitalistische Einstellungen »gebunden«. Jetzt aber seien diese Bindungen zerfallen, und so sei es nicht auszuschließen, »daß sich ehemalige Geheimdienstler aus diesem Umfeld mit anderen Kräften verbunden haben«².

Mit anderen Kräften? Das Feld ist weit und unübersichtlich – und Aufklärung darüber, wann und wo es solche Verwicklungen bereits in der Vergangenheit gegeben haben könnte, geschieht – wie es ja eben für Geheimdienste typisch ist – praktisch nie. Man denke nur – zum Beispiel – an den bis heute mysteriös gebliebenen Mord am schwedischen Premierminister *Olof Palme* in Stockholm am 28. Februar 1986. Hartnäckig hält sich die politisch keineswegs zu weit hergeholt Vermutung, daß südafrikanische Geheimdienste, denen *Palmes* Kampf gegen die Apartheid ein Dorn im Auge war, ihre

1 Die Beweislage ist offensichtlich so heikel, daß eine Offenbarung der Details auch eine Menge Einsichten in die Arbeitsweise und den Erkenntnisstand der US-Geheimdienste offenbaren würde. Nicht zuletzt deshalb ist über die US-amerikanischen Beweise als Basis für die Erklärung des »Bündnisfalls« durch die NATO bislang nichts Konkretes bekannt geworden.

2 Die *Welt* vom 19. September 2001.

Hände im Spiel gehabt haben könnten. Die Fantasie muß her, um den Mangel an Aufklärung zu ersetzen. Beim gar nicht zufällig ebenfalls aus Schweden stammenden und in Mozambik lebenden Romancier *Henning Mankell* kann man in der Kriminalstory *Die weiße Löwin* die politisch und sozial schlüssigsten Verbindungslinien finden. Da wird irgendwann Mitte der neunziger Jahre ein Attentat auf den südafrikanischen Präsidenten *Nelson Mandela* geplant: von weißen südafrikanischen Geheimdienstlern, die auf entlegenen schwedischen Bauernhöfen schwarze südafrikanische Berufskiller durch ex-sowjetische KGB-Oberste auf ihre ›Mission‹ vorbereiten lassen.³ Nur Fantasie?

Gewiß ist – um noch einmal auf die Überlegungen *August Pradettos* zum Täterprofil zurückzukommen –, daß es sich um eine ganze Organisation ebenso perfekt ausgebildeter wie unvorstellbar skrupelloser Täter gehandelt haben muß. Grausame Präzision und eiskalt ins tödliche Werk gesetzte Logistik, gepaart mit der fanatischen Bereitschaft zu tausendfachem Mord und gleichzeitiger Dreingabe des eigenen Lebens – das ist es, was wir bisher sicher erkennen konnten.

Aber: Ein Staat ist nicht zu sehen, der dies alles veranlaßt hat, und auch keine der bekannten politischen Organisationen. Also eine ›Privatisierung‹ des Krieges? Aber warum? Zu welchem Ende? Cui bono?

August Pradetto hält es für möglich, daß es sich um eine »gezielte Provokation« gehandelt haben könnte. »Geheimdienste«, meint er, »wissen die Reaktion des Gegners vorherzusehen«, und so könne das Ziel der Anschläge darin bestanden haben, »die NATO in einen Krieg gegen die islamische Welt zu ziehen«⁴. Aber welche Geheimdienste – und welche hinter ihnen stehenden Auftraggeber – könnten es sein, die ein solches Interesse haben? Und sich dabei – damit alles gut in ein mental schon lange vorbereitetes Raster paßt – arabischer Attentäter bedienen?

Andererseits: Fundamentalistisch-islamistischer Terror ist ja nichts Unbekanntes. In Algerien wütet er als Bandenterror seit Jahren und hat dort Zehntausende Opfer gefordert. Das Taliban-Regime in Afghanistan terrorisiert die Bevölkerung des Landes mit totaler Unterdrückung der Frauen und mit einem Regime drakonischer Strafen gegen Frauen und Männer bei selbst kleinsten Verletzungen der ›reinen Lehre‹. Der Haß auf ›die westliche Gesellschaft‹ und ›den Kapitalismus‹ gehört zu den konstituierenden Elementen der diesen Terror tragenden Ideologismen. Diejenigen, die ihn ausüben, diesen Terror, sind in nichts und gar nichts Repräsentanten oder Stimme der Unterdrückten dieser Welt. Aber vieles deutet darauf hin, daß sie ein Interesse daran haben könnten, durch Eskalation der Spannungen einen offenen Konflikt zwischen dem Westen und der islamischen Welt zu provozieren, der sie in eine solche Repräsentanten- und Führungsrolle hinein brächte.

Also mehrere Interessengruppen, die sich in der ungeheuerlichen Provokation getroffen haben?

Die Fragen bleiben, und es ist angeraten, sie weiter stehen zu lassen – auch über den Tag, da möglicherweise einige Gewißheiten gewonnen sind, hinaus. Denn allein ein Blick in heutige Tageszei-

3 Vgl. Mankell, Henning: *Die weiße Löwin*, Roman, München 1998.

4 Die Welt vom 19. September 2001.

tungen – es ist der 28. September 2001 – ruft nachdrücklich ins Bewußtsein, daß brutale, menschenverachtende Gewalt und mit Selbstopferungsbereitschaft gepaarter Haß natürlich keineswegs nur in bestimmten Kulturkreisen, Religionen oder geographischen Räumen zu Hause sind. Im schweizerischen Zug, also in einer der wohlhabendsten Gegenden der Erde überhaupt, hat gestern ein Einheimischer einer – wie es heißt – nicht bearbeiteten Aufsichtsbeschwerde wegen ein ganzes Kantonsparlament zusammengeschossen. 14 Menschen sind tot, weitere 14 verwundet. Und aus dem nordirischen Belfast melden die Agenturen eine neue ›Nacht der Gewalt‹ – im nun schon fast ›ewigen‹ und allen Beschwörungen von zivilgesellschaftlicher Fortgeschrittenheit trotzendem Konflikt zwischen Protestanten und Katholiken. Noch in schlimmer Erinnerung ist der Terrorakt von Oklahoma City. Am 19. April 1995 wurden durch eine Explosion in einem Behördengebäude 168 Menschen getötet. Als Schuldiger wurde der US-Bürger *Timothy McVeigh* – ein Golfkriegsveteran – ausgemacht, verurteilt und hingerichtet.

Weil die Täterschaft ungewiß ist, ist auch die Bedrohung, der wir ausgesetzt sind, eine höchst ungewisse. Sie ist – das hat New York dramatisch zwingend gezeigt – eine Bedrohung, die die Menschen vollkommen unterschiedslos betrifft, die keinen Unterschied macht zwischen arm und reich, schwarz und weiß, rechts und links oder gläubig und ungläubig. Aus beidem – aus der Ungewißheit und der Unterschiedslosigkeit – muß die Kraft erwachsen, sich zu neuen Antworten durchzukämpfen.

Ungewiß: die Reaktion

Viele Zeichen deuten darauf hin, daß die USA-Regierung auf die Terroranschläge militärisch, ja sogar mit Krieg antworten will. Präsident *George W. Bush* hat am 20. September vor dem Kongreß in Washington erklärt: »Die von uns gesammelten Beweise weisen alle auf eine Reihe lose verbundener Terroristenorganisationen hin, die als Al-Quaida bekannt sind. ... Unser Krieg gegen den Terrorismus beginnt mit der Al-Quaida, aber er wird dort nicht enden. Er wird nicht eher zu Ende sein, bis jede weltweit tätige terroristische Gruppe gefunden, am weiteren Vorgehen gehindert und besiegt worden ist. ... Wir werden alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen – alle Mittel der Diplomatie, alle nachrichtendienstlichen Mittel, alle polizeilichen Instrumente, alle Möglichkeiten der finanziellen Einflußnahme und alle erforderlichen Waffen des Krieges, um das Netzwerk des weltweiten Terrors zu zerschlagen und zu besiegen. Dieser Krieg wird nicht so sein wie der Krieg gegen den Irak vor 10 Jahren, mit seiner gezielten Befreiung eines Gebietes und seinem schnellen Ende. Er wird nicht so aussehen wie der Luftkrieg im Kosovo vor zwei Jahren, wo keine Bodentruppen eingesetzt wurden und nicht ein einziger Amerikaner im Kampf fiel. Unsere Antwort umfaßt mehr als unmittelbare Vergeltung und einzelne militärische Schläge. Die Amerikaner sollten sich nicht auf eine Schlacht, sondern auf einen lang andauernden Feldzug einstellen, wie wir ihn bislang noch nicht erlebt haben.«⁵

Zahlreiche Meldungen in den Tagen vor und nach dieser Rede besagen, daß die USA ihre Militärpräsenz im Persischen Golf er-

5 Hier zitiert nach:
www.zeit.de/reden/
Weltpolitik.

heblich verstärkten und offensichtlich einen Angriff auf Afghanistan vorbereiten. Hinweise auf Afghanistan als mögliches erstes Ziel eines Vergeltungsschlages fanden sich auch in der Bush-Rede: »Die Führung von Al-Quaida hat großen Einfluß in Afghanistan und unterstützt das Taliban-Regime bei der Kontrolle des Großteils des Landes. In Afghanistan sehen wir Al-Quaidas Vision der Welt.«⁶ In der *Financial Times Deutschland* hieß es am 20. September: »So gut wie sicher ist, daß Amerikas Krieg in Afghanistan beginnen wird. ... Militärexperten rechnen mit Bombenangriffen, Marschflugkörpern sowie Attacken durch Spezialtruppen, die Trainingslager und Verstecke der Terroristen zerstören sollen« und damit, »daß Washington zehntausende Soldaten der ›Spezialtruppen‹ entsenden wird, die für extreme Situationen und schweres Gelände ausgebildet sind«⁷.

Eine Woche später, am 26. September, gab es aber aus den USA auch Töne, die diese Orientierung modifizierten. Das habe – so vermutete die *Frankfurter Allgemeine* – durchaus mit dem Hinweis des pakistanischen Außenministers *Sattar* an die USA zu tun, daß »Versuche von außen, die Machtverhältnisse in Afghanistan mit Gewalt zu verändern, ein ›Rezept für ein großes Desaster‹ seien«⁸. Die Äußerungen von US-Verteidigungsminister *Donald Rumsfeld*, wonach der Kampf gegen den Terrorismus nicht rasch und entscheidend »durch einen massiven Angriff oder eine Invasion«⁹ gewonnen werden könne, mußten in diesem Kontext nun als Absage an einen schnellen Angriff auf Afghanistan, den vor allem die Boulevardpresse schon buchstäblich herbeigeschrieben hatte, verstanden werden. Am grundsätzlichen Ziel, einen Krieg – und diesen zuerst in Afghanistan – zu führen, machte *Rumsfeld* indes keine Abstriche. Und noch deutlicher als *Bush* eine Woche zuvor versuchte er, die Amerikaner darauf einzustellen, daß dies kein für das Leben der US-Soldaten relativ gefahrloser Krieg aus der Luft werden würde, sondern einer, bei dem auch Bodenkkräfte zum Einsatz kommen. »Es wird kein aseptischer Krieg sein. Er wird schwierig und gefährlich sein, und es ist wahrscheinlich, daß noch mehr Menschen umkommen werden.«¹⁰

Trotz all dieser nur allzu deutlichen Schritte in Richtung Krieg hatte der ostdeutsche UNO- und Abrüstungsspezialist *Wolfgang Kötter* recht, wenn er unmittelbar nach der Bush-Rede in der Tageszeitung *Neues Deutschland* formulierte: »Entgegen zunächst vorherrschender Erwartung geht die Bush-Administration bisher zurückhaltender vor, als es die Erfahrungen mit ihrer Politik hätten vermuten lassen.«¹¹

Die Gründe dafür sind gewiß mehrere. Klar ist: Eine Niederlage darf sich Bush nicht leisten. Das amerikanische Volk erwartet von ihm Siege – und nur, wenn es diese Siege gibt, wird es auch den Tod von Soldaten der eigenen Seite in Kauf nehmen. Aber klar ist auch: Die im Persischen Golf in Stellung gebrachten Einheiten »benötigen genaue Informationen über präzise Ziele, bevor sie aktiv werden können«¹². Die aber sind in Afghanistan kaum auszumachen. Und: Washington will zweifellos »nicht riskieren, sich neue Feinde zu machen und noch mehr Selbstmordattentäter auf den Plan zu rufen«¹³.

Dämpfend auf ein rasches Losschlagen wirken schließlich auch die Bedenken der Bündnispartner. In den Worten des in London und

6 Ebenda.

7 *Financial Times Deutschland* vom 20. September 2001.

8 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 27. September 2001.

9 Ebenda.

10 Ebenda.

11 *Kötter, Wolfgang: Die Welt in der Krise – was macht die UNO? In: Neues Deutschland* vom 22./23. September 2001.

12 *Financial Times Deutschland* vom 20. September 2001.

13 Ebenda.

New York lehrenden Rechtsprofessors *Philippe Sands* klang das am 18. September so: Um den Selbstverteidigungsfall zu begründen, müßten die USA »erstens zwingend beweisen, daß bin Ladin Drahtzieher war. Zweitens belegen, daß bin Ladin in Afghanistan ist. Drittens, sie müssen Kabul eine Chance geben, bin Ladin auszuliefern. Viertens: Wenn die afghanische Regierung die Auslieferung verweigert, dann dürfen die USA Afghanistan angreifen. Es gibt also eine Menge ›Wenns‹. Sie können nicht einfach angreifen, wen sie wollen. NATO und UNO verlangen den Nachweis einer Verbindung zwischen einem bestimmten Land, einer bestimmten Terrorgruppe und den Anschlägen.«¹⁴

14 Berliner Morgenpost vom 18. September 2001.

Eine Woche später hatte sich an der Unklarheit der Lage noch nichts geändert. Die britische Zeitung *The Independent* kommentierte das so: »Wir haben die etwas merkwürdige Situation, daß Tony Blair kämpferischer als der US-Präsident klingt. Wir hören, was verständlicher ist, daß die Pakistaner über einige der US-Forderungen sehr besorgt sind und daß einige unserer europäischen Partner Angst vor einem ›Abenteuer‹ haben, wie es der deutsche Kanzler Gerhard Schröder nannte. Ganz zu schweigen von den Verwerfungen, die entstehen, wenn Iran und Israel Verbündete werden sollen. Die Notwendigkeit klarer Kriegsziele wird um so deutlicher, je näher das militärische Eingreifen rückt. Was ist das Ziel eines Einsatzes in Afghanistan? Welche Länder gelten offiziell als Staaten, die Terroristen Unterschlupf gewähren? Was wird von ihnen verlangt? Werden wir jetzt Saddam Hussein stürzen? Und wo sind die wasserdichten Beweise, die auf bin Ladin als Täter weisen? Bush sollte aus diesem scheinbaren Krieg keinen richtigen machen, bevor er nicht sagen kann, worum es geht.«¹⁵

15 The Independent vom 27. September 2001, hier nach: dpa 270901 Sep 01.

August Pradetto brachte am 19. September die Risiken eines Loschlagens gegen Afghanistan oder ein anderes Land der persisch-arabischen Region ohne zuverlässige Kenntnis der Täterschaft so auf den Punkt: Wenn das Ziel der Terroristen tatsächlich gewesen sein sollte, die NATO in einen Krieg gegen die islamische Welt zu ziehen, dann seien wir dabei, »in eine ungeheure Falle zu tappen«¹⁶.

16 Die Welt vom 19. September 2001.

Gewiß: der Verlust der Gewißheiten

Der Verlust der Gewißheiten ist zunächst allgemein. Gewiß ist: Bisherige Sicherheitsmodelle von Staaten sind obsolet geworden. Kein nach außen gerichteter Raketenschutzschild hilft gegen regulär im Landesinneren gestartete und in der Luft in Bomben verwandelte Passagierflugzeuge. Kein Radarsystem vermittelt genaue Kenntnis darüber, ob ein Flugzeug gezielt oder aus Gründen technischen Defekts von der vorausberechneten Linie abweicht – noch dazu, wenn, wie geschehen, die Terroristen so gut ausgebildet sind, daß sie diejenigen Apparate, die im Flugzeug der Radarerkennung dienen, auszuschalten vermögen.

Gewiß ist weiter: Die Geheimdienste der USA und ihrer Verbündeten haben versagt. Entweder, weil sie – das wäre indes noch der ›positive‹ Fall – zwar all ihre Kraft auf die Früherkennung einer Bedrohung gerichtet haben, aber am Ende dennoch nicht über die Mittel verfügten, die Bedrohung tatsächlich auszuschalten. Oder aber, weil es – und das wäre dramatischer Höhepunkt der schon oft

beklagten Unkontrollierbarkeit der Geheimdienste – zielgerichtet geschaffene Lücken in ihnen gab, mittels derer die ihnen eigentlich aufgegebenen Aufmerksamkeit bewußt geschwächt wurde.

Gezeigt hat sich außerdem, daß bisherige Gewißheiten auf solchen Gebieten wie Grenzkontrolle, Einwanderungskontrolle oder Überwachung von als sicherheitsgefährdend eingestuften Organisationen, Gruppen oder Einzelpersonen über Bord geworfen werden müssen. Die acht Jahre umfassende ›Schläfer‹-Biographie des *Mohammed Atta* in Hamburg beweist, wie es in einer langfristig geplanten Aktion gerade die strikte Befolgung aller staatlichen Auflagen und Idealvorstellungen sein kann, die jemanden, der zu einem gegebenen Zeitpunkt zum Terror bereit ist, vollständig aller Aufmerksamkeit entziehen kann.

Und ganz erheblich ins Wanken geraten ist schließlich nichts Geringeres als die Gewißheit, daß der deregulierte Markt das Non-plus-ultra modernen Wirtschaftens sein könne. Das beginnt mit der Fragestellung, wie denn Flug- und Flugplatzsicherung zu gewährleisten sind, wenn auf den immer größer und unübersichtlicher werdenden Terminals Gepäckabfertigungs-, Reinigungs-, Reparatur- und Cargodienste aus Kostengründen in die Hand privater Firmen gegeben werden, und es hat mit Überlegungen zur Aufhebung des Bankgeheimnisses mit dem Ziel der Kontrolle internationaler Geldströme, mit denen sich die Terrororganisationen finanzieren, noch lange kein Ende. In der *tageszeitung* vom 22. September spricht *Hannes Koch* schon davon, daß »spätestens seit den Angriffen auf die USA ... die neoliberale Wirtschaftspolitik ihre beste Zeit hinter sich (hat)«, und führt weiter aus: »Die Börsenkurse brechen ein, Firmen wollen hunderttausende Beschäftigte entlassen, von einer Woche auf die andere erscheinen die konjunkturellen Aussichten sehr viel düsterer als zuvor – nicht nur in den USA. Mit dieser Erfahrung schwindet auch das Vertrauen, daß die Kräfte des Marktes ihre heilende Wirkung schon von selbst entfalten. ... In der Krise erweist sich das neoliberale Politikkonzept als Schönwettertheorie.«¹⁷ Es sei dahingestellt, ob das in dieser Unbedingtheit stimmt. Ein treffender Hinweis auf die Komplexität der Folgen des 11. September aber ist es allemal.

Der eingangs geltend gemachte allgemeine Charakter des Gewißheitsverlustes heißt natürlich nicht, daß mit ihm auch gleichermaßen allgemein umgegangen wird. Die Zäsur des 11. September hat ja nichts an der Grundkonstellation der verschiedenen politischen Kräfte geändert, und so wird die Frage der nächsten Monate sein, wie die verschiedenen politischen Kräfte sowohl mit diesem allgemeinen Gewißheitsverlust als auch mit dem Verlust ganz bestimmter Gewißheiten, die nur oder vor allem der jeweiligen politischen Strömung eignen, umgehen werden.

Die Dinge in Deutschland betrachtend, will ich hier auf die Reaktionen von Regierungskoalition und konservativer Opposition in ihrer Gesamtheit nicht eingehen. Zu erkennen sind bei den einen wie bei den anderen zwei Grundlinien, die sich zuweilen ohne Ansehen der jeweiligen Partei treffen und überschneiden. Die eine dieser Grundlinien besteht in einem raschen Rückbesinnen auf Positionen, die vor dem 11. September bereits galten, im unmittelbaren Schock

17 Koch, Hannes: Ende des neoliberalen Zeitalters, in: die *tageszeitung* vom 22. September 2001.

der Ereignisse vielleicht einmal kurz in Zweifel gezogen wurden, nun aber mit doppelter Energie wieder eingenommen werden nach dem Motto: Wir müssen sicherheitspolitisch alles einfach nur entschiedener und konsequenter als zuvor machen. Beispiele dafür sind etwa die Vorschläge von Innenminister *Otto Schily* zur Verschärfung von Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen bei Asylsuchenden, Einwanderern und im Inland, die sich auf sehr beunruhigende Weise mit Vorstellungen treffen, die die CDU/CSU seit langem hoffähig zu machen versucht. Weiter fallen in diese Kategorie die Pläne zur Aufstockung der Etats von Bundeswehr und Geheimdiensten und all jene Konzepte, die auf eine Verstärkung der internationalen Rolle Deutschlands als Militärmacht hinauslaufen.

Es ist bereits erkennbar und muß ernsthaft befürchtet werden, daß im Zuge eines solchen Kurses die Demokratie nachhaltig Schaden nehmen kann. Von der »dünnen Glasur der Zivilisation« hat *Günter Gaus* in diesem Zusammenhang gesprochen und seinen bedrängenden Befürchtungen in einer Tagebuchnotiz vom 15. September mit den Worten Ausdruck gegeben: »Die Annäherung der Berliner Republik an einen Polizeistaat wird alsbald in der Sprache der Politiker Züge des quasi Gottgewollten annehmen.« Und er fügte hinzu: »Meine Zukunftsängste rühren aus Erinnerungen her.«¹⁸

Die andere Grundlinie aber ist die eines erheblichen Zweifels an der Richtigkeit des bisherigen Kurses, ist die einer unübersehbaren Nachdenklichkeit, und ich halte dafür, daß die linke Opposition im Lande diese Zweifel und diese Nachdenklichkeit, so zaghaft sie sich auch regen mögen, sehr ernst nimmt.

Zuvörderst zu nennen unter diesen nachdenklichen Stimmen ist die des Bundespräsidenten *Johannes Rau*. »Wir werden«, sagte er auf der Kundgebung *Keine Macht dem Terror – Solidarität mit den Vereinigten Staaten von Amerika* am 14. September vor dem Brandenburger Tor in Berlin, zu der alle im Bundestag vertretenen Parteien gemeinsam aufgerufen hatten, »und wir dürfen uns von niemandem dazu verleiten lassen, ganze Religionen oder ganze Völker oder ganze Kulturen als schuldig zu verdammen. ... Wir werden auf die Herausforderung nicht mit Ohnmacht und nicht mit Schwäche reagieren, sondern mit Stärke und Entschlossenheit. Und mit Besonnenheit. Haß darf uns nicht zum Haß verführen. Haß blendet. Nichts ist ja so schwer zu bauen und nichts ist ja so leicht zu zerstören wie der Friede. ... Wer den Terrorismus wirklich besiegen will, der muß durch politisches Handeln dafür sorgen, daß den Propheten der Gewalt der Boden entzogen wird.« Und: »Der beste Schutz gegen Terror, Gewalt und Krieg ist eine gerechte internationale Ordnung. Die Frucht der Gerechtigkeit wird der Friede sein.«¹⁹

»Der Bundespräsident«, schrieb danach *Heribert Prantl* in der *Süddeutschen Zeitung*, »hat sich damit zur Stimme derer gemacht, die sich in der großen Berliner Koalition der ›unbedingten Solidarität‹ nicht wiederfinden. Er hat dabei Sätze gefunden, denen wohl viele der Menschen zustimmen können, die irritiert davon sind, dass ihre Ängste von wichtigen Politikern auf einmal als Larmoyanz und Drückebergerei gewertet werden. Wer auf eine Begrenzung militärischer Optionen drängt, zieht sich nicht ›ins Hinterzimmer der Gemütlichkeit‹ zurück, wie Angela Merkel meint.«²⁰

18 Gaus, Günter: Rache als Raison d'être, in: Freitag vom 21. September 2001.

19 Hier zitiert nach: www.bundespraesident.de/dokumente.

20 Prantl, Heribert: Der Präsident, der Mut, der Krieg, in: Süddeutsche Zeitung vom 18. September 2001.

Daß *Heribert Prantl* in seinem Artikel nicht erwähnte, daß unter allen Parteien die PDS diejenige war, die mit ihren Erklärungen unter den Generalüberschriften *Krieg ist nicht die Antwort* und *Spirale der Gewalt verhindern* den Positionen von *Johannes Rau* am nächsten stand, und daß er mit diesem Verschweigen zur großen Mehrheit auch in der ja gar nicht so kleinen Gruppe der nachdenklichen Kommentatoren gehörte, ist schade und zeugt von der Hartnäckigkeit festgefügter Vorurteile. Die PDS sollte damit souverän umgehen, denn sie kann aus vielen anderen öffentlichen Signalen ablesen, daß sie mit ihrer Ablehnung des NATO-Ratsbeschlusses vom 12. September über den Bündnis- und Beistandsfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrages zwar im Bundestag weitgehend allein war – nur einige wenige Abgeordnete aus anderen Parteien haben ebenfalls mit Nein gestimmt –, in der Gesellschaft aber viel Zustimmung findet.

Zeichen dafür, daß die PDS keineswegs isoliert dasteht, ist zum Beispiel die Bewegung im Zeitungsspektrum. Nicht nur, daß sich die *Frankfurter Rundschau* und *die tageszeitung* so deutlich wie lange nicht als ausgesprochene Zentren nachdenklicher Warnung vor Vergeltungsschlägen und intensiven Suchens nach einem angemessenen Umgang mit der Situation präsentieren – von der Wochenzeitung *Freitag*, deren Ausgaben vom 14., 21. und 28. September ohnehin ein ganzes Kompendium friedens- und bürgerrechtsorientierten Denkens anbieten, ganz zu schweigen. Auch in fast allen anderen großen Tageszeitungen sind, wenngleich die Zustimmung zum NATO-Ratsbeschuß dominierend war, lange Beiträge von in- und ausländische Autorinnen und Autoren gedruckt worden, in denen Besonnenheit gefordert und davor gewarnt wurde, der Logik des Militärischen zu folgen.²¹

Gewiß: das Zerschneiden einer Zuflucht

Zum Abbau der ihr noch immer entgegenschlagenden Vorurteile kann und muß die PDS selbst beitragen, indem sie den 11. September auch für sich selbst als Zäsur wahrnimmt und verarbeitet. Im Gesellschaftsbild sowohl als auch im Geschichtsbild. Denn auch da sind Gewißheiten verschwunden.

Eine solche Gewißheit, die manchem in der Linken wohl gar zur Zuflucht wurde angesichts des auch in der Vergangenheit schon unfaßbaren individuellen Leids bei Terroranschlägen und der eigenen Hilflosigkeit, ist die von einer zur ›Erklärung‹ heranziehbaren direkten Verbindungslinie zwischen Elend hier und Terror da. Es gibt sie nicht, eine solche direkte Verbindung zwischen dem millionenfachen Elend in der ›Dritten Welt‹ und dieser am 11. September erlebten Form hochtechnisierten und in der Vorbereitung und Durchführung viele Millionen an Dollar verschlingenden Terrors. Die Zusammenhänge müssen gründlicher befragt und bedacht werden. Und es ist gefährlich, bei der Deutung und Beurteilung des 11. September Opfer aus der Vergangenheit aufzurechnen.

Natürlich kann – zum Beispiel – nicht vergessen werden, daß es schon einmal einen 11. September gab, der eine Zäsur darstellte. Es war der 11. September 1973, an dem in einem von den USA unterstützten Militärputsch in Chile die demokratisch gewählte Regierung des Sozialisten *Salvador Allende* gestürzt wurde. Tausende verloren

21 Aus der Fülle solcher Artikel seien hier genannt: Bedingt beistandspflichtig. Der Frankfurter Völkerrechtler Michael Bothe über das Recht auf Selbstverteidigung, den Wortlaut des NATO-Beschlusses und die Schwierigkeit, Krieg gegen unbekannt zu führen, in: Süddeutsche Zeitung vom 15. September 2001; Die Rache heißt leben. New Yorker Intellektuelle reagieren mit Sorge und Kritik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. September 2001; Said, Edward: Wir sollten einige Schritte zurücktreten. Dämonisierung des Anderen taugt nicht als Grundlage einer vernünftigen Politik, in: Die Welt vom 20. September 2001; »Jeder hat ein Gewissen«. Für den in Frankreich lebenden jüdischen Romanancier Marek Halter ist der Anschlag auf das World Trade Center eine Konfrontation zwischen Arm und Reich, in: Berliner Morgenpost vom 27. September 2001.

durch diesen Putsch ihr Leben. Und muß nicht der Vietnamkrieg der USA in Erinnerung gerufen werden mit seinen ein ›Zurück-in-die-Steinzeit-bomben‹-fordernden Generälen? Und das kleine Grenada? Und was ist mit den Hunderttausenden Unschuldigen, die im Irak dem Golfkrieg und dem ihm nachfolgenden Embargo zum Opfer fielen? Und denen, die unter den NATO-Luftschlägen in Jugoslawien starben?

Ja, die Erinnerung ist wichtig, und doch: Was ist damit am Ende wirklich gesagt? Wer damit beginnt, die Ereignisse und die Toten aufzurechnen mit dem Ziel von ›Erklärung‹, wird immer andere finden, die ihm mit Recht Vergessen vorwerfen. Auch der 21. August 1968 in Prag war ja eine Zäsur. Auch da starb unter Panzerketten eine Gesellschaftshoffnung. Auch da wollte eine Großmacht – diesmal die östliche – ihren Vorhof ›sichern‹. Und was ist mit den Millionen Opfern des Stalinismus in der Sowjetunion in den dreißiger Jahren? Waren der sowjetische Staatsterror der dreißiger Jahre und die Tatsache, daß die jeweiligen sowjetischen Führungen bis in die Mitte der achtziger Jahre hinein unwillens oder unfähig waren, diesen Terror wirklich umfassend zu benennen, zu kritisieren und zu überwinden, nicht dramatischer Beweis für die Richtigkeit des so ganz anderen amerikanischen Weges? Und – jedenfalls im amerikanischen Selbstverständnis – auch für all das, was in seinem Namen geschah?

Selbstgerechte Schemata passen nicht. Nirgends. Natürlich muß, wer Verständnis für andere Kulturen annimmt, auch den Willen haben, dieses ganz besondere amerikanische Selbstbewußtsein zu verstehen. Und trotzdem wird bei einem Vergleich des Schocks vom 11. September mit dem von Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 auch nicht vergessen werden können, daß für diesen japanischen Überfall Zehntausende der damals bereits in zweiter und dritter Generation in den USA lebenden Japaner mit Internierung bestraft wurden.

Nun steht Afghanistan wieder im Blickpunkt, und wer da sehr rasch darauf verweist, daß die USA es doch selbst waren, die in den achtziger Jahren islamistische Glaubenskrieger finanzierten und ausrüsteten zum Kampf gegen die Sowjetunion, der muß natürlich daran erinnert werden, daß die Sowjetunion ihrerseits seit 1979 in Afghanistan Krieg führte im Irrglauben, auf solche Weise Terrain im Ost-West-Konflikt gewinnen zu können.

Erinnerungen, Erfahrungen, Wissen – all das muß eingesetzt werden für die Verlängerung der Atem- und Denkpause, die nach der Zäsur notwendig ist. Wir müssen heraus aus den geübten Denksackgassen und nicht tiefer in sie hinein.

Denn in diesen Sackgassen ist eben dem komplizierten Geflecht aus ökonomischen, sozialen und psychologischen Bedingungen, das den Nährboden für den Terrorismus des 11. September bildet, nicht beizukommen. Wir haben gründlicher als je zuvor nachzudenken über die immer tiefer werdende Kluft zwischen arm und reich, aber auch über die zwischen frei lebbarem und dauerhaft niedergeworfenem Stolz. Ausweglosigkeit und daraus erwachsendes Zu-allem-Entschlossenheit haben ganz offensichtlich mehrere Wurzeln. So muß alles, was jetzt geschieht, auf seine Wirkung auf diese Klüfte hin geprüft werden.

Aber die Sackgassen verlassen heißt auch: Die Linke muß heraus aus dem Glauben, sie wisse nach den ersten Erklärungen des US-Präsidenten schon ganz genau, daß es als Antwort auf den 11. September Krieg und nur Krieg geben werde und wie dieser Krieg aussehe. Gewiß, die Gefahr, daß es Krieg gibt, ist riesengroß, und es muß gewarnt werden vor ihm und protestiert werden gegen ihn. Aber ich glaube, daß dennoch ein neuer Ton gefunden werden muß. Einer, der die Offenheit der Geschichte ernst nimmt. Wie kompliziert der Weg dahin ist, läßt sich leicht an den Diskussionen in der Tageszeitung *Neues Deutschland* erkennen. Dort gibt es eine Fülle eindringlicher Positionsnahmen gegen die drohende Spirale der Gewalt, es gibt die Suche nach neuen Einsichten und Antworten, aber es gibt auch Beispiele für jene krasse linke Selbstgefälligkeit, die selbst vor menschenverachtenden Argumentationen nicht halt macht.²²

Wenn die Linke mit all dem Wichtigen, was sie nach dem 11. September mit Blick auf Geschichte und Gegenwart zu sagen hat, wirklich gehört werden will, muß sie Mut haben zu neuen Einsichten und zu veränderungsbereiter, nachdenklicher Sprache. Das Zerbrechen der Zuflucht ist eine Chance.

Neue Antworten müssen gefunden werden

Die Suche nach neuen Antworten, an der sich die PDS im offenen Wettbewerb mit den anderen demokratischen Parteien beteiligen muß, hat gerade erst begonnen. Mit der Absage an einen Vergeltungskrieg, der Warnung vor der Entwicklung neuer pauschaler Feindbilder und der Formel ›Die offene Gesellschaft sicherer gestalten‹ hat sie sich dafür eine solide Ausgangsposition geschaffen. Der Dresdener Parteitag am 6. und 7. Oktober, der nach Redaktions-schluß dieser Ausgabe von *UTOPIE kreativ* stattfindet, wird zeigen, ob und wie diese Ausgangsposition für die Entwicklung konkreter Vorschläge genutzt worden ist.

Das größte Problem besteht dabei zweifellos in der Beantwortung der Frage, mit welchen Mitteln erkannte Tatverdächtige des globalen Terrorismus festgenommen und einer gerechten Strafe zugeführt werden sollen und können. Ein Ausweichen vor dieser Frage darf es, wenn die PDS in ihrem Willen zur Verantwortungsübernahme ernst genommen werden will, nicht geben. Der Wunsch der Menschen nach Sicherheit ist keiner, der sich einfach beiseite schieben läßt, und er verträgt auch keine Antworten, die im Nirgendwo einer fernen Zukunft angesiedelt sind. Niemand kann sich um die Wahrheit herum drücken, daß das Aufspüren und die Festnahme gut organisierter, zu allem bereiter Täter die Mobilisierung erheblicher repressiver Mittel verlangt.

Die Art dieser Mittel freilich ist nicht alternativlos. Wenn es richtig ist, daß die Anschläge des 11. September der zivilisierten Menschheit überhaupt galten, dann ist es auch richtig, daß sich diese zivilisierte Menschheit gemeinsam zur Wehr setzt. Die NATO ist nicht Repräsentant dieser ganzen Menschheit – eine Stärkung der UNO scheint daher höchstes Gebot. Und nicht nur eine politische Stärkung, sondern auch eine Stärkung der Mittel ihres unmittelbaren Eingreifens. Eine der UNO unterstehende internationale Polizei und

22 Gemeint ist der Aufsatz von Robert Kurz: Vor dem Kreuzzug, in: Neues Deutschland vom 14. September 2001. Auf ausführliche Weise hat sich mit den von Robert Kurz dort vertretenen Ansichten Erhard Crome in einem Beitrag mit dem Titel Katheder-Stalinismus auseinandergesetzt in: Das Blättchen vom 1. Oktober 2001 (vgl. dort auch weitere Texte zu den Folgen des 11. September, mit denen Das Blättchen in ähnlicher Weise wie der Freitag friedens- und bürgerrechtsorientiert in die Debatte eingreift).

die Schaffung eines UNO-Terroristentribunals – sind das nicht Einrichtungen, über deren Schaffung nachzudenken wäre?

Auch der Entwicklung effektiverer Sicherheitsstrukturen im Innern darf sich die PDS nicht verschließen. Daß der Flugsicherung erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet werden muß, steht außer Zweifel, und daß sicherheitssensible Betriebe, Einrichtungen und Bauwerke, aber auch große Veranstaltungen, bei denen viele tausend Menschen zusammenkommen, besseren Schutz brauchen, ebenfalls.

Aber dabei darf man natürlich nicht stehen bleiben. Sicherheit wird es auch im Inneren nur mit allen geben, die hier leben. Der selbstverständliche Grundsatz, daß es keine ›Schurkenvölker‹ und keine ›Schurkenreligionen‹ gibt, muß seine Entsprechung auf allen Ebenen der Politik bis in die kommunale Ebene hinein finden. Notwendig ist der Kampf gegen jede weitere Aushöhlung des Asylrechts, gegen Diskriminierung der Asylbewerber, gegen ›feindbildorientierte‹ Sonderkontrollen von Ausländern, denn natürlich haben alle diese restriktiven Instrumente nicht das geringste mit einer Erhöhung der Sicherheit zu tun. Und notwendig ist zugleich ein engagierterer Kampf gegen eine erneute Infragestellung des Charakters Deutschlands als Einwanderungsland und gegen jede direkte und indirekte Duldung von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Sicherheit entsteht nicht durch Abschottung – ob die nun räumlich oder ideologisch ist.

Eine nachhaltige Verbesserung der Sicherheit braucht mehr Bildung für alle, mehr Anstrengungen in Richtung einer klugen, die Menschenwürde im Mittelpunkt habenden Integration von Ausländerinnen und Ausländern, mehr Bereitschaft und Möglichkeiten zum gleichberechtigten Miteinander der Kulturen. Umsomehr, als die Grenzen zwischen innen und außen immer fließender werden. Heraus aus der Logik des Militärischen im Internationalen durch neue Schwerpunktsetzungen zum Beispiel für die OSZE und nicht hinein in die Logik von Restriktion und Rasterfahndung, sondern in die Logik der Stärkung der offenen Gesellschaft im Innern – das alles kostet viel Geld, und wo soll das herkommen?

Es ist an der Zeit, einer Neuorientierung aufs Gemeinwohl das Wort zu reden. Gemeinwohl – das ist etwas, was sich betriebswirtschaftlich nicht ›rechnet‹. Und weil das so ist, haben sich – das jedenfalls sagt die Entwicklung des Steueraufkommens ganz unmißverständlich – die großen Unternehmen mit Hilfe entsprechender Steuergesetze immer weiter aus seiner Finanzierung zurückgezogen. Die neue Dimension der Sicherheitsgefährdung sollte endgültiger Anstoß zu einer Umkehr sein. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Einführung einer Luxussteuer, die Sicherung eines dem Gemeinwohl dienenden Spitzensteuersatzes und im internationalen Zahlungsverkehr die Einführung der Tobinsteuer – das alles muß auf neue Weise auf die Tagesordnung.

Wie eben auch das Thema der weltweiten sozialen Gerechtigkeit mit neuem Nachdruck in die Debatte gebracht werden muß. Nicht – das sei noch einmal ausdrücklich betont –, weil damit irgendetwas an den Anschlägen vom 11. September ›erklärt‹ oder gar gerechtfertigt werden könnte. Wohl aber, um nicht nur den reichen Teil der Welt, sondern die Welt überhaupt sicherer zu machen. Wirklicher Frieden und wirkliche Sicherheit sind unteilbar.



Eberhard Serauky

Im Namen Allahs
Der Terrorismus im
Nahen Osten

301 Seiten

Broschur

29,80 DM

ISBN 3-320-01990-2

Motive, Hintergründe, internationale Verflechtung des arabischen Terrorismus und seine Finanzquellen werden anhand von originären Quellen und Analysen dargestellt.

dietz berlin

FRIEDRICH W. SIXEL

Was ist denn nicht »reiner Wahn«?



Friedrich W. Sixel – Jg. 1934; Dr. phil, Professor für Soziologie an der Queen's University in Kingston, Kanada; neben zahlreichen Essays hat er u. a. folgende Bücher veröffentlicht: *Crisis and Critique – on the »Logic« of Late Capitalism* (1988), *Understanding Marx* (1995), *Nature in Our Culture – a Study in the Anthropology and Sociology of Knowing* (2001), zuletzt in »UTOPIE kreativ«: *Rechtsextremismus in Deutschland – eine Reaktion, die mehr verlangt als Reaktion* (Heft 128, Juni 2001).

1 Zwar lautet der Titel dieses Aufsatzes im englischen Original »Pure Economics, or the Contemporary World's Witchcraft« und ist damit etwas pointiert übersetzt, aber die Einsicht, daß »economics« eine Unwirklichkeit darstellt, kommt in beiden Formulierungen klar zum Ausdruck.

Um es an den Anfang zu stellen, weil es beim Lesen dieses Artikels leicht vergessen werden kann: *Samir Amin's* Klarstellung (in UTOPIE kreativ, Nr. 126), daß »pure economics« – der reine Wahn« ist, gehört zu den notwendigen Urteilen unserer Zeit¹. Deswegen wäre der Eindruck, ich versuchte ihn mit dem hier folgenden zu widerlegen, durchaus irrig. Ich möchte jedoch darlegen, wie und warum man über Amins Urteil noch hinausgehen sollte.

Im letzten Abschnitt seiner Überlegungen sagt *Amin*, daß »diese reaktionäre Illusion« (heutiger »economics«) »Oberwasser gewinnt«, da »das Kräfteverhältnis ... grundlegend zugunsten des Kapitals verschoben ist.... Aber diese außergewöhnlichen Umstände können nur kurze Zeit bestehen« (S. 312). Daß dies letztere der Fall sein möge, ist für mich eine Sache des Hoffens und kaum der Gewißheit, weil das, was da mit dem Kapital Oberwasser gewonnen hat, viel weiter ausgreift als nur auf das Wirtschaften und seine Theorie. Das ausbeutende Wirtschaften des traditionellen Kapitalismus schließt längst ein *ausbeutendes Denken* ein², das alles Wissen, also alle Theorie, durchdringt: Jeder einzelne (nicht nur der ohnehin schon vereinzelte Kapitalist) definiert und re-definiert Objekte so, daß ihm aus dieser Manipulation Gewinn zufließt.³ Gewinn muß im Nu anfallen, und dieses Interesse beachtet die Zeitdimension nur dann, wenn deren Nichtbeachtung weiteren Gewinn als gefährdet erscheinen läßt. Die Welt für seinen Gewinn zu versilbern wird nur dann gebremst, wenn dieses Versilbern von allem und jedem selbst bedroht ist. Dies ist der einzige Grund, unsere selbstmörderischen Gepflogenheiten zu reglementieren (eine Art »Umweltschutz«). Symptomatisch dafür ist die Bekämpfung des Rinderwahns; beides, diese Krankheit und ihre Bekämpfung, sind kaum mehr als Ausgeburten des Menschenwahns. Sich vor seinem Wahn – zum Beispiel Profit hier, Misere dort – zu schützen hat der Kapitalismus schon früh gelernt.⁴ Deswegen hat er den Arbeiter vor dem konsumtionsunfähigen Elend bewahrt, hat ihm Aktien und »Mitbestimmung« gewährt und schließlich dadurch (und durch anderen »Zauber«) seine Solidarität mit denen seiner Art durch nahezu universale Vereinzelung gebrochen, jedenfalls in den »reichen« Ländern.⁵

Die Ideologie des Spätkapitalismus, *der Instrumentalismus*, kann sich also durchaus auch auf sich selbst richten und es als instrumental erkennen, da wo es not tut, nicht instrumentalistisch zu sein. Dieser Umstand ist historisch wohl außergewöhnlich, zumindest in seiner Verbreitung, aber – was hat der Kapitalismus nicht schon alles er-

funden? Dieser Umstand wird mehr als nur kurze Zeit bestehen, leider, würde auch ich sagen, obwohl und weil dies die Schulden- und Schrottberge global immer rapider anwachsen läßt. Dies dient dem Geschäft der ›bankers‹, der Schrotthändler (›recycling‹) und der ›grün‹ Ambitionierten. Der Instrumentalismus als Ideologie erscheint dabei dem instrumentalistischen Anschein keineswegs als Illusion; er funktioniert, nicht trotz, sondern weil er Fremd- und Eigenausbeutung beschleunigt. Ob sein scheinbares Funktionieren von Dauer sein wird, ist eine schwierig zu beantwortende Frage, aber auch dies wieder nur scheinbar.

Klarheit in dieser vertrackten Lage zu bewahren wird demjenigen leicht, der den Instrumentalismus nicht nur durchschaut hat, sondern ihn und seinen Wahn voll Abscheu abgelegt hat. Solchen wird dann auch die Produktion von Sachen und Gedanken möglich, die nicht mehr instrumentalistisch und voller Wahn sind.

Dem instrumentalistisch verdrehten Zeitgenossen erscheint diese Erwartung ›natürlich‹ als ›utopisch‹ (im vulgären Sinne), als illusorisch. Entsprechend wird jeder Wirtschaftstheoretiker und -praktiker so lange Gedanken und Sachen in die Welt setzen, wie er Abnehmer für sie findet. Abnehmer aber gibt es zuhauf, da jeder daran gewöhnt worden ist, das zu erwerben, womit er etwas anfangen kann, und das heißt, was er profitorientiert einsetzen kann – anderes damit zu tun, fällt ihm gar nicht mehr ein. Für das ›Geschäft‹, also nicht nur für das Funktionieren, sondern für den *Zuwachs* an wieder einsetzbaren Mitteln, hat jeder so zu agieren⁶, sei er Politiker, Prediger oder Wissensproduzent wie zum Beispiel der, der sich nun einmal auf ›economics‹ kapriziert hat.

Die, die in ›economics‹ ihr Mittel zum ›Mitmischen‹ gefunden haben, verhalten sich also keineswegs außergewöhnlich. Sie werfen, wie jeder, das auf den Markt, was gefragt ist. Die Linke nimmt das Unsinnige besonders an Aussagen zur Wirtschaft deswegen am ehesten wahr, weil diese Aussagen (und Vorhersagen), kontextlos wie sie sind, dem ganzheitlichen Anspruch keineswegs genügen, dessen Bedeutung die Linke mindestens seit Marx' Politischer Ökonomie kennt. Diesen theoretischen Mangel wirft *Samir Amin* mit aller wünschenswerten Schärfe der »modern economics« und ihren nun schon traditionellen Wortführern wie *Friedrich August von Hayek*, *Ludwig von Mises* und *Milton Friedman* vor (vgl. S. 304 f. insbesondere).

Gleich schweren Tadel erteilt er dem widerspruchsvollen, aber profiterhaltenden Glaubensgemenge derer, die sich (in überholter Weise) in solche der ökonomischen Praxis und der ökonomischen Theorie scheiden. Beide Gruppierungen betreiben primär Geschäfte, jede in ihrer ›Branche‹ und jede weiß das mit oft halsbrecherischen Sprüchen zu rechtfertigen. Wer von diesen ›Räubern‹ bekennt sich nicht zu seiner gesellschaftlichen Verflechtung und Verantwortung? Wer unter den immer mächtiger werdenden kann es sich leisten, trotz ihrer wachsenden Unbelangbarkeit, nicht von Gleichgewicht und Gerechtigkeit auch in Sachen ›economics‹ zu sprechen? Dies tun zu müssen, gehört zu ihren moralischen ›constraints‹ (Schranken).

Gewiß, das jeweils Gegenteilige von Gerechtigkeit und Wachstum kann nicht vertreten werden. Wehe denn auch dem Politiker zum

2 Dies hat *Marx* früh kommen sehen, spätestens bei der Abfassung der *Grundrisse* (1857/8), wie viel zitierte Stellen aus diesem ›Rohentwurf‹ belegen; vgl. beispielsweise *Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Frankfurt, Wien o. J., S. 586/7 und S. 594.

3 Dies ist, wie immer unkritisch, von so unterschiedlichen Denkern wie *Richard N. Adams* und *Niklas Luhmann* in zahlreichen Veröffentlichungen herausgestellt worden; vgl. zum Beispiel *Adams, Richard N.: Energy and Structure – a Theory of Social Power*, London, Austin 1975 oder *Luhmann Niklas zum Beispiel in: Habermas, Jürgen und Niklas Luhmann, Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie*, Frankfurt/M. 1971.

4 Ein markantes Beispiel hierfür ist der ›New Deal‹, durch den *Roosevelt* »die Banken vor dem Selbstmord bewahrte«. Heute brauchen Banken und ›corporations‹ hierzu kaum noch Anleitung.

5 Was diese Überlegungen für ›Entwicklungsländer‹ bedeutet, geht über den Rahmen dieses kleinen Aufsatzes hinaus.

6 Dies heißt indes nicht, daß jeder faktisch so agiert. Aber diejenigen, die das nicht tun, haben dafür auch zu zahlen. Dies, so scheint mir, ist auch ein Teil der ostdeutschen Erfahrung seit 1989.

Beispiel, der – pervers – ein Mehr von Allem nicht in Aussicht stellt. Aber: worauf soll sich denn Gerechtigkeit gründen, wenn die *auf sich selbst fixierte* Dynamik des Wachstums nicht als per se ungerecht erkannt wird? Da diese Dynamik längst alle Bereiche des Lebens erfaßt hat, wird das Widernatürliche *dieser* Dynamik nicht mehr empfunden. Das heißt nicht, daß dieses Widernatürliche nicht gewußt wird – »in the long run we are all dead« (Keynes) –, aber es wird nicht verabscheut. Wo aber der Zweck als Selbstzweck hingenommen wird, haben Werte nur noch Scheinwert; sie können den Willen des Individuums nur noch scheinbar in gemeinsamen Werten aufheben. Die Gemeinsamkeit von uns allen zu empfinden, kann natürlich nicht herbeikommandiert oder beschlossen werden. Wo aber Werte bloß propagandistisch proklamiert werden, wie dies derzeit der Fall ist, wird auch Wahrheit nicht mehr als »Steigerung« (Goethe) des bloß Zutreffenden erfaßt.

Zutreffendes indes liefern unsere Experten schon, nicht nur in ›economics‹, sondern darüber hinaus in der Physik, der Medizin, Biotechnologie bis hin zur Tierhaltung. Kein Zweifel: Knochenmehl macht Rinder dick, aber ist dies denn *alles*? Unsere gnadenlose Lust auf Fleisch ignoriert, was sie impliziert. Sie sieht nicht das *Ganze*, weil sie es nicht sehen *will*. Eine politische Ökonomie, die über ihren tradierten Fokus hinausgeht, ist praktisch abwesend, weil wir unsere Teilhabe am Großen und Ganzen der Natur verdrängen – auch darin ›erfolgreich‹, für einzelne.

Da Wahrheit und damit Gerechtigkeit unter diesen Bedingungen nicht sein können, wird denn auch nach ›Gleichgewicht‹ gerufen. Ein solches, besonders das von neuer dynamischer Art, kann nicht mit rednerischen Hinweisen auf den ›freien Markt‹ begründet oder herbeigezaubert werden; auch dies betont *Amin* (S. 307). Bei anwachsenden Bergen von Schulden, Schuld und Schrott, wie sie bei *auf sich selbst fixierter* Dynamik unvermeidlich sind, kann von Gleichgewicht, im statisch limitiertem Sinn, nicht mehr die Rede sein. Aber – auch dieses Gerede läßt sich verkaufen; und dies ist sein einziger ›raison d'être‹.

Wie gesagt, Soziologen, ›economists‹, Mediziner, Physiker sowie ›consultants‹ und ›analysts‹ aller Art erforschen und propagieren mit wie immer geringer Tiefenschärfe und Bandbreite das, wofür es Abnehmer gibt. Zweifellos rangieren Politiker und gar »große Staatsmänner« als Abnehmer an hoher, wenn nicht an höchster Stelle (vgl. *Amin*, S. 310), besteht doch ihr Geschäft ›vornehmlich‹ im ›Wiedergewählt-werden‹. Ob angesichts dieser Situation Anmahnungen helfen, doch besser das Ganze ins Auge zu fassen als das bloß auf verengten Bereich Zutreffende zu eruieren⁷ und Wahrheit um der Gerechtigkeit willen zu suchen, ist durchaus fraglich. Ich fürchte, diese Anmahnungen bleiben als moralische Appelle im Vorfeld spät-kapitalistischer Immunität gegen Alternativen liegen.⁸ Die wichtigste Konsequenz ethisch sich präsentierender Appelle besteht darin, daß sie dem, der solche Appelle macht, die bodenlose Rolle des Moralunternehmers verschaffen.

Das hört sich schlimm an, und so ist es auch.

Zwar bleibt es klar, daß es um Wahrheit und Gerechtigkeit geht und daß ohne sie kein Leben ›schön-und-gut‹ sein kann, aber die

7 *Samir Amin* weist hier kritisch auf das zeitgemäße Bestreben der Sozialwissenschaften hin, sich ›naturwissenschaftlich‹ zu geben; vgl. seinen hier zitierten Aufsatz in *UTOPIE kreativ*, Nr. 126, S. 308-310.

8 Zu diesem Aspekt vgl. auch *Sixel, Friedrich W.:* *Nature In Our Culture*, Lanham, New York, Oxford, 2001, Kapitel 5.

Frage ist, worauf lassen sie sich gründen, und weiter: worauf läßt sich die Forderung nach beiden (und anderen Werten) gründen im prinzipiell unfundierten Denken des Spätkapitalismus, das, wie *Amin* mit Blick auf *Milton Friedman* beobachtet, »...sich nicht scheut, heute das Gegenteil von dem zu behaupten, was [es] gestern gesagt hat« (S. 310). Wer diese Verlogenheit ›überholen‹ will, sie also ›aufheben‹ will, muß mehr als wissen, daß Wahrheit (und Gerechtigkeit) *natürlich* dynamisch sind, also sich ändern. Wenn es jedoch bei bloß kognitiver Einsicht in diese Dynamik bleibt, bleibt auch das Bemühen um Wahrheit und Gerechtigkeit ein bloß instrumentalistischer Versuch. Diese Einsicht hat uns der Spätkapitalismus – negativ – erleben lassen, und hinter sie können wir nicht zurück. Diese Einsicht sollte die Linke, auf der Höhe der Zeit bleibend, nicht nur sich aneignen, sondern dies auch mit dem Gefühl der Erlösthätigkeit tun. *Ewige Wahrheit in Form abgehobener Theorie liegt nicht in der Natur, weder in der um uns noch in uns*. In diesem Sinne die Dynamik des Marxschen Materialismus so über das Wirtschaften hinaus auszuweiten, wie es der (nicht einmal unreflektierte, aber) selbstgefällige Materialismus längst getan hat, läßt nicht nur die Verbreitung des »reinen Wahns« erkennen, sondern ist auch Voraussetzung dafür, dagegen anzuleben.

Wahrheit und Gerechtigkeit, um die es in der Tat geht, lassen sich nur gründen in der Natur, die allem Seienden gemein ist. Nach leer-gefügtem Himmel bleibt da nichts – und das ist gut so. Selbst dies jedoch muß mehr als nur im Kopf, also mehr als nur abstrakt, begriffen sein. Diese Einsicht ist nur von Wert und hilft Werte begründen, wenn sie der Mensch in der Umwendung seiner spätkapitalistischen Verdrehtheit als seine »wirkliche seyende Natur« (Schelling) erlebt.

Wissen und Werte in der Natur zu gründen, ist für uns Kinder des Spätkapitalismus eine zweifach schwere Aufgabe. Individuell kennen wir kaum anderes als die Abstraktheit und Wendigkeit spätkapitalistischen Wissens und Wertens; und gesellschaftlich tritt uns diese ›Dynamik‹ ›am laufenden Band‹ entgegen, sei es durch die Medien vermittelt, in persönlichen Begegnungen, im Berufsleben, im ... – ja, wo eigentlich nicht, so möchte man fragen. Alternativen dazu erscheinen uns wie ›Utopien‹, aber dies sind solche, die »über das Konkrete nur hinwegfliegen« (Bloch). Unsere scheinbar-wirklichen Erfahrungen lassen alles andere als verkehrt erscheinen, wo aber gerade diese Erfahrungen die verkehrten sind.

Aus dieser Zwickmühle gibt es kein theoretisch begründbares Entkommen, und entsprechend bleibt auch eine mental gesteuerte Beschlußfassung in dieser Sache »reiner Wahn«. Solche Beschlußfassungen sind zumindest heutigen Tags Unsinn, da es unser Denken gewohnt ist, sich selbst den Primat zu geben und es nicht anzuerkennen, daß dieser Primat selbst auch noch im Denken der Materie, also der Natur zukommt.⁹ Simplifiziert gesagt: Kann man doch leben ohne zu denken, aber nicht denken ohne zu leben. Da die ›Fähigkeit‹, diesen Satz umzukehren (Descartes!), im Denken selbst liegt, ist es dem bloßen Denken unmöglich, die Falschheit dieser Umkehrung einzusehen.

An diesem Punkte angelangt, möchte ich ein paar Bemerkungen einschieben beziehungsweise wiederholen, um Mißverständnissen

9 Dies wird oft nicht gesehen und führt dazu, daß *Marx'* Theorie über das gestellt wird, von dem sie kritisch handelt. Eines der frühen Mißverständnisse dieser Art geht auf *Vera Sassulitsch* zurück, gegen die sich *Marx* freundlich aber bestimmt wendet; vgl. MEW, Bd. 19, S. 401 f. In ähnlicher Weise wäre es unsachgemäß, *Marx* auf den heutigen Kapitalismus ›anzuwenden‹. Statt dessen gilt es jetzt herauszufinden, an welchen Stellen der Spätkapitalismus sich heute selbst negiert und sich genau dadurch fortsetzt. An diesen Stellen ist er uns allen an Leib und Seele zum Schaden. Bibelbeflissene könnten vielleicht sagen, daß es der Sündenfall des Marxismus ist, seine Erkenntnisse festzuschreiben und sie damit über die Dynamik dessen zu stellen, was die (heute verdrehte) Natur unseres Lebens ausmacht

10 Siehe hierzu noch einmal Anmerkung 2.

vorzubeugen. Zunächst möchte ich, über *Samir Amin* hinausgehend, noch einmal festhalten, daß der »reine Wahn« von »modern economics« so sehr über dieses Feld hinausgedrungen ist, daß man mit ihm den Nobelpreis gewinnen kann (Milton Friedman!); die Öffentlichkeit hat dabei weder getobt noch laut gelacht! Zwar hat schon *Marx* antizipiert, daß Wissen(schaft) zur kapitalistisch verkehrten Produktionskraft werden mußte¹⁰, aber wenn sich dieser Prozeß nun vollzogen hat, dann ist auch, wie materialistisch verständlich, das Denken als Hoffungsquelle gegen den Spätkapitalismus verseucht. Die Folge ist: der bloß denkerisch begründete Vorschlag von Alternativen gegen ihn ist es auch.

Wenn ich nun auch darauf verweise, daß es in Deutschland eine Tradition gibt, die über *Marx* hinaus auf *Goethe* zurückreichend den Primat der Natur noch im Denken *praktiziert* hat – von letzterem mehr so als von ersterem –, dann kann das kein Aufruf sein, sich für diese Tradition zu *entscheiden*. In dieser Tradition steht man praktisch, oder man hat nichts mit ihr zu tun. *Mozart* lernte ja auch nicht vom Londoner Bach-Sohn soviel über Klavier und Orchester, weil er sich entschlossen hatte, *Bachs* Nachfolger zu werden, sondern weil *Mozart* aus sich heraus in seinem eigenen Musizieren sich diesem Vorgänger anverwandelte.

Bloße Denktraditionen helfen da nicht und leben nur als neoliberal genutzte Gespenster wieder auf. Es ist nicht das bloße Denken, es ist vielmehr – wie oben angedeutet – der körperlich empfundene Abscheu vor der sanft scheinenden und kalt intelligenten Brutalität des Spätkapitalismus, der einem den Primat der Natur praktisch anerkennen läßt und es einem dann klar macht, daß man einen Wahn überwunden hat, wenn man nicht mehr so lebt. Dieser Schritt hat auf das Ganze ausgreifende Folgen, natürlich auch auf das Betreiben von Politik.

Theoretisch gesprochen, und damit für das dominante Denken im Widerspruch zum bisher Ausgeführten, geht es darum, den Primat der Natur in jedem Erkenntnisvorgang und damit auch in jedem Lern- und Lehrvorgang zu fördern. Dies kann aber heute nur noch mit Glaubwürdigkeit, und das heißt mit *Wahrheitsanspruch*, geschehen von seiten derer, in denen der vor allem Denken noch liegende Abscheu gegen den spätkapitalistischen Wahn in die rational nicht begründbare, aber sinnlich-körperlich gegründete Liebe zu der alles und damit uns selbst umfassenden Natur umgeschlagen ist. In deren Praxis gründet dann eine Theorie, also ein Denken, das gegen die Chimären der grell-bunten oder der scientistischen Wahnvorstellungen des Neoliberalismus immun ist.

»Auf diesen Weg wird sich die heutige Gesellschaft, bei Strafe ihres Untergangs, unvermeidlich begeben müssen«. Mit diesen, sicherlich stark gesetzten, Worten schließt *Hubert Laitko* (UTOPIE-kreativ, Nr. 127, S. 415) seinen Beitrag *Bildung als Funktion einer multioptionalen Gesellschaft*. Nun stellt *Laitko* die von ihm vorgebrachten Überlegungen mehr auf die soziale Dimension ab und damit mehr auf die Natur, wie wir ihr im Mitmenschen bei Lern- und Bildungsprozessen begegnen. Mein Anliegen ist hier, mehr auf die Beziehung zwischen »bloßer« Natur und der Menschennatur einzugehen. Aber wenn *Laitko* schreibt, daß eine »nach vorn offene Ge-

sellschaft« nur gewonnen werden kann über »die persönliche, rationale *und* [Laitkos Betonung] emotionale Einstellung auf ein Leben in offenen Verläufen« (ebenda, S. 408), dann kann ich dem nur zustimmen. Um noch einmal Mißverständnissen vorzubeugen, denen ich vielleicht mehr ausgesetzt bin als *Laitko* es ist, möchte ich mit ihm betonen, daß ein sinnlich-naturhaftes Lernen, Lehren und Heranbilden keineswegs den Weg ins Hochabstrakte und seinen technischen Möglichkeiten ausschließt. Aber – wer nur auf dem Internet und nur an Info-Maschinen (oder Büchern) lernt und nicht zu ihnen kommt mit einem sich immer wieder erneuernden Gegründetsein in materiell-konkreter Erfahrung, der wird anfällig bleiben gegen die Verführungen herrschender Wahnvorstellungen.

Was Politik hier zu tun hat, muß und kann nur entschieden werden von Menschen, die diese neue, weil auch den Neoliberalismus verneinende, Solidarität in sich tragen. Diese Solidarität lebt das Umfassende der Natur, wie es der Natur »da draußen«, in jedem einzelnen von uns und uns allen gemeinsam ist. Nur Menschen mit so gegründetem Bewußtsein werden die Demokratie vor ihrer neoliberalen Aushöhlung bewahren. Das eigene Selbst vor dieser Aushöhlung zu bewahren, verlangt ein Zusammenhalten derer, die so wie bisher nicht mehr leben wollen. Dies ist auch eine politische Aufgabe, aber auch diese in einem neuen, ich möchte sagen, trans-kapitalistischen Sinn. Ein sichtbar neuer Lebensstil, wie er sich in Produktion und Konsumtion von allem und in neuer Heranbildung von Menschen äußert, hat andere zu überzeugen und nicht bloß zu überreden. So ist es denn ermutigend zu sehen, daß es an entsprechenden Aktivitäten seitens der Rosa-Luxemburg-Stiftung nicht fehlt, wie sie den *rs* *nachrichten* ja auch zu entnehmen sind und vom Lehm- und Ziegelbau über Projekte der Nachhaltigkeit und von Naturerlebnisspielen bis zu Fragen ökologisch-sozialer Steuerreform reichen.

Abschließend mag es wohl angebracht sein, die Größenordnung und das Tiefgreifende der Aufgabe knapp zu skizzieren, die auf *die* Linke zukommt, die sich in neuer Weise als eine materialistische versteht.

Unser Problem ist unsere Natur, weil sie im spätkapitalistischen Denken so gründlich verdreht ist. Dies kommt zutage, wenn man einsieht, daß unsere »Umweltprobleme« nicht etwa auf unzutreffender Wissenschaft beruhen, sondern auf einer Wissenschaft und einem Denken, die sich Dominanz errungen haben in der langen Entwicklung seit den Weichenstellungen, die *Sokrates* und *Plato* dem okzidentalen Denken gegeben haben. Dies sitzt also tief in uns und hat enorme Erfolge und Machbarkeiten erbracht. Sie werden *jetzt* als Pyrrhussiege sichtbar, über die wir in wie immer tastender Weise hinauszugehen haben. *Wie* das zu gehen hat, kann nur aus lebendiger Praxis heraus bestimmt werden. Indes ist es unwahrscheinlich, daß unser bisheriges Wissen einfach *abzuschaffen* ist.

Die Machbarkeiten unseres bisherigen Denkens beruhen ja, wohl-gemerkt, auf *zutreffenden* wissenschaftlichen Erkenntnissen. Physik, Chemie, Medizin, etc. liefern am laufenden Band beweisbare Tatbestände. Aber – sind diese Erkenntnisse auch *wahr* oder sind sie bloß *zutreffend* und damit *falsch*¹¹? Auch ein *Milton Friedman* sagt nicht einfach etwas Unzutreffendes! Aber mit unseren *jetzt* angeblich gül-

11 Die Beziehungen zwischen wahr und falsch, zutreffend und unzutreffend und zwischen diesen beiden Begriffspaaren haben nicht allzu viel Beachtung in der Literatur gefunden. *Habermas* geht gelegentlich darauf ein; vgl. statt anderer *Habermas*, Jürgen und Niklas Luhmann: *Theorie der Gesellschaft...*, a. a. O., S. 228 f. Auch *Werner Heisenberg* kontemplant diese Zusammenhänge, beispielsweise in *Heisenberg*, Werner: *Goethe's View of Nature and the World of Science and Technology*, in: *Ders., Across the Frontiers*, New York 1975, pp. 131 f., 139. Ich halte es offensichtlich für wichtig, zwischen wahr und zutreffend zu unterscheiden und habe dies auch zur Diskussion gestellt, zuletzt zum Beispiel in: *Nature In Our Culture*, a. a. O., pp. 128, 147, 157, 164 f. und 225.

tigen Erkenntnissen von der Natur der Dinge und unserer selbst tun wir der Natur Unrecht. Wir zwingen sie, uns gefällig zu sein, und dieser Wahn rächt sich so, daß wir Erkenntnissen glauben, die nicht der Natur, und das heißt, auch nicht der in uns, gerecht werden. Der Natur können wir nur gerecht werden, und das heißt, wir können das bloß verengt und einseitig Zutreffende nur zur Wahrheit erheben, indem wir sie so nehmen, wie sie uns in unserer selbst primär naturhaft-sinnlichen Erfahrung begegnet, nicht aber indem wir, schlaugeworden, noch raffinierter mit ihr umgehen (›Umweltschutz‹). Mit der Natur als Natur umzugehen, hat neben wenigen *Goethe* eindrucksvoll praktiziert.¹²

12 Dies in vielen seiner Arbeiten zur Naturwissenschaft, höchst prominent in seiner ›Farbenlehre‹, dem umfangreichsten Werk, das *Goethe* überhaupt geschrieben hat.

Der Vorschlag, Natur primär von unserer Natur aus zu begreifen und zu verstehen, reißt eine tiefe Kluft auf gegenüber fast allem, was wir als Wissen und Wissenschaft kennen. Aber ohne entsprechend tief angesetzte Einschnitte kommen wir nicht davon. Wenn vielleicht nicht ›bei Strafe des Untergangs‹ unserer Gesellschaft, so doch mit ungeheurem Verlust an Menschen und an Leben, können wir wohl noch eine Weile herumwursteln. Dann aber gewinnt die Frage, »was ist denn nicht reiner Wahn« noch einiges mehr an Gewicht. Und Demokratie wird immer weniger davor bewahrt werden können, selbst reiner Wahn zu sein. *Wahre Demokratie braucht Menschen, die die Verdrehtheit des Instrumentalismus überwunden haben*. Dann brauchen auch Politiker nicht mehr ›Mehr von Allem‹ – instrumentalistisch – zu versprechen. In anderen Worten: muß nicht auch Politik ganz anders werden? Also, nicht ›Kunst des Möglichen‹ bleiben, sondern ›Kunst des Jetzt-Noch-Unmöglichen‹ werden?

STEFAN MERTEN

Freie Software für eine Freie Gesellschaft

»Freie Software« – was ist das eigentlich?

Spätestens seitdem Linux-bezogene Firmen an den Börsen für diverse Hypes (substanzlose Höhenflüge von gewöhnlich kurzer Dauer) gesorgt haben, ist der Begriff ›Freie Software‹ in aller Munde. Was aber hat es mit diesem Phänomen eigentlich auf sich? Da dies durchaus nicht so klar ist wie es scheinen mag, möchte ich zunächst herausarbeiten, was in unserem Zusammenhang die entscheidenden Charakteristika Freier Software sind.

Grundsätzlich kann jede beliebige Software Frei sein. Weder Verwendungszweck noch die Computer, auf denen die Software läuft, machen ein Stück Software per se ›unfrei‹. Eine kleine Auswahl von Software-Projekten zeigt die bekanntesten Vertreter Freier Software.

Die vielleicht bekannteste Freie Software ist heute das Betriebssystem² *GNU/Linux* [<http://www.linux.org/>]³. *GNU/Linux* läuft heute auf den unterschiedlichsten Hardware-Plattformen – vom Embedded-Bereich über Laptops und PCs bis hin zu Großrechnern. Es zeichnet sich durch seine Sicherheit, Stabilität sowie permanente und zügige Weiterentwicklung aus.

Ein weiteres Flaggschiff der Freien-Software-Gemeinde ist der Web-Server⁴ *Apache* [<http://httpd.apache.org/>]. Messungen zeigen, daß mittlerweile die meisten Internet-Service-Provider voll auf Apache-Server setzen und die kommerziellen Konkurrenten – insbesondere die von *Microsoft*⁵ – damit nach und nach verdrängen.

Ein aus der Anfangszeit Freier Software stammendes Programm ist der *Gcc*, der mittlerweile in *Egcs* umbenannt wurde. Aus einem C-Compiler wurde eine Sammlung von Compilern⁶ für mehrere Sprachen, darunter auch C++. Der *Gcc*, der von Beginn an für eine Unzahl proprietärer Plattformen zur Verfügung stand, dürfte wegen seiner Portabilität und Qualität entscheidende Beiträge für die Durchsetzung Freier Software geleistet haben.

Ein ebenfalls schon seit Jahren bestehendes Projekt entwickelt die Sprache *Perl* [<http://www.perl.com/>] permanent weiter. *Perl* ist eine mächtige, interpretierte Hochsprache, die als ein Ersatz für einige bekannte Tools (kleine, aber nützliche Hilfsprogramme) begonnen hat und heute mit objektorientierten Elementen und einer Unzahl an *Libraries*⁷ aufwartet. Die zahllosen Anbindungen an andere Software machen Perl heute zum ›Alleskleber‹ unter den Entwicklungswerkzeugen.

Neben diesen eher systemnahen Programmen gibt es heute aber natürlich auch eine ganze Reihe von Programmen, die sich auf dem



Stefan Merten – Jg. 1963; Diplom-Informatiker, Informatikstudium an der Universität Kaiserslautern, Software-Ingenieur und Maintainer des Oekonux-Projekts (smerten@oekonux.de); wichtige Texte: »Gnu/Linux – Meilenstein auf dem Weg in die GPL-Gesellschaft«, »Nehmen statt Kaufen – Zur Wirtschaftsform der Freien Software«, »GPL-Gesellschaft – Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft« (alle finden sich unter <http://www.oekonux.de/texte/>).

Dieser Beitrag stützt sich wesentlich auf die Diskussionen, die im Projekt Oekonux [<http://www.oekonux.de/>] seit Sommer 1999 stattfinden. Er stellt einen zum heutigen Zeitpunkt (Anfang 2001) weitgehend akzeptierten, wenn auch nicht von allen geteilten Stand dar.

Der vorliegende Text ist eine gekürzte Fassung eines längeren Textes. Der Originaltext »Freie Software für eine Freie Gesellschaft – Bringen Gnu/Linux und Co uns einer neuen Gesellschaft näher?« findet sich unter <http://www.oekonux.de/texte/neuegesellschaft/>. Das Copyright liegt beim Autor. Jeder darf diesen Text unter den Bedingungen der GNU Free Documentation License, Version 1.1 oder später [<http://www.gnu.org/copyleft/fdl.html>] kopieren, verteilen und/oder modifizieren.

* Die Redaktion von *UTOPIE kreativ* hält auch gegen den ausdrücklichen Wunsch des Autors am Schreibkonservatismus fest. Auch wenn bei Begriffen, die große Personengruppen unterschiedlichen Geschlechts umfassen, die zweifelhafte Schreibneuerung der »aufstürzenden « nicht angewandt wird, sind natürlich immer dort, wo Personen unterschiedlichen Geschlechts betroffen sind, auch beide Personengruppen gemeint. Die Höflichkeit gebietet es zudem, daß – in Gedanken – die weiblichen Gruppenmitglieder immer zuerst gemeint sind. Bei der kontextbedingten Großschreibung des Wortes »frei« schließt sich die Redaktion den Intentionen des Autors an, der damit auf die überragende Bedeutung dieses Begriffes für den hier erörterten gesellschaftlichen Zusammenhang von Freisein/Freiheit und Freiwerden/Befreiung aufmerksam machen möchte.

Desktop tummeln. Das bekannteste Freie Desktop dürfte wohl *KDE* sein. Es stellt eine Desktop-Oberfläche zur Verfügung, die in vielen Aspekten an *Windows* erinnert und damit den Zugang zu *GNU/Linux* für Windowsgewöhnte erleichtert. Mit *Gimp* steht ein Bildbearbeitungsprogramm zur Verfügung, das den Vergleich mit kommerziellen Produkten wie *PhotoShop* nicht zu scheuen braucht. Erst kürzlich wurde das bekannte *StarOffice* »befreit« und in *OpenOffice* [<http://www.openoffice.org/>] umbenannt.

Damit steht ein vollständiges Office-Paket als Freie Software zur Verfügung, das vor allem wegen seiner Kombination aus Stabilität und wirklich nützlichen Features (Merkmale, Eigenschaften) die vergleichbaren Microsoftprodukte weit hinter sich läßt.

Wer einmal eine GNU/Linux-Distribution erstanden hat, der weiß auch, daß Freie Software ungemein billig ist. Tatsächlich ist das eigentliche Produkt – nämlich die auf den CDs einer verkauften Distribution enthaltene Software – völlig kostenlos. Die Entwickler* Freier Software verzichten ganz bewußt auf eine finanzielle Entschädigung – weil sie keinen Schaden haben, der entschädigt werden müßte.

Eine Voraussetzung für Freie Software ist, daß die Quellen der Software für alle einsehbar sind. Damit wird das, was unter Konkurrenzbedingungen als Betriebsgeheimnis gilt, der gesamten Menschheit zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus gibt Freie Software den Nutzern *vier Grundfreiheiten*, für die die Verfügbarkeit der Quellen nur teilweise Voraussetzung ist.

Tatsächlich darf Freie Software *für jeden beliebigen Zweck* eingesetzt werden. So ist es zum Beispiel nicht möglich, die Nutzung Freier Software in bestimmten Anwendungsgebieten wie beispielsweise der Atom- oder Gentechnik zu verbieten. Insbesondere ist es auch erlaubt, mit Freier Software Geld zu verdienen – solange die Rechte Dritter dabei nicht verletzt werden und insbesondere die Quellen verfügbar gemacht werden.⁸

Es ist erlaubt, *die Quellen Freier Software zu studieren* und so aus ihnen zu lernen. Die Frage »Wie haben die das eigentlich gemacht?« ist damit für alle Interessierten leicht zu beantworten. Darüber hinaus dürfen die Quellen auch für eigene Zwecke verändert werden. Gefällt mir ein Feature nicht oder fehlt mir eine Kleinigkeit, so kann ich grundsätzlich hingehen und das Störende entfernen oder das Fehlende ergänzen. Bin ich selbst nicht versiert genug, so kann ich jemand beauftragen, diese Änderungen vorzunehmen.

Wenn ich die Quellen mitliefere, kann ich Freie Software *geben, wem ich will, wie ich will und wann ich will*. Die einzige Bedingung ist, daß der Empfänger die gleichen Rechte bekommt wie ich. Außer der Originalversion, die ich selbst bekommen habe, darf ich *auch veränderte Versionen* der Software weitergeben. Auch in diesem Fall muß der Empfänger natürlich die gleichen Rechte bekommen wie ich selbst. Tatsächlich ist es sogar in den allermeisten Fällen erwünscht, wenn nützliche Fehlerbeseitigungen, Änderungen oder Erweiterungen an den Rest der Menschheit in Form eines Patches zurückgegeben werden. Solcherlei Hilfestellung wird über diejenigen abgewickelt, die das entsprechende Stück Software pflegen und weiterentwickeln.

Freie Software ist also Frei im Sinne von Freiheit. Die Kostenlosigkeit ist dabei nur ein Teilaspekt – wenn auch ein wichtiger. Insbesondere unterscheidet sich Freie Software also ganz erheblich von sogenannter *Shareware*, bei der von den Nutzern erwartet wird, daß sie nach einer gewissen Zeit dafür zahlen. Auch *Freeware*, die zwar kostenlos ist, bei der aber die Quellen nicht mitgeliefert werden, unterscheidet sich erheblich von Freier Software.

Wie wird Freie Software hergestellt?

Die Art und Weise, wie sie entsteht, ist ein weiteres wichtiges Charakteristikum Freier Software. Tatsächlich unterscheidet sich ihre Produktionsweise in mancherlei Hinsicht von der anderer Produkte.

In der Regel wird Freie Software ohne finanzielle Gegenleistung erstellt. Da aufgrund der Rechte, die Freie Software gewährt, die Quellen mitgeliefert werden müssen, ist ein Verkauf Freier Software zumindest pro Stück auch unpraktikabel. Natürlich können auch Entwickler Freier Software nicht von Luft und Bytes leben, sondern müssen eine materielle Grundlage in der Geldgesellschaft haben. In vielen Fällen sind es zum Beispiel Studenten, die neben ihrem Studium Freie Software schreiben, aber auch ganz normale Arbeitnehmer verbringen ihre Freizeit damit, Freie Software zu produzieren wie andere Briefmarken sammeln oder ihren Garten pflegen.

Eine finanzielle Entschädigung ist auch gar nicht notwendig, da Freie Software ohnehin auf freiwilliger Grundlage entsteht. Die Entwickler werden weder gezwungen noch von außen angereizt, das zu tun, was sie tun, sondern sie haben eine innere Motivation für ihr Handeln.

Ein wichtiges Motiv für die Anstrengung, die das Schreiben Freier Software zweifellos auch bedeutet, ist der Wunsch, *konkrete Lösungen für konkrete Probleme* zu haben. Viele Freie-Software-Projekte entstehen daraus, daß jemand ein bestimmtes Problem hat, sich eine Lösung dafür bastelt, und diese Lösung anschließend aller Welt zur Verfügung stellt. Andere mit dem gleichen Problem benutzen und verbessern diese Lösung dann und aus kleinen Anfängen bilden sich – in teilweise atemberaubendem Tempo – Großprojekte, die kommerzielle Entwicklungen oft genug in den Schatten stellen.

Das wichtigste Motiv für das Schreiben Freier Software dürfte schlicht und ergreifend der Spaß sein, den Programmieren machen kann.⁹ Die Entwickler verwirklichen beim Programmieren ein kreatives Potential¹⁰, das ein erheblicher Teil ihrer *individuellen Selbstentfaltung* ist. Diese Selbstentfaltung ist ihnen wichtiger als das Geld, das sie mit ähnlichen, aber fremdbestimmten Tätigkeiten in der gleichen Zeit verdienen könnten.

In der Praxis bilden sich (häufig) kleine Gruppen von Entwicklern, die ein bestimmtes Freie-Software-Projekt erstellen, pflegen und weiterentwickeln. Wie diese Teams konkret organisiert sind, ist sehr unterschiedlich. In manchen sind bestimmte Rollen wie die *Maintainerschaft*¹¹ auf eine Person festgelegt, in manchen werden sie kollektiv übernommen, in wieder anderen rotiert diese Aufgabe. In jedem Fall sucht sich jedes einzelne Projekt Frei und selbstbestimmt die Form, die am besten zu ihm und seinen je konkreten Bedingungen paßt. Die einzelnen Projekte, die alle zusammen eine mittler-

1 Manche sprechen anstatt von Freier auch von Open-Source-Software. In unserem Zusammenhang ist aber gerade der Begriff der Freiheit wichtig, weswegen hier ausschließlich der Begriff Freie Software verwendet wird. Die offenen, das heißt jedem zugänglichen Quellen sind jedoch eine Voraussetzung für Freie Software.

2 Als Betriebssystem bezeichnet man die Sammlung von Software, die einen Computer erst benutzbar macht, indem es die verfügbaren Hardware-Ressourcen Anwendungsprogrammen zur Verfügung stellt. In Unix-artigen Betriebssystemen wie *GNU/Linux* versteht man darunter zusätzlich eine große Fülle kleiner, aber überaus nützlicher Tools (Hilfsprogramme), deren Kombination bereits eine enorme Leistung zur Verfügung stellt.

3 Es sollte immer von *GNU/Linux* gesprochen werden, da umfangreiche Teile des Systems aus dem *GNU-Projekt* [<http://www.gnu.org/>] stammen, ohne das *Linux* nicht denkbar gewesen wäre.

4 Ein Web-Server ist ein Programm, das Anfragen von Web-Browsern aus dem Internet entgegennimmt, verarbeitet und beantwortet. Web-Server sind somit entscheidend wichtige Bestandteile der Infrastruktur des *World Wide Web*.

5 Zwar gibt es im GNU/Linux-Lager eine verbreitete Feindschaft gegenüber *Microsoft*, der Hauptgrund für die *Microsoft*-Verweise in diesem Beitrag ist aber

sachlicher Natur. *Microsoft* dominiert mit seinen Produkten weite Teile des kommerziellen Softwaremarktes und konkurriert damit direkt mit Freier Software und insbesondere mit *GNU/Linux*. Sogar die *Microsoft*-Spitze ist übrigens mittlerweile der Meinung, daß die größte Bedrohung von Freier Software kommt.

6 Ein Compiler ist ein Programm, das aus den in einer Hochsprache geschriebenen Quellen eines Programms eine Kodierung macht, die der Computer direkt ausführen kann. Compiler sind also für den Einsatz von Hochsprachen unabdingbar. Dies ist auch der Grund, warum das *GNU-Projekt* als eines der allerersten Projekte einen C-Compiler – nämlich den *Gcc* – angegangen hat.

7 Ein entscheidender Beitrag zur Durchsetzung von *Perl* dürfte das *Comprehensible Perl Archive Network* (CPAN) [<http://www.perl.com/CPAN/>] gespielt haben. In diese Sammlung legen Entwickler weltweit seit Jahren ihre Tools ab, die in vielen Fällen direkt von anderen eingesetzt werden können.

8 Dies ist übrigens auch die Grundlage, auf der Distributoren wie die Firma *SuSE* [<http://www.suse.de/>] arbeiten. Sie liefern eine Auswahl an Freier Software, liefern aber auch deren Quellen auf ihren Distributions-CDs mit.

9 Dieser Spaß am Programmieren spiegelt sich übrigens auch in der kommerziellen Softwarebranche wider, in denen Mitarbeiter in hohem Maße freiwillig Überstunden leisten – aus

weile riesige Menge an Freier Software herstellen, sind in der Regel untereinander höchstens lose verbunden. Viele Projekte haben ihre eigene Web-Site, auf der die erstellte Software aktuell zu beziehen ist und wo Kontakt zu den Entwicklern aufgenommen werden kann.

Bei sehr vielen Freie-Software-Projekten sind Menschen rund um den Globus¹² beteiligt. Über das Internet kommunizieren¹³ sie in Newsgroups, Mailing-Listen oder Chats miteinander und leisten so die Koordination, die bei Software-Projekten allgemein einen wichtigen Faktor darstellt. Das Internet ist damit eine der wichtigsten Grundlagen für den Erfolg Freier Software.

Das Ergebnis dieser Produktionsweise ist in vielen Fällen eine überragende Qualität¹⁴, die kommerzielle Produkte mitunter um Längen hinter sich läßt. Diese Qualität – und das ist eine der wichtigsten Lehren des Phänomens Freie Software – kann offensichtlich *nur auf der Grundlage von nicht-entlohnter Selbstentfaltung in Verbindung mit internationaler, selbstorganisierter Kommunikation* entstehen. Gleichzeitig ist diese Qualität auch der wichtigste Grund für die steigende Verbreitung Freier Software.

Freie Software und kommerzielle Einflüsse

Nachdem Freie Software immer bekannter geworden ist, sind auch Firmen auf Freie Software aufmerksam geworden. An sich schon ein interessantes Phänomen – mit Freier Software ist, wenn überhaupt, ja nur sehr begrenzt Geld zu verdienen –, entstehen aus dieser Entwicklung sehr unmittelbar kommerzielle Einflüsse auf Freie Software, die es hinsichtlich ihrer Bedeutung für die weitere Entwicklung zu beleuchten gilt.

Die Zahl der Firmen, die sich direkt oder indirekt für Freie Software engagieren, ist inzwischen Legion. War vor sieben bis acht Jahren Freie Software für Firmen noch ein absolutes Nicht-Thema¹⁵, so bekennen sich in den letzten zwei, drei Jahren viele wichtige Firmen im Soft- und Hardwaremarkt zu Freier Software. Das Minimum ist dabei, daß eigene Produkte mit Freier Software zusammenarbeiten.

Unter den Firmen mit Engagement für *GNU/Linux* gibt es zum einen ausgesprochene Linux-Firmen. Insbesondere die Distributoren¹⁶ haben ein natürliches Interesse daran, daß Freie Software allgemein und *GNU/Linux* im besonderen floriert. Sie unterstützen die Freie-Software-Bewegung durch Zuarbeit und auch eigene, bezahlte Entwickler. Zuweilen treiben sie die Entwicklung dadurch voran, daß sie neuere Features schneller aufnehmen als das im Hauptstrom der Fall ist. Weitere Firmen, die mit der Freien-Software-Bewegung überhaupt erst entstanden sind, bieten Dienstleistungen rund um Freie Software an. Zum Teil erstellen sie im Kundenauftrag Freie Software.

Da diese Firmen Freie Software als Geschäftsgrundlage haben, haben sie ein natürliches Interesse daran, die Freie-Software-Bewegung so zu erhalten, wie sie ist, und sie nach Möglichkeit weiter zu stärken. Bei ihnen ist also relativ klar, warum sie sich, trotz ihres Profitinteresses, für Freie Software engagieren.

Durchaus nicht so klar ist dies hingegen bei Firmen, die nicht mit der Freien-Software-Bewegung groß geworden sind. Die Unterstützung solcher klassischen Firmen reicht dabei von der Anpassung der

eigenen, kommerziellen Produkte an Freie Software bis hin zur ›Be-freiung‹ der eigenen Produkte, indem die Quellen veröffentlicht werden. Teilweise werden mittlerweile ganz erhebliche Mittel in Freie Software investiert. So will zum Beispiel IBM im Jahre 2001 eine Milliarde US-Dollar in Freie Software investieren. Das Interesse dieser Firmen an Freier Software ist sehr unterschiedlich. Für manche Firmen ist es lediglich eine weitere Plattform, die wegen ihrer steigenden Verbreitung für sie interessant geworden ist. Für andere Firmen – insbesondere solche, die in erster Linie mit Hardware und/oder Diensten Geld verdienen – ist Freie Software interessant, weil sie durch sie von einzelnen Softwareherstellern unabhängig werden. Spätestens seit die Geschäftspraktiken der Firma *Microsoft* gerichtskundig geworden sind, dürfte klar sein, was diese Unabhängigkeit wert ist.

Es hat nun wenige Fälle gegeben, in denen solche Firmen versucht haben, Freie Software einfach nur als neue Einnahmequelle zu instrumentalisieren. Bekannt geworden ist der Fall von *Corel*, die eine eigene GNU/Linux-Distribution vermarkten wollten, und dabei einige zentrale Grundregeln wie das Mitliefern der Quelltexte nicht beachtet haben. Sehr schnell haben sie eingesehen, daß sie sich besser nicht mit der Freien-Software-Bewegung anlegen, die bei Bekanntwerden dieser Fakten empört aufgeschrien hat.

Heute versuchen immer mehr dieser klassischen Firmen aktiv, ein nicht-ausbeuterisches Verhältnis zu Freier Software zu gewinnen. Sie können es sich einfach nicht leisten, die Freie-Software-Bewegung gegen sich zu haben.

Auch wenn in der Praxis momentan von kommerzieller Seite wenig Gefahren zu drohen scheinen, so gibt es doch auch wichtige juristische Barrieren, die Freie Software und die mit ihr verbundenen Grundrechte schützen: die Lizenzen.

Eine der ältesten und wichtigsten Lizenzen ist die *GNU General Public License* (GPL). Sie ist in ihrem Anspruch an Freiheit am radikalsten und sichert nachhaltig, daß Freie Software nicht reprivatisiert werden kann. Sie sichert die erwähnten vier Grundrechte durch juristische Regularien jedem Nutzer zu. Der juristische Kniff, den sie benutzt, besteht darin, daß sie das Copyright der Verwertungswelt benutzt, um allen ein kostenloses und umfassendes Nutzungsrecht im Sinne der vier Grundrechte zu geben. Neben der GPL gibt es eine Unzahl weiterer Lizenzen, die aber entweder eine Reprivatisierung für bestimmte Personen oder Firmen zulassen oder sonstwie die vier erwähnten Grundrechte nicht vollständig gewährleisten.¹⁷ Mittlerweile ist aber ein deutlicher Trend hin zur Verwendung der GPL erkennbar.

Es gibt aber noch einen fundamentalen Grund, warum Freie Software so, wie sie ist, gegen kommerzielle Einflüsse immun ist: *Die außerordentlich hohe Qualität Freier Software kann offensichtlich nur unter nicht entfremdeten Bedingungen entstehen.* Da wo Menschen Software schreiben, weil es Teil ihrer Selbstentfaltung ist, ist diese Entwicklungstätigkeit Teil des Lebens selbst und nicht auf einen sekundären Zweck wie das Geldverdienen ausgerichtet.

Diese Grundlage wird tendenziell zerstört, wenn Freie Software unter Lohnarbeitsbedingungen hergestellt wird. Die kapitalistische

Termindruck, aber oft genug auch aus Spaß an der Sache.

10 Es dürfte nur wenige Gebiete geben, wo die Grenzen des Machbaren für den einzelnen so weit gesteckt sind wie beim Programmieren. Die prinzipielle Grenze ist in vielen Fällen nur das eigene Können.

11 Unter *Maintainern* verstehen wir Leute, die vorwiegend den Gesamtzusammenhang eines Softwareprojekts im Auge haben. Sie übernehmen oft vor allem organisatorische Tätigkeiten, während andere Programmieren, Dokumentation schreiben oder die Web-Site des Projekts pflegen. In kommerziellen Verhältnissen kommt die Arbeit von Managern diesem Typ Tätigkeit am nächsten. Allerdings hat ein Maintainer im Unterschied zu einem Manager keine Macht. Da alle Beteiligten freiwillig im Projekt mitwirken, können sie sich auch genauso freiwillig zurückziehen. Und Projekte, die ohne Leute auskommen, die entwickeln, gibt es – bei der Freien Software jedenfalls – nicht.

12 Natürlich ist diese internationale Beteiligung stark durch die globale Verteilung vom Zugang zu einem Computer allgemein und vom Internetzugang im besonderen abhängig. Die daraus resultierende Dominanz von Bewohnern hoch-industrialisierter Staaten ist aber kein prinzipielles Problem der Entwicklung Freier Software, sondern eben nur eine Folge der erwähnten ungleichen Verteilung.

13 Bei der internationalen Kommunikation sind natür-

lich auch Sprachbarrieren zu überwinden. In der Regel wird dies dadurch gelöst, daß Englisch als die *lingua franca* der Computerwelt verwendet wird.

14 Natürlich ist nicht jede Freie Software von hoher Qualität. Da Freie Software zu den je eigenen Zwecken und aus der je eigenen Motivation der Entwickler entsteht, kann Freie Software natürlich auch von schlechter Qualität sein, wenn dies die Notwendigkeit beseitigt. Allerdings ist es oft ein Teil der Selbstentfaltung der Entwickler, eine Software zu schaffen, die nach allgemeinen Maßstäben gut ist. Der Stolz auf das Geschaffene spielt hierbei sicher eine Rolle.

15 Tatsächlich gab es noch vor wenigen Jahren häufiger den Fall, daß Mitarbeiter in Softwareabteilungen zentrale Server unter *GNU/Linux* laufen ließen, um weniger Mühe und stabilere Systeme zu haben. Da dies der Firmenpolitik widersprach, durften sie allerdings niemandem davon erzählen.

16 Distributoren sind Firmen, die vor allem die große Menge an Freier Software zu sinnvollen Paketen schnüren, diese Pakete auf CDs pressen und verkaufen. Der Kaufpreis ist dann das Entgelt für diese Dienstleistung – nicht für die Software an sich, die auf den CDs enthalten ist.

17 Wenn in diesem Beitrag von Freier Software gesprochen wird, so ist vor allem die Software gemeint, die unter der GPL steht.

18 In der Tat ist es auch bei erfolgreicher kommerzieller Softwareentwicklung

Produktionsweise beruht bekanntlich gerade darauf, daß der Markt, also dem Individuum und seiner Selbstentfaltung äußerliche Größe die Produktion bestimmt. Im Lohnarbeitsverhältnis schlägt sich das darin nieder, daß Chefs bestimmen, was ihre Untergebenen zu tun haben.¹⁸ Für die Unternehmer bedeutet das, daß sie die Produktion auf den Markt ausrichten müssen.

Damit ist die individuelle Selbstentfaltung als fundamentale Grundlage der Entwicklung Freier Software unter Bedingungen der Lohnarbeit aber nicht mehr gegeben¹⁹ und damit ist Freie Software letztendlich nicht in den kapitalistischen Markt reintegrierbar.

Perspektiven Freier Software

Nachdem seit einigen Jahren alle Statistiken eine zunehmende Verbreitung von *GNU/Linux* zeigen, stellt sich natürlich die Frage, welche Perspektiven Freie Software allgemein und *GNU/Linux* speziell haben.

Schon heute ist absehbar, daß die Bedeutung von *GNU/Linux* weiter wachsen wird. Die Server, mit denen vor allem Computerfachleute arbeiten, laufen schon heute zu einem großen Teil unter *GNU/Linux*. Die sie betreuenden Fachleute waren einerseits die ersten, die die überragende Qualität wahrgenommen haben, andererseits sind große Teile heute existierender Freier Software auch eher diesem Sektor zuzurechnen.

Mittlerweile ist aber auch auf dem Desktop eine Entwicklung hin zu immer mehr *GNU/Linux*-Installationen²⁰ zu beobachten. Auch bei Privatleuten spricht sich immer stärker herum, daß eine *GNU/Linux*-Installation in aller Regel viel weniger Probleme macht, als die verbreiteten Microsoftprodukte. Und seitdem die Distributionen Hilfsmittel mitbringen, die eine *GNU/Linux*-Installation heute sogar einfacher machen als eine Windows-Installation, sind auch viele ininteressierte Laien in der Lage, dies selbst vorzunehmen. Mit der immer besseren Verfügbarkeit von ausgesprochen Desktop-orientierten Produkten wie dem oben erwähnten *StarOffice* oder *Gimp*²¹ wird sich dieser Trend zweifellos verstärken. Doch auch im technischen Bereich erobert *GNU/Linux* eine Bastion nach der anderen. Aktuell gibt es eine breite Entwicklung, *GNU/Linux* auch im Bereich der *Embedded Computer*²² einzusetzen. Diese Entwicklung wird dadurch begünstigt, daß *GNU/Linux* extrem skalierbar ist. So gibt es *GNU/Linux*-Systeme, die komplett auf eine Diskette passen. Insgesamt ist eine stürmische Entwicklung hin zur Verwendung Freier Software auf allen Sektoren zu verzeichnen. Auch im Highend-Bereich, in dem Supercomputer mit zum Teil vielen Tausend Prozessoren arbeiten, wird Freie Software immer mehr zum Standard.

Neben dieser Entwicklung im technischen Bereich hat Freie Software aber auch noch andere Auswirkungen auf die, die mit ihr in Berührung kommen. Die Idee Freier Software ist einfach faszinierend und wenn sie erst einmal verstanden wurde, daß es sich bei Freier Software nicht um Betrug oder minderwertige Produkte handelt, sind die Nutzer nicht selten begeistert von der Idee. Diese Begeisterung, die letztlich aus dem Gefühl kommt, Teil einer wirklich guten Sache zu sein, ist in anderen Sektoren heute kaum noch wahrnehmbar und von daher in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen.

Als Beleg mögen die vielen, vielen freiwilligen Aktivitäten dienen, die rund um Freie Software entstanden sind. Das geht bei zahlreichen *Linux-User-Groups* los, setzt sich bei aktiven Beiträgen zur Freien Software fort und mündet in Großveranstaltungen wie dem *LinuxTag* [<http://www.linuxtag.org/>], der mittlerweile jährlich weit über 10 000 Besucher anzieht und dessen Organisation nach wie vor von freiwilligen Aktivisten getragen wird. Die Begeisterung, die Freie Software nicht selten auslöst, strahlt mittlerweile in immer mehr andere Bereiche menschlichen Handelns. Überall gibt es einzelne, die überlegen, ob sich nicht auf ihrem Interessengebiet die Prinzipien Freier Software nutzbringend einsetzen lassen. Besonders spannend sind Umsetzungen im Bereich der Produktion von Informationsgütern und mittlerweile auch bei materiellen Erzeugnissen.

Es ist wohl nicht vermessen zu sagen, daß diese Entwicklungen weiter laufen werden. Die Ideen Freier Software werden in der nächsten Zeit weitere Verbreitung finden und die Begeisterung dafür wird weiter steigen. Dabei wird aber keine neue Form der Herrschaft herkommen, da Freie Software nicht herrscht. Im Gegenteil, wenn Wissen Macht ist, und wenn Freie Software das Wissen so fein verteilt, wie es sonst nirgends der Fall ist, dann löst Freie Software auch Machtkonzentrationen tendenziell auf.

Das Besondere an Freier Software

Bei Freier Software handelt es sich also um ein spannendes und sich immer weiter ausbreitendes Phänomen. Bis hierher ist aber noch nicht klar, warum wir im Projekt *Oekonux* darüber nachdenken, ob Freie Software ein gesellschaftsveränderndes Moment haben kann, das über die eigene Ausbreitung hinausgeht. Tatsächlich hat Freie Software aufgrund der ihr zugrundeliegenden Prinzipien einige *besondere Eigenschaften* – insbesondere muß sie gegen Hobbies und Waren abgegrenzt werden.

Freie Software ist in manchen Aspekten mit produktiven Hobbies, wie Gartenbau, Kochen oder ›Auto-Schrauben‹, vergleichbar. Allerdings gibt es einige Aspekte, die Freie Software von einfachen Hobbies deutlich abheben. Im Gegensatz zu fast allen Hobbies hat Freie Software *einen hohen gesellschaftlichen Nutzen*. Sie ermöglicht beziehungsweise erleichtert praktisch jedem Menschen auf der Welt die Nutzung eines Computers.

Andere Hobbies können zum Beispiel wegen ihrer Gebundenheit an Raum, Zeit und Stoff diese Eigenschaft nicht haben. Freie Software kann sich durchsetzen, obwohl es einen voll ausgebauten Warenmarkt für Software gibt, auf dem sich zudem die mächtigsten Firmen dieses Planeten tummeln. Keinem anderen Hobbyprodukt ist dies jemals gelungen. In anderen Fällen ist die Hobbyphase eines Produkts mit eintretendem Markterfolg in der Regel unwiederbringlich vorbei. Zudem sind die meisten Hobbyprodukte eher im handwerklichen Bereich angesiedelt und entstammen damit eigentlich der vorindustriellen Produktion. Demgegenüber ist Freie Software ein hochmodernes Produkt, das auf den modernsten Produktionsmitteln entsteht – Computern. Mit einigem Recht kann sogar gesagt werden, daß Software im allgemeinen bereits der nachindustriellen Phase angehört. Während die meisten Hobbies von einzelnen oder

heute schon oft so, daß der klassische Befehlston eher die Ausnahme ist. Ein guter Chef versucht heute den Mitarbeitern zu helfen, einen produktiven Prozeß zu organisieren. Daß dies Freier Software nicht unähnlich ist, ist kein Zufall, sondern dem Typ der Tätigkeit geschuldet.

19 Tatsächlich gibt es heute einige Firmen, die Entwickler Freier Software bezahlen. Es handelt sich hier aber oft nicht um normale Lohnarbeitsverhältnisse, sondern die Entwickler sind in ihrem Handeln völlig frei. So wird der bekannte Kernel-Entwickler *Alan Cox* zwar vom großen US-Distributor *RedHat* [<http://www.redhat.com>] bezahlt, er ist aber nicht an irgendwelche Weisungen gebunden.

20 Teilweise wird *GNU/Linux* parallel zu bestehenden Installationen anderer Betriebssysteme – namentlich Microsoftprodukte – betrieben. Dies ist ohne weiteres möglich. Beim Booten kann entschieden werden, mit welchem der beiden Betriebssysteme gearbeitet werden soll.

21 Neben solchen großen Programmen gibt es noch zahlreiche kleinere (MP3-Player, Texteditoren, File-Manager, Web-Browser, ...). Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß praktisch alle wichtigen Anwendungen heute auch für *GNU/Linux* zur Verfügung stehen. Lediglich auf dem Sektor Spiele haben Windows-basierte Programme noch deutlich die Nase vorn – doch auch hier sind interessante Entwicklungen im Gang.

22 Ein *Embedded Computer* ist ein Computer, der in einem anderen Gerät als Steuerung integriert ist. Auch ein Handy kann zum Beispiel als Embedded Computer bezeichnet werden, da seine Hauptaufgabe in der Bearbeitung von Daten besteht.

23 Der Preis, der für eine Distributions-CD zu entrichten ist, deckt – wie bereits erwähnt – lediglich den Service der Zusammenstellung und Pressung der CD und gegebenenfalls einer Buchbeigabe und telefonischen Installations-support. Es ist aber sogar direkt von den Servern der großen Distributoren möglich, die gleiche Distribution ohne jegliches Entgelt zu bekommen. In diesem Fall werden die Kosten für die Reproduktion der Software, die der Kopiervorgang letztlich bedeutet, direkt vom Abnehmer in Form von Entgelt an Internetprovider etc. getragen.

24 Tatsächlich ist es so, daß gerade im Bereich der Informationen Knappheit erst künstlich geschaffen werden muß, um Informationen überhaupt erst zur Ware machen zu können. Patente sind eine solche Verknappungsform im technischen Bereich, Copyright in künstlerischen und immer mehr auch im Computerbereich. Die Verknappung von Software durch das Urheberrecht oder Softwarepatente dient also einzig dem Zweck, diese Software verkaufbar zu machen.

25 Als bestes Beispiel mögen die zahllosen GNU-Tools dienen, die große Teile eines GNU/Linux-Systems ausmachen. Sie haben sich neben den existierenden kommerziellen Implementie-

kleinen, lokalen Gruppen ausgeübt werden, entsteht Freie Software regelmäßig in internationalen Gruppen. Dabei funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Menschen rund um den Globus so reibungslos, wie es sich viele transnationale Konzerne wünschen würden. Freie Software entstammt zwar dem Hobbybereich, ist aber in vielerlei Hinsicht nicht als einfaches Hobby einzuordnen, sondern hat Qualitäten, die über ein einfaches Hobby hinausweisen.

Auch wenn Distributionen Freier Software verkauft werden, so ist *Freie Software selbst keine Ware*. Sie ist prinzipiell ohne einen Tauschvorgang erhältlich. Es muß also nichts gegeben werden, um ein Stück Freie Software zu bekommen.²³ Tatsächlich dürften die allermeisten Nutzer Freier Software nie einen Beitrag zu den Produkten leisten, die sie benutzen. Im Gegensatz zu Waren, die eigentlich erst wegen ihrer Knappheit²⁴ zu Waren gemacht werden können, ist Freie Software im Überfluß vorhanden. Wer ein Stück Freie Software braucht, kann es sich einfach nehmen. Mittlerweile gibt es auch schon für sehr viele Anwendungen gute bis sehr gute Freie Software, so daß die meisten Computer-Nutzer heute weitgehend, wenn nicht sogar ausschließlich, mit Freier Software arbeiten können.

Da bei Freier Software die Quellen offenliegen, sind Betriebsgeheimnisse, ohne die kommerzielle Firmen nicht auskommen, nicht möglich. Jede Technik, die in einem Stück Freier Software verwendet wird, kann (und soll!) ganz explizit von anderen auch als Idee genutzt werden. Solche Geheimnisse sind aber auch gar nicht erwünscht, da Entwickler Freier Software an einem gemeinsamen Ziel arbeiten: der Erstellung brauchbarer und guter Software. Zwar gibt es zuweilen Meinungsverschiedenheiten, was brauchbar und gut ist und wie der beste Weg zu einem brauchbaren und guten Produkt aussieht. Die Entscheidung einer solchen Frage ist aber nicht – wie so oft in konkurrenz-basierten Systemen wie dem Markt – eine Überlebensfrage für die Konkurrenten. Tatsächlich gibt es in der Freien Software eher selten eine große Auswahl an Produkten für ein bestimmtes Problem. Oft sind aber die existierenden Produkte so gut, daß gar kein Bedarf nach Konkurrenz besteht.²⁵ Allerdings ist Freie Software häufig in höchstem Maße konfigurierbar und damit weitestgehend an individuelle Vorstellungen anpaßbar.

Freie Software ist also ein Produkt, daß zwar nützlich ist, aber keinen Tauschwert hat. Wegen der Grundrechte, die Freie Software allen Nutzern einräumt, kann sie auch nachträglich keinen Wert bekommen. Ihrem Nutzen tut das aber keinen Abbruch. Diese besonderen Eigenschaften, die Freie Software von anderen Produkten und Phänomenen unterscheiden, konnten historisch nicht früher entstehen. Zwei entscheidende Faktoren, die erst in der Spätphase marktwirtschaftlicher Entwicklung eingetreten sind, treffen sich in Freier Software. Der eine, bereits erwähnte Faktor ist der der *individuellen Selbstentfaltung*, die bei der Entwicklung von Software im allgemeinen und Freier Software im besonderen möglich ist. Diese Möglichkeit zur Selbstentfaltung, aus der die Lust am produktiven Schaffen entsteht, ist der zentrale Motor für die permanente Weiterentwicklung Freier Software. Während der Faktor Selbstentfaltung nicht historisch neu, sondern tief im Menschen²⁶ verwurzelt ist, tritt in unserer Zeit die *digitale Kopie als neue Technik* mit ungeheuren Auswirkun-

gen hinzu. Diese Auswirkungen verdanken sich einigen besonderen Eigenschaften der digitalen Kopie. Die Bits einer digitalen Kopie sind nicht vom Original unterscheidbar²⁷ und weder Original noch Kopie leiden unter einem Kopiervorgang. Durch die steigende Verbreitung von Computern ist die für digitale Kopien notwendige Technologie²⁸ mittlerweile in vielen Haushalten zu finden. Zumindest die Reproduktionstechnik, die digitale Kopierer darstellen, ist also mittlerweile Teil der normalen Einrichtung geworden.

Das Internet ist genau genommen nicht viel mehr als eine gigantische Fernkopiereinrichtung für digitale Daten. Schon das Laden einer Web-Site ist beispielsweise eine Kopie der Site mindestens in den Hauptspeicher des anzeigenden Computers. In Sekundenschnelle und weitestgehend unbeeindruckt von Staatsgrenzen²⁹ können Bits, Bytes und Megabytes von allen Vernetzten rund um den Globus kopiert werden. Der internationale Informationsfluß, der dadurch möglich wird, wäre mit keiner vorherigen Technologie auch nur im Ansatz denkbar gewesen.³⁰ Zudem ist die digitale Kopie universell für alle Informationsprodukte auf digitaler Basis. Es ist beim Kopieren von Bits völlig gleichgültig, ob es sich um einen Liebesbrief, ein Kochrezept, eine Konstruktionszeichnung, eine Musikdatei, ein Programm, den Inhalt einer Datenbank oder ... handelt. Damit ist die digitale Kopie eine Basistechnologie für die Welt der digitalen Informationsprodukte, genauso wie es der Buchdruck für die Welt der auf Papier fixierbaren Informationsprodukte war.

Die Reproduzierbarkeit digitaler Information bietet also Möglichkeiten, die mit früheren Techniken der Informationsverbreitung nicht einmal denkbar waren. Ist diese Technik an sich schon revolutionär genug – viele staunende Kommentare zum Phänomen Internet mögen als Beleg gelten –, so hat die digitale Kopie in Verbindung mit Freier Software und deren Selbstentfaltung erst wirklich *systemsparendes Potential*.

Der Weg in die GPL-Gesellschaft

Wenn die revolutionären Möglichkeiten, die Freie Software und ihre Prinzipien bieten, in Betracht gezogen werden, so stellt sich die Frage, wie eine neue gesellschaftliche Formation, die auf den Prinzipien Freier Software beruht, erreicht werden kann. Diese Formation wird hier als *GPL-Gesellschaft* bezeichnet, um auf die entscheidende Bedeutung der GPL hinzuweisen.

Nun ist natürlich heute nicht klar, wie eine voll entwickelte GPL-Gesellschaft aussehen wird und es gibt auch grundsätzliche Schwierigkeiten.³¹ Es kann allerdings auf der bereits vorhandenen Grundlage erörtert werden, worauf eine solche Gesellschaft beruhen müßte.

Heutige Produktionsmittel werden in der Regel von Menschen genutzt, die durch ihre Arbeit in erster Linie ihr Geldinteresse befriedigen, für die der Inhalt ihrer Arbeit also eher zweitrangig ist. *Zukünftige Produktionsmittel müssen dagegen Selbstentfaltung auf breiter Basis ermöglichen*. Es muß Spaß machen, an diesen Produktionsmitteln tätig zu sein. Die Kreativität der Menschen muß durch sinnvolle Herausforderungen angesprochen werden. Die gesamte Produktionsumgebung muß nach menschlichen Maßstäben³² geschnitten werden.

ungen der gleichen Tools durch größere Portabilität (Übertragbarkeit auf verschiedene Computersysteme), oft eine größere Stabilität und in praktisch jedem Fall durch eine höhere Funktionsvielfalt und damit Mächtigkeit etablieren können.

26 Zumindest gilt dies wohl für die vielen westlich geprägten Menschen seit der Aufklärung. Überkulturelle und überhistorische Antworten auf die Frage Was ist der Mensch? sind vermutlich jenseits von Trivialitäten nicht möglich.

27 Diese Verlustfreiheit ist es letztlich auch, die heute die Verwertungsgesellschaften wie GEMA oder VG Wort auf den Plan ruft. In Zeiten, in denen für Privatpersonen nur analoge Kopien technisch machbar waren – durch Tonbänder, Kassetten- oder Videorecorder –, konnten die Verwertungsgesellschaften darauf bauen, daß eine Kopie nicht unbegrenzt selbst wieder als Original dienen konnte. Im Zeitalter von MP3 und DVD ist diese technisch bedingte Ausbreitungsbremse nicht mehr gegeben.

28 Tatsächlich ist das Kopieren von Information in Computern eine so große Selbstverständlichkeit, daß weder Programmierer noch Anwender darüber nachdenken. Schon das Laden eines Programms ist beispielsweise mit einem Kopiervorgang verbunden – nämlich von der Platte in den Hauptspeicher.

29 Die Bedeutungslosigkeit von Staatsgrenzen im Internet ist übrigens ein riesiges Problem für die Juristerei. Gesetze gelten

nämlich per Definition nur auf dem Staatsgebiet des sie erlassenden Staates. Durch das grenzenlose Internet werden diese Staatsgrenzen schlicht unterlaufen.

30 Insbesondere ermöglicht das Internet jedem einzelnen auch das Versenden von Daten über eMail, Web-Sites, etc. und unterscheidet sich damit erheblich von Medien wie Zeitungen, Radio oder Fernsehen. Auch auf diesem Sektor bietet das Internet Individualisierungsmöglichkeiten, die mit anderen Technologien nicht denkbar sind.

31 So sind wir alle durch unsere lebenslange Prägung auf Arbeit und Tausch schon in unseren Denkmöglichkeiten eingeschränkt. Allein die häufig zu beobachtende Ungläubigkeit angesichts des Phänomens Freier Software ist ein deutlicher Hinweis auf diese verbreitete Schwierigkeit, über das Bestehende hinauszudenken.

32 Da nicht mehr das Profitprinzip als blinder Zwang maßgeblich ist, können solche Produktionsumgebungen endlich auch wieder zum Beispiel ökologischen Anforderungen genügen.

33 Genaugenommen ist vielmehr die Verknappung von Information durch Copyright und ähnliche Rechtskonstrukte historisch relativ neu. Es kann nachgewiesen werden, daß die Verknappung von Information erst eingeführt wurde, als es vor allem durch Bücher und das Verlagswesen möglich wurde, Information zur Ware zu machen. Die Bindung an das nur professionell zu reproduzierende Medium

Die Tätigkeit, die an/mit solchen Produktionsmitteln stattfindet, ist gleichzeitig beides: Selbstentfaltung und nützliche Tätigkeit. Das, was gesellschaftlich notwendig ist, muß nicht mehr mit Hilfe eines strukturellen Zwangs – wie dem zum Geldverdienen – den Menschen abgerungen werden, sondern entsteht als nützlicher Nebeneffekt dessen, was sie als Ausleben ihrer individuellen Freiheit tun wollen. Informationen und Güter stehen allen Frei zur Verfügung. Bedürfnisse werden befriedigt, indem Menschen sich das aus dem gesellschaftlichen Reichtum nehmen, was sie brauchen. *Insgesamt ist mit einer Überwindung der auf abstrakter Arbeit beruhenden gesellschaftlichen Formation zu rechnen.*

Wenn Tätigkeiten nicht bezahlt werden, sondern die individuelle Selbstentfaltung die Motivation für eine Tätigkeit darstellt, dann gibt es keine Arbeit im herkömmlichen Sinne mehr. Genausowenig gibt es Waren im herkömmlichen Sinne, da nicht für einen abstrakten Markt produziert wird, sondern aus konkreten, menschenbezogenen Gründen. Wenn weder Arbeit noch Waren sinnvoll sind, wenn die Knappheit überwunden ist, dann ist Tausch nicht mehr die notwendige Grundlage der Vergesellschaftung und Geld damit obsolet.

Den Entfremdungsphänomenen, die in Arbeitsgesellschaften notwendig auftreten, ist damit letztendlich die Grundlage entzogen. Produktive Tätigkeiten werden aus konkreten Gründen ausgeführt und folglich kann weder der Zwang zum Geldverdienen noch der zur Profitmaximierung noch länger die oberste Handlungsmaxime sein. Damit ist es möglich, gesellschaftlich nützliche Tätigkeit an sich und ohne den Umweg über ihre Verwertung zu würdigen. Gleichzeitig würde Raum geschaffen, das zu tun, was nötig ist, und nicht das tun zu müssen, was Vermarktungsdruck diktiert.

Die wichtigste Produktivkraft in einer solchen GPL-Gesellschaft ist die menschliche Selbstentfaltung geworden. Die Entfaltung dieser Produktivkraft beruht zwar auf den Produktivkräften der agrarischen und industriellen Phase, wird aber dominierend sein und somit über diese hinausgehen. Somit wird die Freiheit des einzelnen, die individuelle Selbstentfaltung in Verbindung mit der selbstorganisierten, globalen Kooperation im Wortsinne zur Voraussetzung für die Freiheit der gesamten Gesellschaft.

Computerprogramme sind natürlich nur eine, wenn auch heute sehr wichtige Sorte von Informationsgütern. Es gibt aber zahlreiche andere Informationsgüter, die zum guten Teil auch vernünftig in digitale Form gebracht werden können. Damit unterliegen diese Informationsgüter prinzipiell den gleichen Bedingungen wie Software, und eine ähnliche Entwicklung wie bei der Freien Software ist bei diesen Gütern heute zumindest von den technischen Voraussetzungen her vorstellbar. Tatsächlich ist die Idee, Information Frei fließen zu lassen, nicht wirklich neu. Auf einigen Gebieten ist der Freie Informationsfluß üblich oder auch geradezu selbstverständlich.³³

In der *Wissenschaft* ist der Freie Fluß von Informationen immer eine wichtige Grundlage gewesen. Schon in frühesten Zeiten haben Wissenschaftler ihre Erkenntnisse global weitergegeben und damit den Fortschritt der Menschheit auf allen Gebieten vorangetrieben. Die aktuelle Entwicklung gibt allerdings Anlaß zur Besorgnis, denn unter dem Konkurrenz- und Vermarktungsdruck werden immer

mehr Forschungsergebnisse verheimlicht. Es gibt jedoch auch das Phänomen, daß wissenschaftliche Ergebnisse zuerst und brandaktuell im Web veröffentlicht werden anstatt in den üblichen Magazinen.

Kochrezepte sind in vielerlei Hinsicht mit Freier Software vergleichbar. Jeder kann ein Rezept nachkochen; das Rezept kann studiert und beliebig variiert werden, und sowohl das Grundrezept als auch Ableitungen daraus dürfen Frei weitergegeben werden. Die individuelle Selbstentfaltung beim Kochen verbindet sich mit der selbstorganisierten und internationalen Kooperation in der riesigen Community der Köche, in der Kochrezepte Frei weitergegeben und weiterentwickelt werden.³⁴ In Form von Kochbüchern gibt es sogar kommerziell vertriebene Distributionen, die einem Satz GNU/Linux-CDs von der Idee her sehr nahe kommen. Vielleicht wird an diesem Beispiel am augenfälligsten, daß Freier Informationsfluß ein Segen für die Menschheit als ganzes ist.

Inspiriert von der Idee Freier Software entwickeln sich tatsächlich aber auch bei anderen Informationsgütern Formen, die zu deren ›Be-Freiung‹ führen. Auf einigen Web-Sites werden Freie Literatur (zum Beispiel bei der *Leselupe* [<http://www.leselupe.de/>]) und andere Freie Texte (zum Beispiel bei *Open Theory* [<http://www.opentheory.org/>]) eines Autors oder einer Autorin dem Review der Netzgemeinde überlassen. Mehrere Projekte befassen sich mit der Erstellung einer Enzyklopädie im Internet (zum Beispiel die *Encyclopaedia Aperta* [<http://www.opentheory.org/proj/encyklopaedie/>]). Bei diesen Enzyklopädiën können leicht verschiedene Sichtweisen nebeneinander dargestellt werden (Peer-Review-Verfahren sichern die Qualität der Beiträge). Musik im Internet³⁵ ist vor allem durch das Datenformat MP3³⁶ und *Napster* [<http://www.napster.com/>] bekannt geworden. Allerdings ist der Fluß von Musik durch *Napster* nicht mit Freier Software zu vergleichen, da die Stücke nicht Frei sind, sondern restriktiven Copyrightbedingungen unterliegen. Mit dem durch *Napster* ausgelösten Boom vergleichbar sind eher die Zeiten, in denen das Raubkopieren von Software praktisch die einzige Möglichkeit war, kostenlos aber illegal an Software zu kommen.

Im Zuge der Verbreitung des MP3-Formats bilden sich aber auch Phänomene, die Freier Software ähnlich sind. So stellen Freie Künstler ihre Werke im Netz der Welt zur Verfügung (zum Beispiel im europäischen *MP3-Verbund* [<http://www.mp3eu.net/>]). Wir dürfen gespannt sein, ob sich die Entwicklung, die wir bei Freier Software erlebt haben, in diesem Sektor wiederholt. Vielleicht sind in zehn Jahren Freie Musiker³⁷ so bekannt, wie die Musiker, die heute von den großen Plattenfirmen mit Millionenbeträgen aufgebaut werden.

An vielen Stellen³⁸ ist zu beobachten, daß die Idee Freier Software bei anderen Informationsgütern Nachahmung findet. Die breite Verfügbarkeit der digitalen Kopie und die Digitalisierung von immer mehr Informationsgütern treibt diese Entwicklung ständig voran.

Ein entscheidender Schritt beim Weg in die GPL-Gesellschaft ist die Übertragung der Prinzipien der Freien Software auf materielle Güter. Zunächst scheint dies eine unüberwindliche Hürde, da materielle Güter nicht den Bedingungen der digitalen Kopie unterliegen. Doch auch auf diesem Sektor gibt es bereits eine Reihe interessanter Entwicklungen.

Buch diene als Grundlage dieser Entwicklung und hat sich heute auf alle Informationsspeicher ausgedehnt. Die Entwicklung der digitalen Kopie und deren flächendeckende Verfügbarkeit für Privatpersonen unterläuft diese Grundlage.

34 Auch diese internationale Kooperation hat durch das Internet im übrigen einen gewaltigen Schub bekommen, wie die zahllosen Rezeptsammlungen im *World-Wide-Web* belegen.

35 Ähnliche Entwicklungen kündigen sich übrigens für den Bereich Film an.

36 MP3 ist ein Kompressionsverfahren, das Musik in hoher Qualität auf akzeptable Größe bringt. Es ist die Voraussetzung dafür, daß Musik als digitale Kopie handhabbar ist. Erst durch diese technische Innovation ist die Entwicklung auf diesem Sektor möglich geworden.

37 Musik hat übrigens mit Freier Software gemein, daß sie zu guten Teilen dem Hobbybereich entstammt und Menschen Musik machen oft als Teil ihrer individuellen Selbstentfaltung betrachten.

38 Eine ständig aktualisierte Übersicht über solche Entwicklungen findet sich in der kommentierten Link-Liste [<http://www.oekonux.de/projekt/links.html>] des Projekts *Oekonux*.

So gibt es inzwischen mehrere Projekte, die sich mit dem Design materieller Güter befassen. Sie entwerfen dabei ein Gut, das dann von kommerziellen Firmen hergestellt werden kann. Der Vorteil für eine Herstellerfirma liegt darin, daß sie die Kosten für eine Produktentwicklung nicht selbst aufbringen muß. Überdies profitiert sie von dem Freien Entwicklungsprozeß, der einen von den Freien Software bekannten Qualitätsstandard begünstigt. Verschiedene Projekte befassen sich mit dem Entwurf elektronischer Schaltungen (zum Beispiel *Open Collector* [<http://opencollector.org/>]) oder von Chips (*OpenCores.org* [<http://www.opencores.org/>]). Auf dem Sektor des Chip-Designs gibt es sogar Entwicklungen, in denen Firmen ihre normalerweise streng gehüteten Designs befreien, um von den Vorteilen Freier Entwicklungsprozesse zu profitieren. Seit geraumer Zeit gibt es das *F-CPU Projekt* [<http://www.f-cpu.org/>], in dem eine Freie CPU³⁹ entworfen wird und das schon recht weit fortgeschritten ist. Eines der ambitioniertesten Freien Projekte mit dem Ziel der Befreiung eines materiellen Guts ist sicher das *OSCar Projekt* [<http://www.theoscarproject.org/>], das noch ganz am Anfang steht. Dort wird versucht, ein Auto nach den Prinzipien Freier Software zu entwerfen.

39 Eine CPU (Central Processing Unit) ist das Herzstück eines jeden Computers.

Ein wichtiger Trend für die Durchsetzung der GPL-Gesellschaft findet bereits mitten im Kapitalismus und vor unser aller Augen statt: *die ständig steigende Bedeutung von Informationen für die materielle Produktion selbst*. Vermutlich ist hier erst die Spitze des Eisbergs zu erkennen, denn die Rationalisierungspotentiale, die der flächendeckende Einsatz des Internet vor allem zwischen den Firmen noch bietet, sind riesig. Vermutlich bildet Information zumindest in einigen hochautomatisierten Industriebereichen heute bereits den Dreh- und Angelpunkt, ohne den materielle Produktion auf dem Stand der Produktivität gar nicht mehr denkbar wäre. Hier bildet sich schon das Phänomen heraus, daß die materielle Produktion zunehmend nur noch zum Anhängsel der immer wichtiger werdenden Produktion von Informationen wird. Ein vergleichbarer Prozeß hat sich im Übergang von den Agrar- zu den Industriegesellschaften vollzogen, wo die agrarische Produktion heute auch nur noch ein Anhängsel der Industrieproduktion ist.

Die permanente Erhöhung der Produktivität, die in der Spätphase des Kapitalismus die Geißel der Arbeitslosigkeit zur Folge hat, könnte in einer neuen gesellschaftlichen Formation endlich zum Segen werden. Die Freie Software mit ihren Prinzipien jenseits der Verwertung, die das Wort von der Informationsgesellschaft auf den Begriff bringt, scheint die lange gesuchte Keimform zu sein, die eine Vergesellschaftung auf dem Stand der Produktivkraftentwicklung, aber jenseits der Tausch- und Arbeitsgesellschaft erstmals aufscheinen läßt.

HANS JÜRGEN KRYSMANSKI

High-Tech-Anti-Kapitalismus: Ein Widerspruch in sich?

Was liegt angesichts der enormen technologischen Entwicklungssprünge in unserer Zeit näher, als in solchen Zusammenhängen auch über die Möglichkeiten eines High-Tech-Anti-Kapitalismus zu reflektieren. Dabei ist es schon bemerkenswert, daß sich für viele ›High-Tech-Kapitalisten‹ nicht erst seit dem 11. September 2001 die Vorstellung eines High-Tech-Anti-Kapitalismus allein auf ›high tech terrorist warfare‹, ›bio-tech attacks‹ und dergleichen beschränkt. Unter dem Titel ›counterterrorism‹ hat sich im Internet und auch sonstwo ein ganzer Hochtechnologiebereich angesiedelt, der jetzt einen weiteren gewaltigen Aufschwung erleben dürfte. Auf der anderen Seite scheint vielen anti-kapitalistischen Bewegungen ›der Kapitalismus‹ hinreichend durch seine hochtechnischen Kontroll- und Unterdrückungsapparate gekennzeichnet zu sein. Da entsteht ein *circulus vitiosus*, der kaum Raum läßt für die Gleichung High Tech = politischer Fortschritt. De facto aber leben die interessantesten »anti-systemischen Bewegungen« (um einen Ausdruck von *Immanuel Wallerstein* zu gebrauchen) heute von ausgesprochen friedlichen und auf jeden Fall gewaltlosen Konfliktaustragungspraktiken, basierend auf den neuen ›virtuellen‹ Hochtechnologien, und gelegentlich – das gab es schon lange nicht mehr – sogar von High-Tech-Visionen.

Für eine Argumentation, die diesen Faden aufnimmt, bedarf es einer *Epochenbestimmung*. Einem High-Tech-Kapitalismus muß ein Low-Tech-Kapitalismus vorausgegangen sein. Doch ›high‹ und ›low‹ sind relative Begriffe, wenn beispielsweise mit ›low‹ die fordistische und mit ›high‹ die postfordistische Phase gemeint wären. Die Schwierigkeiten der ›new‹ oder ›high economy‹ gehen ja auf eine Unterschätzung der ›old‹ oder ›low economy‹ zurück. Andererseits sind diese Schwierigkeiten auch der Tatsache geschuldet, daß Kapitalismus jedweden Höhengrades gar nicht in der Lage ist, das ›high‹ an der ›new technology‹ wirklich in eine ›new economy‹ umzusetzen.

Eine Epochenbestimmung möchte ich auf zweierlei Art vornehmen, jeweils auf der Grundlage der historisch-materialistischen Entwicklungstheorie. *Zum einen* geht es um ›Emergenz‹, das heißt, um einen stufenhaft fortschreitenden Vergesellschaftungsprozeß im Verhältnis Planet Erde (allgemeiner Arbeitsgegenstand) und Menschheit (ideeller Gesamtarbeiter). Vielfältige Produktivkraftsysteme und vielfältige Produktionsverhältnisse (dominant kapitalistischer Provenienz) sind längst zu einem *globalen System vielfältiger Produktionsweisen und vielfältiger Überbauten* aufgestiegen und in ihm aufgehoben.



Hans Jürgen Krysmanski – Jg. 1935; em. Professor für Soziologie an der Universität Münster; Schwerpunkte Konflikt- und Friedensforschung, Neue Medien, Globalisierung; Autor zahlreicher TV-Reportagen (Spiegel TV, NDR); Buchpublikationen u. a. ›Soziologie des Friedens‹ (Wiesbaden/Opladen 1993), ›Popular Science. Medien, Wissenschaft und Macht in der Postmoderne‹ (Münster/New York 2001); Homepage: www.hjkrismanski.de

Zu den folgenden Überlegungen wurde der Autor angeregt durch die Konferenz ›Von der Freien Software zur Freien Welt‹ und die V. Internationale Konferenz des Berliner Instituts für Kritische Theorie (INKRIT) unter dem Thema ›Herrschaft und Ideologie im High-Tech-Kapitalismus‹.

1 Vgl. Rifkin, Jeremy: *The Age of Access: The New Culture of Hypercapitalism Where All of Life is a Paid For Experience* (dt. Access. Das Verschwinden des Eigentums, Campus Verlag, Frankfurt/Main 2000). Hyperkapitalismus ist für Rifkin die Phase, in welcher Kultur zu Ökonomie und Ökonomie zu Kultur wird. »AOL-Time Warner, Disney, Viacom und Sony Corp. sind nicht nur Medienkonzerne, sie sind die globalen Kontrolleure des Zugangs zum gesamten Spektrum kultureller Erfahrungen... Dadurch, daß sie die Kommunikationskanäle kontrollieren, und dadurch, daß sie die Inhalte formen, die gefilmt, gesendet oder ins Internet plaziert werden, gestalten sie die Erfahrungen von Menschen überall auf der Welt. Diese Art der überwältigenden Kontrolle menschlicher Kommunikation ist beispiellos in der Geschichte« (Jeremy Rifkin: *The New Capitalism Is About Turning Culture Into Commerce*, in: *International Herald Tribune* vom 17. Januar 2000).

2 Vgl. Jameson, Fredric: *Postmodernism or, The Cultural Logic of Late Capitalism*, Durham 1991.

3 Vgl. Barbrook, Richard: *Cyber-Communism: how the Americans are superseding capitalism in cyberspace* (<http://www.nettime.org/nettime.w3archive/199909/msg00046.html>).

Dieses komplexe Weltsystem steht unter der Hegemonie des Kapitals (etwa im Sinne des Rifkinschen »Hyperkapitalismus«¹), ist in diesem Sinne ein System des globalen Kapitalismus, das derzeit zugleich durch vielfältige anti-systemische Bewegungen (teilweise mit High-Tech-Charakter) herausgefordert wird.

Zum anderen bietet sich im Rahmen aktiver Kulturkritik ein weiteres Epochenschema an: die Entwicklungsdialektik von »Modernität« und »Postmodernität«. Ich benutze diese Anglizismen, um mich möglichst genau auf *Fredric Jameson* beziehen zu können, der dieses Entwicklungsschema wie kein zweiter zu einem Erkenntnisinstrument globaler Dynamik verfeinert hat.² In das System von *Jameson* kann ich hier nicht einsteigen. Nur so viel: der Gegensatz und die Abfolge von Modernität und Postmodernität wären das Signum unserer Epoche. *Jameson* reibt sich vor allem an der Ideologie der Moderne, am Modernismus. Der Modernismus wurde erst laut und lauter, rechts wie »links«, als die reale Moderne sich historisch desavouiert hatte. Im Postmodernismus hingegen treffen sich Realität und Ideologie, realer Raum und Hyperraum, Moderne und deren Negation und letztlich Ökonomie und Kultur auf globaler Ebene in fast unauflöslicher Einheit. Postmodernismus ist die Logik des spätkapitalistischen Weltsystems, und diese Logik ist zuallererst eine kulturelle.

Ich möchte also gern ein Schema anwenden, das zwei Formen des Kapitalismus und folglich zwei Formen des Anti-Kapitalismus unterscheidet, den modernen und den postmodernen Kapitalismus und den modernen und den postmodernen Anti-Kapitalismus. Alle vier Formen sind selbstverständlich sowohl in der historischen Zeit als auch in den sozialen Räumen dialektisch miteinander verschränkt. Im Vordergrund meiner Überlegungen steht dabei weniger der moderne, sondern vielmehr der postmoderne Kapitalismus und, gemäß meinem Thema, weniger der moderne sondern vor allem der postmoderne, der »eigentliche« High-Tech-Anti-Kapitalismus.

Vom Stalinismus zur California Ideology

Der moderne (und damit durchaus auch schon »High-Tech(-)«) Anti-Kapitalismus war im weitesten Sinne der *Stalinismus*. Er war geradezu unglaublich modern, sofern er sich am Taylorismus und Fordismus orientierte und auf ihn reagierte. *Richard Barbrook*³ hat das stalinistische Anti-Kapitalismus-Programm – auf ironische Weise – mit folgenden Merkmalen gekennzeichnet:

1. Eine Avantgarde von Berufsrevolutionären (führende Rolle der Partei – *Vanguard party*).
2. Die Planung der Produktivitätsentwicklung in festen Rhythmen (Fünf-Jahr-Plan – *The Five-Year Plan*).
3. Die Erzeugung von Technikbegeisterung in der Jugend (Junge trifft auf Traktor – *Boy meets tractor*).
4. Ein globaler Zusammenschluß der Avantgarde und eine Abstimmung der Ziele (Dritte Internationale – *Third International*).
5. Fixierung auf ein urbanes Zentrum alternativer (Technik)Entwicklung (*Moskau* – 1938 und noch 1947 möglicherweise die modernste Stadt der Welt).
6. Ein publizistisches Zentralorgan zwecks internationaler Sprachregelung (*Prawda*).

7. Ausgearbeitete strategische und taktische Aktionsvorgaben (Partei-Linie – *Party line*).
8. Foren und Netze von Beratungsgremien (Sowjet- beziehungsweise Räte-demokratie – *Soviet democracy*).
9. Eine Evolutions- beziehungsweise Entwicklungstheorie zur Begründung der faktisch ablaufenden (Gegen)Elitenbildung (Lysenkoismus – *Lysenkoism*).
10. Die Betrachtung der Gesellschaft als industrielles Produktionssystem oder Unternehmen (Gesellschaft als Fabrik – *Society as factory*).
11. Vorstellungen von einer neuen Stufe in der Entwicklung des Menschen (Der neue Sowjet-Mensch – *New Soviet Man*).
12. Anreize für das Übertreffen von Produktivitätszielen und -standards (Das Stachanowsche System der Normübererfüllung – *Stakhanovite norm busting*).
13. Säuberungen nach dem Prinzip ›survival of the fittest‹ (Schauprozesse – *Purges*).
14. Identitätsbildungen aufgrund regionaler und kultureller Besonderheiten (Russischer Nationalismus und nationale Befreiungsbewegungen – *Russian nationalism*).

Das also war ein der Moderne, der Hochmoderne, würdiges Projekt des High-Tech-Anti-Kapitalismus – wobei festzuhalten wäre, daß die ›reale‹ Moderne ihren Höhepunkt in den zwanziger Jahren erlebte.

Hinter dem modernen antikapitalistischen Projekt des *Stalinismus* stand im übrigen, und das hat *Immanuel Wallerstein* auf den Punkt gebracht, eine ganz bestimmte *anti-systemische Organisationsstrategie*, der demokratische Zentralismus, dessen Prinzipien lauteten:

›Der erste Schritt zur Erreichung des Menschheitsziels einer kommunistischen Gesellschaft ist die schnelle Eroberung der Staatsmacht durch Revolution. Zu diesem Zweck müssen die fortschrittlichen Kräfte beziehungsweise die Arbeiterklasse sich eine gut organisierte, einheitliche Partei schaffen. Außerdem erzwingt der Weg vom Kapitalismus zum Kommunismus eine Phase der Diktatur des Proletariats, in welcher die Macht ausschließlich in den Händen der Arbeiterklasse liegt. Insofern ist der sozialistische Staat eine notwendige Stufe auf dem universalen Weg des Fortschritts. Und nicht nur das: Um den Übergang zum Stadium des Kommunismus zu bewerkstelligen, muß der Sozialismus sogar zunächst im Rahmen von Nationalstaaten, als eine nationale Entwicklung entfaltet werden.⁴

Das Ende des Kalten Krieges, das Ende der Systemauseinandersetzung, hat diesen modernen Anti-Kapitalismus aus der Geschichte geräumt – oder ich sollte sagen, aus dem Zentrum des Geschehens, denn wir alle wissen, daß Elemente seiner anti-systemischen Organisationsstrategie beleibe noch nicht verschwunden sind. Doch auch mit dem modernen Kapitalismus ist etwas geschehen. Die amerikanische Politologin *Susan Buck-Morss* sagt, »das historische Experiment des Sozialismus« sei »so tief in der westlichen Modernisierungstradition verwurzelt gewesen, daß seine ›Niederlage‹ gar nicht umhin kann, die gesamte westliche Narration in Frage zu stellen«⁵.

Und dennoch ist, aus der Sicht meines Themas, in diesem Transformationsprozeß etwas Hochinteressantes zu beobachten, wenn

4 Vgl. Wallerstein, Immanuel: *After Liberalism*, New York 1995, p. 226.

5 Zitiert nach Andrei Denejkin: *Traumwelten und Katastrophen. Das politische Imaginäre der Moderne – ein Portrait der Politologin Susan Buck-Morss*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 28. November 2000; vgl. Buck-Morss, Susan: *Dreamworld and Catastrophe*, Boston 2000.

6 Eine schöne Beschreibung der ›Digerati‹ (statt ›Literati‹) findet sich unter <http://www.edge.org/digerati/index.html>.

7 *Marilyn Ferguson* gibt einen guten Überblick zu diesem ›Paradigmenwechsel‹ in: Ray, Michael and Alan Rinzler (eds.): *The New Paradigm. Emerging Strategic for Leadership and Organizational Change*, 1993, New Consciousness Reader).

8 Vgl. Ashford, Robert and Rodney Shakespeare: *Binary Economics: The New Paradigm*, Maryland 1999.

9 *Huntington* unterscheidet drei historische ›lange Wellen‹ der Demokratieentwicklung. Die erste begann im 19. Jahrhundert mit – aus amerikanischer Sicht – der Ausbreitung des allgemeinen Wahlrechts, bis auf dieser Grundlage in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts 29 Demokratien weltweit entstanden waren. Zugleich vererbte diese erste Welle seit 1922, mit dem Aufstieg der Faschisten in Italien, bis 1942 die Zahl der Demokratien weltweit auf 12 reduziert worden war. Nach dem Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg folgte eine zweite Welle mit ihrem Höhepunkt 1962, als die Zahl der Demokratien auf 36 anstieg; doch schon bald setzte wiederum eine Ebbe ein, mit nur noch 30 Mitte der siebziger Jahre. Seit 1974 jedoch sind auf der dritten Welle 30 Demokratien hinzugekommen, so daß sich die Zahl solcher Gesellschaften verdoppelt hat. Hat diese Welle ihren Höhepunkt schon erreicht? Wird es zu Rückschlägen kommen, bei denen viele der neuen Demokratien wieder untergehen? *Huntington*

man sich die Mühe macht, die Merkmale eines ›neuen‹, eines ›postmodernen‹, eines auf den neuen Hochtechnologien basierenden Kapitalismus herauszufinden. Man beobachtet dann nämlich, daß der postmoderne Kapitalismus – hoch lebe die Dialektik – bestimmte Elemente des stalinistischen Anti-Kapitalismus-Projekts in sich aufgenommen hat und entfaltet. So jedenfalls sieht es *Richard Barbrook* mit der kalifornischen Spielart des High-Tech-Kapitalismus kommen – auch dies ist selbstverständlich mit einem Körnchen Ironie zu lesen:

1. Eine Avantgarde von Berufsrevolutionären (statt führender Rolle der Partei: führende Rolle der *Digerati*⁶): schon hier wird klar, daß es sich nicht um die Kopie des anti-kapitalistischen stalinistischen Projekts handelt, sondern um *Lehren*, die aus ihm gezogen werden; die *Digerati* verstehen sich in extremer Weise als Avantgarde, aber sie organisieren sich nicht als Partei, sondern als Kult – *The Cult of the Digerati*.

2. Die Planung der Produktivitätsentwicklung in festen Rhythmen (statt Fünf-Jahr-Plan das Neue Paradigma – *The New Paradigm*): die dialektische Umformung des rigiden Planungssystems des modernen Industrialismus in ein System der produktivitätssteigernden (und ebenso ausbeuterischen) Flexibilisierung und Selbstorganisation der Produktion⁷, wobei hinter dem *New Paradigm* außerdem das neue Konzept einer ›Binary Economics‹ steht, die das Verhältnis von Markt und Staat radikal zugunsten der Marktideologie regeln will.⁸

3. Die Erzeugung von Technikbegeisterung in der Jugend (statt Junge trifft auf Traktor: Computer-Kid geht ans Netz – *Nerd meets net*): auch wenn ein meilenweiter Unterschied zwischen dem Traktorenisten und dem Computer-Kid zu bestehen scheint, in beiden Fällen geht es um die Faszination und Eröffnung technischer Traumwelten; das Neue ist die Maschine. Der Computer ist eine Universalmaschine, mit deren Hilfe sich Traktorenräume ebenso wie virtuelle *fantasy*-Welten realisieren lassen.

4. Ein globaler Zusammenschluß der Avantgarde und eine Abstimmung der Ziele (statt Dritter Internationale: das Ideologem der ›Dritten Welle‹ – *Third Wave*): *Samuel P. Huntingtons* Theorie einer ›dritten Welle der Demokratie‹ entspricht vollkommen dem Organisations- und Orientierungsanspruch der Dritten Internationale (und wohl auch der Vierten); ›The Third Wave of Democracy‹ ist der globale Herrschaftsanspruch des westlich-US-amerikanischen Systems.⁹

5. Fixierung auf ein urbanes Zentrum alternativer (Technik)Entwicklung (statt Moskau: *Silicon Valley*).

6. Ein publizistisches Zentralorgan zwecks internationaler Sprachregelung (statt Prawda: *Wired*).

7. Ausgearbeitete strategische und taktische Aktionsvorgaben (statt Parteilinie: *Unique thought*): ›Hierarchical unique thought‹ oder das ›directory syndrome‹ meint einfach, die hierarchische Struktur des Netzes selbst gibt die Linie der Aktionen vor.¹⁰

8. Foren und Netze von Beratungsgremien (statt Rätedemokratie: Elektronische Bürger-Foren – *Electronic town halls*).

9. Eine Evolutions- beziehungsweise Entwicklungstheorie zur Begründung der faktisch ablaufenden (Gegen)Elitenbildung (statt Lysenkoismus: Memetik – *Memetics*¹¹).

10. Die Betrachtung der Gesellschaft als industrielles Produktionssystem oder Unternehmen (statt Gesellschaft als Fabrik: Gesellschaft als Bienenstock – *Society-as-hive*).

11. Vorstellungen von einer neuen Stufe in der Entwicklung des Menschen (statt des neuen Sowjetmenschen: *Post-humans*¹²)

12. Anreize für das Übertreffen von Produktivitätszielen und -standards (statt Stanhanow: überarbeitete Zeitarbeiter – *Overworked contract labor*).

13. Säuberungen nach dem Prinzip ›survival of the fittest‹ (statt Schauprozessen: Rationalisierungsentlassungen – *Downsizing*).

14. Identitätsbildungen aufgrund regionaler und kultureller Besonderheiten (statt russischem und anderem sozialistischen Nationalismus: kalifornischer Chauvinismus – *California chauvinism*).

Doch auch im Ernst: Es gibt einen solchen *kapitalistischen Post-modernismus*, und er hat das Potential zu einem globalen, einem planetarischen Kulturkonzept für die nächsten Jahrhunderte. Er entwickelt sich vor allem in Organisationen und Think Tanks wie dem *Global Business Network* (GBN)¹³. Das GBN wurde Anfang der neunziger Jahre gegründet von ›the WELL‹-Initiator *Stewart Brand*, dem Futuristen *Peter Schwartz*, dem Philosophen *Jay Ogilvy* und vielen anderen kalifornischen ›Digerati‹, darunter *William Gibson* und *Howard Rheingold*. »Das Global Business Network«, schreibt das Magazin *brandeins*, »ist eine Art Müttergenesungswerk für verdiente ›Digerati‹, die Mitglieder des digitalen Adels« geworden (sind)... Die erstklassig dotierten Referenten- und Beratungsjobs verhelfen vielen Cyber-VIPs zu Geld und Einfluß.¹⁴ Im GBN sind inzwischen rund hundert multinationale Konzerne vereint (60 amerikanische, 30 europäische, zehn aus dem ›Rest der Welt‹). Unter anderem verfolgt man die Vision eines weltweiten Netzwerks von ›small businesses‹. In der *San Francisco Bay Area* und weltweit werden hochdotierte Schulungsseminare für Manager angeboten. Vor kurzem heuerten die *Joint Chiefs of Staff* GBN an, um sich Szenarios anfertigen zu lassen über militärische Bedrohungen, die in den nächsten 30 Jahren auf die USA zukommen könnten – mit bescheidenem Erfolg, wie die Ereignisse des 11. September 2001 offenbarten. Neben den *corporate members* des GBN gibt es über tausend individuelle Mitglieder, darunter Künstler und Intellektuelle, wie *Laurie Anderson*, *Brian Eno*, *Peter Gabriel*, *Francis Fukuyama*, *Sherry Turkle* und *Francis Varela*. Wichtig für ein Verständnis des GBN ist unter anderem das Projekt *The Long Boom*¹⁵. *The Long Boom* erklärt die 40 Jahre von 1980 bis 2020 zur Schlüsselzeit für das nächste Jahrtausend, natürlich auf der Grundlage der ›California Ideology‹.

Gegen diesen neuen, postmodernen High-Tech-Kapitalismus der *California Ideology* also gilt es zu denken und zu argumentieren, wenn wir uns ein Bild von den Möglichkeiten eines High-Tech-Anti-Kapitalismus machen wollen, der diesen Namen verdient. Sehen wir uns also den postmodernen High-Tech-Kapitalismus noch etwas genauer an, und zwar bezüglich des Zustands, den er nach der Krise der ›new economy‹ tatsächlich erreicht hat. Denn es steht, wie gesagt, zu vermuten, daß viele der Versprechen der *California ideology* sich unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen – oder genauer: in der kapitalistischen Produktionsweise – gar nicht einlösen lassen und folglich zurückgepfiffen worden sind.

untersucht, auf der Basis dieser seltsamen Theorie, vielfältige Tendenzen und Einflüsse und kommt zu dem Schluß, daß keine definitiven Antworten möglich sind, daß aber auch nach einer zeitweiligen ›Ebbe‹ auf jeden Fall irgendwann im 21. Jahrhundert eine vierte Welle zu vergegenwärtigen sei.

10 *Hierarchical unique thought* bezieht sich auf das sogenannte *directory syndrome*, also das in der Wissensorganisation wirksame hierarchische Prinzip, das als das Hauptparadigma in allen Systemen (directories) des globalen Netzes wirksam ist und von dort aus in alle Formen sozialer Organisation ausstrahlt. Dagegen steht – möglicherweise – das aus der open source Bewegung stammende Prinzip der ›open directories‹ (ODP oder *dmoz*).

11 Zu Memetik vgl. zum Beispiel <http://www.unimuenster.de/PeaCon/phantawi/extro/index.html>.

12 Zu ›post-humans‹ vgl. zum Beispiel <http://cadre.sjsu.edu/switch/narrative/posthuman/posthuman.html>.

13 Zum Global Business Network (<http://www.gbn.org/>) gibt es im Netz zahlreiche Informationen; *Mark Stahlman* liefert eine scharfe Analyse unter <http://www.rewired.com/96/Fall/1118.html>.

14 Vgl. das Online-Magazin *brandeins* (http://www.brandeins.de/magazin/archiv/2000/ausgabe_02/realitaet/artikel4_2.html).

15 Vgl. <http://www.longboom.org/>.

Die Krise der New Economy

Vor diesem Hintergrund ist es nicht uninteressant, die Verarbeitung des Zusammenbruchs der neuen Hochtechnologie-Aktienmärkte, die ja eine spezifische Krise widerspiegeln, durch einige der maßgeblichen Internet Gurus zur Kenntnis zu nehmen.¹⁶

Typisch ist hier die Position des Harvard Professors Clayton M. Christensen¹⁷, der bis vor kurzem die These vertreten konnte, daß die neuen ›disruptiven‹ Technologien des Internet alle im Herkömmlichen verharrenden Unternehmen in den Abgrund reißen würden – und der nun eingestehen muß, daß im Augenblick das Gegenteil einzutreten scheint.

Und dann ist da noch John Hagel III¹⁸, der frühere McKinsey-Experte für Internet-Fragen, mit seiner noch gestern vielbeachteten, interessanten These, daß das Verknüpfen mit existierenden *online communities* und die dadurch mögliche Anpassung an Dienstleistungswünsche der Konsumenten der wichtigste Schlüssel zu profitablen Geschäftsstrategien auf dem Netz sei. Heute, nach dem Einbruch, muß Hagel sich mit der anti-thetischen Situation auseinandersetzen, daß diejenigen Strategien, die langfristig den meisten geschäftlichen beziehungsweise Konsumsinn machen, durch die Kapitalmärkte abgestraft wurden. »Corporations resisted setting up Web communities because they didn't want consumers saying bad things about their products...« Das aber dürfte doch – Synthese – den einfachen Schluß erlauben, daß gerade mit sogenannten Netzgemeinschaften, mit ihrer Kommunikationsdichte und ihren Kommunikationsformen, Tauschwerte an Wert verlieren und Gebrauchswerte an Wert gewinnen – für das Kapital ein unauflösbarer Widerspruch.

Die arrivierten ›Digerati‹ Kevin Kelly¹⁹, früherer Herausgeber von *Wired*, und Peter Schwartz²⁰, einer der Gründer des *Global Business Network*, befinden sich in einer besonderen Klemme. Ihre These lautete bislang, daß die Beschleunigung der netztechnischen Innovationen und der um sich greifende Globalisierungsprozeß der Welt einen mehrere Jahrzehnte andauernden Wohlstand mit ganz neuen ökonomischen Regeln bescheren würden. Sie nannten das *The Long Boom*. Heute begegnen die einst heiß begehrten Redner nur noch großer Skepsis und Ablehnung. Ihre Schlagworte ›Feed the Web first‹, ›Let go at the top‹ und vor allem ›Follow the free‹ will niemand mehr hören. Aber diese ›Digerati der ersten Stunde‹ geben nicht auf. »Das Problem war nur, daß die Leute keine Idee hatten, für welche Dienstleistungen sie innerhalb der freien Angebote hätten Geld verlangen können.« Das ist in der Tat die Quadratur des Kreises in einer kapitalistischen Wirtschaft: wie mit Verschenken verdienen?

Und schließlich Philip Evans von der *Boston Consulting Group*²¹ mit seiner These aus den Hochzeiten des High-Tech-Booms, daß das Internet die Notwendigkeit etablierter *middlemen*, Vermittler, Zwischenhändler usw., beseitigt habe und so das Spielfeld für alle Konkurrenten egalisiere, die nunmehr sich allesamt um eine direkte Beziehung zu den Konsumenten und Kunden bemühen müßten. Resigniert formuliert er unter dem Eindruck der Krise seine Antithese, daß jede politische oder ökonomische Revolution wohl die eigenen Kinder frißt und daß in Zeiten fundamentaler Umwälzungen überall experimentiert wird und die meisten dieser Experimente scheitern.

16 Vgl. Harmon, Amy: ›Getting Amazoned‹, and Other E-Consulting Fantasies, in: New York Times, No. 13 (May 2001), p. 14.

17 Clayton M. Christensen ist Professor of Business Administration an der Harvard Business School, sein wichtigstes Buch: *Innovator's Dilemma: When New Technologies Cause Great Firms to Fail* (1997).

18 John Hagel III ist Chief Strategy Officer bei ›12 Entrepreneur‹, früher Partner bei McKinsey & Co., wichtigste Bücher: *Net Gain: Expanding Markets Through Virtual Communities* (mit Arthur G. Armstrong; 1997) und *Net Worth: Shaping Markets When Customers Make the Rules* (mit Mark Singer; 1999).

19 Kevin Kelly ist früherer Herausgeber von *Wired Magazine* und Autor von *New Rules for a New Economy* (Viking 1998).

20 Peter Schwartz ist Chairman, Global Business Network; mit Peter Leyden und Joel Hyatt Autor von *The Long Boom* (Perseus 1999).

21 Philip Evans ist Senior Vice President der *Boston Consulting Group*; sein wichtigstes Buch: ›Blown to Bits. How the New Economics of Information Transforms Strategy‹ (mit Thomas S. Wurster 1999).

Antizipiert und zusammengefaßt worden sind diese Argumente, auch in ihrer dialektischen Struktur, eigentlich schon 1999 durch das – in der Bundesrepublik von den Linken weitgehend unterschätzte – *Cluetrain Manifesto*²² einer Gruppe führender amerikanische Werbeleute. Wobei noch anzumerken ist, daß das Manifest insgesamt 95 Thesen umfaßt, weil die Autoren an den Protestantismus *Martin Luthers* erinnern möchten und weil der Adressat das Papsttum der Gegenwart ist, die Bosse der transnationalen Konzerne nämlich. Die wesentlichen Aussagen des *Cluetrain Manifesto* (deren Übersetzung aus dem Werbe-Amerikanischen nicht einfach ist) lauten wie folgt:

›Es geschieht etwas Neues, wenn *Internet*-vernetzte Märkte auf *Intranet*-vernetzte ›Werkstätige‹ stoßen. Die Verflochtenheit des Netzes transformiert das Innere und Äußere Eurer Geschäfte, Märkte und Beschäftigten. Durch das Internet entdecken und erfinden die Menschen auf Euren Märkten neue Formen des Umgangs miteinander. Sie reden über Eure Geschäfte. Sie erzählen einander auf sehr menschliche Weise die Wahrheit. Darüber hinaus befähigen die *Intranets* Eure besten Leute, sich miteinander durch Hyperlinks zu verbinden, und zwar unter Umgehung der Organisationspläne. Eure Leute werden dadurch unglaublich produktiv und innovativ. Und auch sie erzählen einander auf sehr menschliche Weise die Wahrheit. Eine neue Form des kommunikativen Austauschs ist entstanden zwischen und innerhalb Eurer Märkte und Eurer Beschäftigten. Das macht sie schlauer und befähigt sie dazu, ihre eigene, menschliche Redeweise zu entdecken. Ihr habt zwei Möglichkeiten. Ihr könnt Euch weiterhin hinter Eurer oberflächlichen Konzernsprache und Euren *Happytalk*-Broschüren verstecken. Oder Ihr beteiligt Euch am Gespräch.‹

Es gibt inzwischen zigtausend Manifest-Unterschriften aus der Werbebranche überall auf der Welt und zahlreiche nationale Initiativen, auch in der Bundesrepublik. Nicht von ungefähr ist vieles an dieser Aktion kurios und letztlich *mainstream* – aber war das mit *Martin Luthers* Bewegung nicht auch so? Und dem *Cluetrain Manifesto* vergleichbare Initiativen mehren sich, beispielsweise in der Wissenschaft.

Das *Massachusetts Institute of Technology* (MIT) hat vor kurzem verkündet, aus seinem Kursangebot im ›Netz‹ keinen Profit mehr schlagen zu wollen, sondern sein Angebot – 2000 Kurse, Vortragsnotizen, Problemlösungen, Examen, Simulationen, Vorlesungsvideos – weltweit in einem 100-Millionen-Dollar-Programm kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Zehn-Jahres-Initiative schließt sich damit gewissermaßen der *open-source*-Bewegung an, in all ihrer Widersprüchlichkeit, und nennt sich auch *OpenCourseWare*. Wenn man weiß, welchen ›Hype‹ (substanzloser Höhenflug von gewöhnlich kurzer Dauer – *Stefan Merten*) die Medienkonzerne um das Wort *content* und die Frage des *intellectual property* verbreiten, kann man die MIT-Initiative (trotz des in ihr verborgenen hegemonialen Anspruchs) nur als revolutionär-reformistisch bezeichnen.²³

Für den Herbst haben 50 000 Wissenschaftler weltweit angekündigt, sie würden nur noch in Fachzeitschriften publizieren, die ihre Artikel nach höchstens sechs Monaten der Öffentlichkeit frei und kostenlos zur Verfügung stellen.²⁴

22 Vgl. <http://www.cluetrain.com/>.

23 Vgl. <http://www.uni-muenster.de/PeaCon/medkomp/mk2001/mk-2001-nea.htm>.

24 Vgl. <http://www.publiclibraryofscience.org/>.

Postmoderner High-Tech-Anti-Kapitalismus

Was ist nun diesem postmodernen High-Tech-Kapitalismus als postmoderner High-Tech-Anti-Kapitalismus entgegenzusetzen? Es müßte – denke ich – zunächst einmal eine Art ›aktiver Kulturkritik‹ sein – eingedenk der Tatsache, daß der ›neue Kapitalismus‹, wie es *Fredric Jameson* und *Jeremy Rifkin* ausdrücken, Kultur in Ökonomie und Ökonomie in Kultur verwandelt.

Von der Seite des globalen Kapitalismus selbst haben wir es allerdings, wie gesagt, mit ganz anderen, eigentümlichen Bestimmungen eines High-Tech-Gegners zu tun. Da geht eine Heidenangst um vor dem, was sich unter dem Begriff *Cyber-Terrorismus* subsumieren läßt. Schon seit geraumer Zeit weckt hier eine ganze ›counter-terrorism‹-Industrie Zukunftsängste vor einer ›Cyber Warfare‹, die von High-Tech-Fundamentalisten ausgeht. In gewissem Sinne ist diese ›Cyber Warfare‹ tatsächlich längst im Gange – also keineswegs erst nach dem 11. September 2001. Überdies muß festgehalten werden, daß diese schrecklichen Anschläge eindeutig der Low-Tech-Sphäre zuzurechnen sind - oder in meinem Sprachgebrauch: der Moderne.

Auch bezüglich der postmodernen Sphäre allerdings beschreibt *Florian Rötzer* schon im Mai 2001 in *Telepolis*²⁵, wie die »Medien ... die Erwartungen vor dem ›Krieg‹ im Cyberspace und dem Angriff *schüren*, den chinesische Hacker planen«. »Vielleicht«, so *Rötzer*, »will man ihn einfach auch mal erfahren, den Cyber- oder Infowar, über den schon viele Gerüchte zirkulierten, der die nationale Infrastruktur und damit ganze Länder lahmlegen kann und der dann meist doch nur darin besteht, daß ein paar Hacker – oder wie man sie immer nennen mag – ein paar Websites überschreiben oder den Zugang zu einer Site für einige Zeit stören«. Andererseits ist es schon bedrohlich, auf welch unverfrorene Weise das FBI zum Beispiel nach den Demonstrationen von Seattle dem alternativen Nachrichtendienst *Indymedia* alle Logfiles entwendete.²⁶

Aber diese Spielchen der Verengung auf ›Cyber Warfare‹ sollten sich aktive Kapitalismuskritiker auf keinen Fall aufdrängen lassen. Zumal diese Verengung in einem komplexen und in sich widersprüchlichen Weltssystem weder technisch noch kulturell möglich oder gar nötig ist. Auch faktisch ist es ja so, daß die Selbstorganisation anti-systemischer Bewegungen mit Hilfe der Kommunikations- und Informationstechnologien auf viel breiterer Grundlage im Gange ist und ein ziemlich hohes Niveau erreicht hat.

Um hier systematisch etwas weiter zu kommen, sollte man die einer postmodernistischen Situation angemessenen organisationsstrategischen beziehungsweise organisationspolitischen Prinzipien verstärkt reflektieren. Auch hier wären Thesen von *Wallerstein* ein guter Ausgangspunkt.

›Die anti-systemischen Kräfte sollten sich auf die Expansion realer sozialer Gruppen auf vielfältigen lokalen Ebenen aller Art konzentrieren, und auf deren Zusammenschluß (und ständige Umgruppierung) in uneinheitlicher Form auf den höheren Ebenen. Der fundamentale Irrtum der anti-systemischen Kräfte in der voraufgehenden Epoche war der Glaube, daß die Effektivität einer Struktur mit ihrer Einheitlichkeit wuchs. Zweifellos war eine solche Politik logisch und brachte scheinbar Ergebnisse, so lange die strategische Priorität

25 Rötzer, Florian: Banges Warten auf den Cyberwar, vom 1. Mai 2001, <http://www.heise.de/tp/deutsch/special/info/7513/1.html>.

26 Rötzer, Florian: FBI forderte von Indymedia alle Logfiles, vom 30. April 2001, <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/on/7502/1.html>.

auf der Eroberung der Staatsmacht lag. Doch heute ist demokratischer Zentralismus genau das Gegenteil dessen, was nötig ist. Die Solidaritätsbasis zwischen den vielen realen Gruppen der höheren Ebenen (Nation, Region, Welt) muß subtiler, flexibler und ›organischer‹ sein. Die Familie der anti-systemischen Kräfte muß sich mit vielen verschiedenen Geschwindigkeiten bewegen und ständig ihre taktischen Prioritäten umformulieren.²⁷

Mit diesen organisationspolitischen Prinzipien ist es aber nicht getan. Alles läuft letztlich auf die Frage des kritisch-aktiven ›Subjekts‹ hinaus, oder genauer, auf die gute alte Intellektuellen-Problematik.

Denn wenn ich eingangs, etwas provokativ, behauptet habe, der Anti-Kapitalismus der Moderne sei der *Stalinismus* gewesen – vielleicht noch zugespitzter: der Militär-Industrie-Komplex der UdSSR –, so muß ich jetzt ergänzen, nein: der Anti-Kapitalismus der Moderne war selbstverständlich *Stalinismus plus Intellektuelle* – und zwar Intellektuelle in all ihrer widersprüchlichen Vielfalt und Nähe oder Ferne zum Stalinismus.

Intellektuelle wären dann diejenigen, die den vielfältigen, massenhaften Erfahrungen der Ausbeutung und der Entfremdung Ausdruck zu geben vermögen. Die Intellektuellen wären also auch diejenigen – so sie sich in irgendeiner Form auf die Marxsche Kapitalismuskritik beziehen –, die auch bestimmte Grundannahmen und kritische Einsichten aus der Moderne, aus dem ›modernen‹ Anti-Kapitalismus, am Leben halten und in die gegenwärtigen Debatten tragen. Allerdings unterliegen Klassenkampf, Polarisierung, Ideologie und Entfremdung²⁸ heute einem gewaltigen Wandel in der Erscheinung. Die Erscheinung ist unter dem Einfluß der virtuellen Technologien selbst ein Moment ihres Wesens geworden. Was unter anderem heißt, daß heute auch Klassenkämpfe virtuell – und damit in einem präzisen Sinne friedlich – ausgetragen werden können.

Zugleich sollten wir die ›inneren‹, die kreativen Möglichkeiten des Intellektuellen unter den Bedingungen von Individualisierung und Technisierung nicht vergessen. In der Massenkultur, in manchen wilden Cybertheorien²⁹ und insbesondere im *Cyberpunk* begegnet er uns, der neue Intellektuellentyp, dem unsere Kids nacheifern: der allseitig entwickelte und vor allem allseitig mit bestem Gerät ausgestattete, wider die hochtechnisierten Mächte der Finsternis antretende Einzel-Cyberkämpfer. Und er kämpft mit virtuellen, friedlichen Mitteln – effektiv.

Als eine zivile Form des beispielsweise in dem Film *The Matrix* gefeierten Cyberkämpfers gilt die Gruppe @Tmark³⁰, ein High-Tech-Intellektuellen-Stoßtrupp in *Corporate Territory*. Die Organisation ärgert seit 1993 die Corporations, indem sie deren Definitionsmacht über die Anwendungen der Netztechnik und der High Tech im allgemeinen angreift. Der Trick besteht in der Assimilation mit dem Ziel der Sabotage. So präsentiert sich @Tmark auf der Netzseite samt 40minütiger Video-Selbstdarstellung nach allen Unternehmensregeln. 14 Fonds werden betrieben, in jeden können Investoren einzahlen. Die Rendite wird in Form von kulturellem Aktivismus ausgezahlt. Einige Projekte: Die Internet-Seite der Welthandelsorganisation (WTO) wurde gespiegelt und mit den Mitteilungen der Seattle-Gegner unterlegt, auf einer Internetauktionssseite konnten Wählerstim-

27 Vgl. Wallerstein Immanuel: *After Liberalism*, a. a. O.

28 Wallerstein übt hier mit folgenden Thesen ›Traditionspflege‹ in der Postmoderne: a) der Klassenbegriff ist unverzichtbar in dem Sinne, daß es nach wie vor Klassen gibt und daß diese unterschiedliche und zum Teil antagonistische Interessen haben; b) Prozesse der ökonomischen Polarisierung (Verelendung) und der sozialen Polarisierung (Bourgeoisie versus Proletariat) setzen sich auch im globalen Maßstab fort; c) das historisch-materialistische Ideologiekonzept – Ideen reflektieren soziale Wirklichkeit – ist unverzichtbar; d) die Kategorie der Entfremdung bleibt zentral: »Im Phänomen der Entfremdung sah Marx die Verkörperung aller Übel der kapitalistischen Zivilisation. In der Aufhebung der Entfremdung sah er die entscheidende Leistung einer künftigen kommunistischen Gesellschaft. Denn für Marx zerstört Entfremdung, vor allem in ihrer Haupterscheinungsform, als Eigentum, die Integrität der menschlichen Person. Der Kampf gegen Entfremdung ist deshalb der Kampf um die Wiederherstellung der Würde der Menschen« (Wallerstein Immanuel: *After Liberalism*, a. a. O., p. 226 f.).

29 Vgl. zum Beispiel Kroker, Arthur und Michael A. Weinstein: *Datenmüll. Die Theorie der virtuellen Klasse*, Wien 1997.

30 Vgl. <http://www.rtmk.com/>.

31 Zizek, Slavoj: Wir alle sind arbeitslos. Unter neuen Bedingungen dem Alten treu bleiben: Wie Lenin einmal das World Wide Web erfand, in: Frankfurter Rundschau vom 27. April 2001.

32 Vgl. zum Beispiel auch <http://www.wired.com/news/culture/0,1284,42841,00.html>.

33 Vgl. Randow, Matthias von: Genossenschaftsförderung in Italien – Ein Beispiel für Auswege aus der wirtschaftspolitischen Erstarrung (http://www.leibi.de/takaoe/82_09.htm).

34 Die nach dem Crash der New Economy zu verzeichnende Eintrittswelle junger ›Informationsarbeiter‹ in die Gewerkschaften, insbesondere in den USA, ist hier ein interessanter Impuls.

35 Vgl. Lohmann, Ingrid: Cognitive Mapping in Cyberpunk (<http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/Personal/Lohmann/Cyberpunk/index.html>).

36 Vgl. <http://www.ctheory.com/>.

37 Vgl. <http://www.uni-muenster.de/PeaCon/phantawi/extro/index.html>.

38 Vgl. *Immanuel Wallersteins* Bemerkungen zu einer linken Politik unter den jetzigen Bedingungen: <http://www.transformaties.org/bibliothek/wallerstein-leftpol.htm>; wichtig auch: Spehr, Christoph: Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation, Rosa-Luxemburg-Preisschrift (<http://rosaluxemburgstiftung.de/Einzel/Preis/rfpreis.pdf>).

men für den US-Präsidentschaftswahlkampf gekauft werden usw. usw.

Es gäbe hier – international, aber kaum in Deutschland – zahllose Beispiele. Ich habe einige Typisierungen und Kategorisierungen zusammengestellt zu Formen und Möglichkeiten des Widerstands, unvollständig und bezogen auf die widersprüchlichen und vielfältigen »Risse im Beton« (Christof Ohm):

1. Die Stufe des individuellen Ausstiegs in die spontane Freizeit-Kollektivität: etwa nach dem Motto von *Slavoj Zizek*: »Wir alle sind arbeitslos«³¹.

2. Die Stufe alternativer, aber nicht unbedingt anti-systemischer Kooperation: dazu gehören viele Formen der open source-, open content- usw. Bewegungen, nicht zuletzt die schon erwähnte MIT-Initiative³².

3. Die Stufe neuer, nicht-monopolistischer Wirtschaftsformen: Man spricht neuerdings vom Wachsen einer aus den Flohmärkten und den Bazaren der Dritten Welt aufsteigenden »Pop-Wirtschaft«; vor allem aber gibt es die breite (wenngleich geschwächte) weltweite Genossenschaftsbewegung und Inseln des Genossenschaftswesens (zum Beispiel in Italien³³).

4. Der Raum neuer gewerkschaftlicher Versuche, die sich an der einen oder anderen Stelle, selbst bei *Ver.di*, abzeichnen und die unter der Überschrift »postmodernes gewerkschaftliches Handeln« zu untersuchen wären.³⁴

5. Der Raum der Subkulturen, wo sich heute im nicht-euklidischen Cyberspace das eine oder andere tut, das einst durch das hochmoderne Phänomen des Surrealismus und dann durch *Cyberpunk*³⁵, *ctheory*³⁶, die *Memetiker*³⁷ usw. angestoßen wurde.

6. Die Stufe der Assoziation freier Produzenten zwecks Produktion freier Assoziationen: Experimente mit dem »Sozialen«, mit Varianten des Ausstiegs, der Askese, der Solidarität.³⁸

7. Die Stufe der Assoziation freier kybernetischer Produzenten zwecks Produktion freier algorithmischer Assoziationen: Erkundungen neuer Formen sozialer Selbstorganisation und gesellschaftlicher Problemlösung auf der Grundlage der neuen kybernetisch-algorithmischen Produktivkräfte.³⁹

Angesichts dieser und anderer Varianten des Widerstands entstehen praktische Kontroversen. Ist der Ausstieg aus dem Verwertungsprozeß Voraussetzung für die »Befreiung« oder ist der Verwertungsprozeß auf seiner jetzigen Stufe nicht selbst schon das Milieu für Assoziationsformen des Widerstands? Man bedenke: Produktionsmittel und Arbeitskräfte werden »identisch«; Arbeitszeit und Freizeit werden »identisch«; die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist bereits radikal abgesenkt; die herrschaftlich eingeforderte Dienstleistungszeit steigt drastisch an und provoziert *Renitenz*; die verdinglichten Sozialbeziehungen werden durch die Simulationskultur hypertrophiert und provozieren *Resistenz* in der Simulationskultur selbst.

Diese Problematik wurde zum Beispiel auch auf der ersten deutschen Konferenz der »Freien-Software«-Bewegung, der Oekonux-Konferenz⁴⁰, deutlich. Unter dem Titel *Lizenz zum Kommunismus?* brachte *Wolfgang Neuhaus* sie in einem Telepolis-Bericht auf den Punkt: »Nach dem, was auf der Konferenz diskutiert wurde, ist man

versucht, zwei Versionen der Geschichte freier Software zu erzählen: 1) Einige Informatiker arbeiten seit vielen Jahren an der Vernetzung einer neuen sozialen Bewegung, indem sie kooperativ freie Software über das Netz programmieren, sich einbringen in einen selbstbestimmten Zusammenhang, in dem nur nach Leistung und Fähigkeiten entschieden wird – das ist ohne weiteres tauglich als einfaches utopisches Modell für eine freie Gesellschaft, bleibt aber sozialromantisch. – 2) Einige Informatiker, die eben schon wegen ihrer Profession im Zentrum der Modernisierung des Kapitalismus arbeiten, kommen, wenn sie den Arbeitstag in einem gut bezahlten normalen Job in ihrer Firma verbracht haben, nach Hause, setzen sich wieder vor den Computer, programmieren freie Software, wie andere ihre Hobbies pflegen, und verkaufen das als (illusionäre) revolutionäre Tat. – Version 1 ist die eine Seite der Medaille und dürfte ein verständlicher und wichtiger Motivationsgrund sein. Die andere, Version 2, wird – entgegen dem Willen der überzeugten Linux-Anhänger – stärker die Realität abbilden.«⁴¹

Wann und wo beginnt hier eine ›Widerspruchsstrategie‹⁴², welche die Interessen der Kreativen weiterbringt und die Interessen der weltbeherrschenden Medienkonzerne zurückdrängt? Vermutlich ziemlich früh und irgendwo beziehungsweise überall. Gerade wegen dieser ungeklärten Lage aber muß an dieser Stelle noch etwas gesagt werden über das allseitig entwickelte und allseitig kulturtechnisch ausgestattete intellektuelle Individuum. Also über uns. Ist die kulturtechnische Ausstattung des Intellektuellen – wie immer in Phasen gesellschaftlicher Umwälzung – nicht selbst ein zentrales Thema? Wie sehen unsere Schreibtische, Arbeitsmilieus usw. aus? Was war mit den Mönchen? Was ist mit dem PC, mit der Internet-Kompetenz, mit der Medienkompetenz, was sind die Fähigkeiten eines *content developers* und wo finden wir das alles heute unter ›linken Intellektuellen‹?

Unmittelbar zu diesen Fragen gehört noch eines. *Fredric Jameson* verweist in seinem Werk immer wieder auf die Bedeutsamkeit unserer Traditionen dialektischen Denkens und betont – und das sollte man sich merken –, daß dialektisches Denken und dialektisches Handeln erst am Anfang ihrer Geschichte stehen. Ich zögere nicht zu behaupten, daß die Informations- und Kommunikationstechnologien der vernetzten Computer in diesem Sinne höchst wirksame Denkhilfen der Dialektik sind.

»Heute ist es die Geschwindigkeit der elektronischen Informationen«, schreibt *Marshall McLuhan*, »die es zum ersten Mal in der Geschichte auf leichte Weise erlaubt, die Muster und formalen Konturen von Wandel und Entwicklung zu erkennen. Die ganze Welt, Vergangenheit und Gegenwart, bietet sich dar wie das Wachstum einer Pflanze, gefilmt mit einem enorm beschleunigten Zeitraffer. Die elektronische Geschwindigkeit entspricht der des Lichtes und wird es möglich machen, Ursachen zu verstehen.«⁴³

High-Tech-Anti-Kapitalismus – ein Widerspruch in sich? Ja, selbstverständlich – und das ist das Schöne und Interessante daran. Bewegen wir uns also mit Vergnügen in einer widersprüchlichen Technologie auf kapitalismuskritische Weise. Produzieren wir meinetwegen das, was *Kim Veltman*, im Gegensatz zur Tauschkultur der

39 Vgl. die Schriften *Marshall McLuhans*; auch manche Beiträge der erwähnten Oekonux Konferenz führen in diese Richtung.

40 Vgl. <http://www.oekonux-konferenz.de/>.

41 Neuhaus, Wolfgang: Lizenz zum Kommunismus?, Telepolis (<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/konf/7584/1.html>).

42 »Die ›Irrationalität‹ des Gesamtsystems (die Form des Privateigentums sowie der Trend zur absoluten Vermarktung allen Lebens), die man gerne mit dem Prinzip gemeinschaftlicher vernünftiger Kooperation ablösen möchte, wird nur in einem Teilbereich angekratzt. Die großen Software-Konzerne im Unterhaltungssektor entwickeln sowieso aufwendige Sicherheitssysteme, um die Kontrolle zu behalten. Die großen Konzerne, die im Hardware-Sektor operieren, werden diese Angriffe auf das Urheberrecht begrüßen, da sie keine weiteren Abgaben auf ihre Geräte abführen wollen. Die Bewegung freier Software muss aufpassen, dass sie sich nicht im Endeffekt für deren Interessen vor den Karren spannen lässt. Es fehlt hier eine Widerspruchsstrategie, die die Interessen der Kreativen schützt und zugleich die Interessen der Zwischenhändler, der Medienkonzerne, zurückdrängt« (Neuhaus, Wolfgang: Lizenz zum Kommunismus?..., a. a. O.)

43 »Selbstverständlich gibt es in Amerika Bewegungen, die uns glauben machen wollen, daß das Internet ausschließlich enorme Bedeutung für die Zeit hat, in der wir arbeiten, und daß

das Internet sich wesentlich und hauptsächlich um den *moneymaking-Materialismus* dreht. Dieser Blick auf Internet übersieht, daß der Tag 24 Stunden hat und daß das Leben nicht nur Arbeit ist. Geldmachen mag wichtig sein, aber wenn man keine Zeit fürs Ausgeben hat, ist das Ganze eine ziemlich langweilige Angelegenheit. In diesem Zusammenhang haben Autoren wie Eric Raymond die Unterscheidung zwischen Kathedrale und Bazar getroffen. Raymond sagt zu Recht, daß man zwischen einer Tauschkultur (Bazar) und einer ›Schenk-kultur‹ (Kathedrale) unterscheiden müsse. Aus seiner Sicht waren Kathedralen elitäre *top-down* Organisationen. Tatsächlich aber entstanden Kathedralen aus einer intensiven Kooperation vieler Menschen in den Städten des Mittelalters. Folglich ist zwar Raymonds Typisierung korrekt, aber die Bewertung der beiden Kulturen muß genau umgekehrt sein: die Schenk-kultur der Kathedralen sollte der Tauschkultur der Bazare vorgezogen werden, und nicht umgekehrt ... Bei genauerer Überlegung wird also deutlich, daß Kultur ganz wesentlich auf Teilen (und Schenken) basiert ... und daß kulturelle Fortschritte immer dann zu verzeichnen sind, wenn das Ausmaß der Dinge, die geteilt (*shared*) werden, zunimmt und unsere visuellen, auditiven und anderen Sinne beansprucht« (Veltmann, Kim: On the Links Between Open Source and Culture (<http://www.oekonux-konferenz.de/programm/index.html>)).

Bazare, die »Geschenk-Kultur« der Kathedralen nennt.⁴⁴ High-Tech ist durchaus auf das Miteinander-Teilen, auf *sharing*, angelegt und wird sich in einem solchen Kontext entfalten, je mehr seine kapitalistische Kommerzialisierung ins Stocken gerät. Und verhindern wir, daß Kommunikations- und Informations-High-Tech für Denkverbote und Einschränkungen der Phantasie instrumentalisiert wird.

Berichtigung

In Heft 131 ist uns ein unangenehmer Fehler unterlaufen. Durch ein Problem bei der Konvertierung sind im Artikel »Die Linke zwischen Regierung und Revolution« von Arndt Hopfmann die Literaturhinweise verlorengegangen. Wir bitten dies zu entschuldigen.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Literatur

- African National Congress (1994): The Reconstruction and Development Programme. A policy framework, Johannesburg.
- Altwater, Elmar (2001): Das Öl in Baku, eine Botschaft aus der H-Street und Bratwürste im Gugelhof. Zum Zusammenhang von Energiemodell, Finanzregime und Politik, in: Altwater, E., Galtung, J., Madörin, M., Mahnkopf B., Sachs, W., von Werlhof, C., Neoliberalismus – Militarismus – Rechtsextremismus. Die Gewalt des Zusammenhangs, Wien, S. 11-31.
- Altwater, Elmar/Birgit Mahnkopf (1996a): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster.
- Altwater, Elmar/Birgit Mahnkopf (1996b): Die globale Ökonomie am Ende des 20. Jahrhunderts, in: Widerspruch, Nr. 31 (Juli), S. 19-32.
- Eichhorn, Wolfgang (1996): Gesellschaftsformation und -transformation im 20. Jahrhundert. Vorwiegend methodologische Erwägungen in fünf Thesen, in: UTOPIE kreativ, Nr. 67 (Mai), S. 27-37.
- Goldberg, Dennis (1996): »Südafrika steht vor großen Herausforderungen – aber ich bin sehr optimistisch« (Interview), in: UTOPIE kreativ, Nr. 73/74 (November/Dezember), S. 115-127.
- Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin/Amsterdam.
- Hopfmann, Arndt/Michael Wolf (2001): Was heißt und zu welchem Ende betreibt man Transformationsforschung? In: Hopfmann, A., Wolf, M. (Hrsg.): Transformationstheorie – Stand, Defizite, Perspektiven, Münster, S. 11-52.
- Hübner, Kurt (1998): Der Globalisierungskomplex. Grenzenlose Ökonomie – grenzenlose Politik?, Berlin.
- Khanya College (1997): Debating GEAR, Johannesburg.
- Klein, Dieter (1993): Ost-West-Einflüsse im Gefolge östlicher Transformation, in: UTOPIE kreativ, Nr. 29/30 (März/April), S. 9.
- Kornai, János (1996): Unterwegs. Essays zur wirtschaftlichen Umgestaltung in Ungarn, Marburg.
- Krätke, Michael R. (o.J.): Marx und die Globalisierung (mimeo).
- Marx, Karl: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23.
- Marx, Karl: Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19.
- Meer, Fatima/Abdile Mngxitama/Trevor Ngwane (2001): Evictions, cut-offs and community responses, in: debate, Nr. 5, pp. 12-15.
- Narr, Wolf-Dieter/Alexander Schubert (1994): Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt/M.
- Netshitenzhe, Joel (2000): The National Democratic Revolution and Class Struggle, in: The African Communist, second quarter, pp. 12-20.
- Nzimande, Blade (2001): Draft theses on some key strategic issues and considerations in the current international conjuncture, in: The African Communist, first quarter, pp. 5-17.
- Reuter, Norbert (2000): Ökonomik der »Langen Frist«. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg.
- Röttger, Bernd (1997): Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation, Münster.
- Ruge, Wolfgang (1999): Die wissenschaftliche Verheißung des neunzehnten Jahrhunderts und die chaotische Wirklichkeit des zwanzigsten, in: UTOPIE kreativ, Nr. 109/110 (November/Dezember), S. 19-29.
- SACP (2001): The »minimum« programme of the Alliance in the current phase, in: The African Communist, first quarter, pp. 18-31.
- Weizsäcker, C. Christian (1999): Logik der Globalisierung, Göttingen.

SIEGFRIED WENZEL

Erfahrungen aus dem ersten Sozialismusversuch in Europa

Wenn über die Gestaltung künftiger Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen nachgedacht wird, sollte zunächst geklärt werden, welcher Abschnitt der künftigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung dabei ins Auge gefaßt wird. Dies gilt zumal dann, wenn ein weitreichender Konsens darüber besteht, daß die Gestaltung einer gegenüber den gegenwärtigen kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Verhältnissen qualitativ anderen Ordnung unter den gegebenen Verhältnissen keine Tagesaufgabe ist.

Daraus ergeben sich drei Schlußfolgerungen als Voraussetzungen und Bedingungen solcher Überlegungen.

Erstens ist die programmatische Ausarbeitung des Zieles und der Gestaltung einer neuen alternativen Gesellschaft ein Zukunftsprojekt. Das Scheitern des ersten großen Versuchs zur Schaffung einer alternativen Gesellschaft in Europa hat die ganze Problematik und Schwierigkeit der Ausarbeitung eines solchen weit in die Zukunft reichenden Projektes deutlich gemacht. In die von *Marx* und *Engels* vorgezeichneten Konturen einer alternativen Gesellschaft müssen die Erfahrungen und Ergebnisse der gesellschaftlichen Entwicklung der letzten 150 Jahre substantiell einbezogen werden. Vor allem sollte man sich vor detailliert-konstruierten, ausgedachten Projekten hüten. Die Vorstellungen, Annahmen und Visionen dürfen nicht den Charakter unumstößlicher Dogmen annehmen und die notwendige Diskussion heute darüber sollten nicht zu einem ideologischen Glaubenskrieg ausarten.

Zweitens ergibt sich daraus, daß die Ausarbeitung einer politischen Strategie für die aktuelle politische Situation und für die nahe Zukunft, des voraussichtlich längeren Weges in Richtung einer solchen qualitativ anderen Ordnung, mindestens die gleiche, wenn nicht eine größere Bedeutung besitzt als die detaillierte Ausarbeitung des eigentlichen, in der Ferne liegenden Ziels. Das ist nicht nur eine Frage der ›praktischen Politik‹ oder der Taktik. Das setzt eine begründete, von der Realität ausgehende Strategie auch für die Gegenwart und nahe Zukunft voraus. Sie könnte mit der Formel beschrieben werden: ›Änderung des Bestehenden auf der Grundlage des Bestehenden‹. Viele Kritiken, Mißverständnisse und Fehlinterpretationen zum Programmentwurf (I) der PDS rühren offensichtlich gerade daher, daß diese beiden unterschiedlichen Zeitebenen und die jeweils in ihren Rahmen zu lösenden spezifischen Aufgaben nicht klar genug zugeordnet sind.

Drittens ist eine Richtungsentscheidung erforderlich. Dieses qualitativ Neue muß offenbar auf dem Wege der schrittweisen Umge-



Siegfried Wenzel – Jg. 1929; Diplomökonom, studierte Volks- und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Leipzig und arbeitete später in der Leitung der Bäuerlichen Handelsgenossenschaften sowie der Staatlichen Plankommission der DDR, wo er zuletzt Stellvertreter des Vorsitzenden, insbesondere verantwortlich für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, war; er war Mitglied der Regierungsdelegation zur Vorbereitung der Währungsunion BRD – DDR und hat bisher vor allem zur Wirtschaftsgeschichte der DDR publiziert.

staltung der jetzt bestehenden Ordnung angestrebt werden, das heißt auf dem Boden der parlamentarisch-demokratischen Ordnung, des Parteienpluralismus, der Gewinnung politischer Mehrheiten. Entschieden man sich für den gewaltsamen Weg, ist dies mit unberechenbaren Entwicklungen verbunden, die die Existenz dieses Planeten oder wesentlicher Teile von ihm in Frage stellen können. Wenn es nicht gelingt, selbst über kleine Schritte, eine Umkehrung der gegenwärtig neoliberal geprägten Wirtschaftsentwicklung hin zu sozialer Gerechtigkeit und Beschneidung der blinden Kräfte des Marktes durch Steuerung und Lenkung zu erreichen, wird das Ziel der Schaffung einer alternativen Gesellschaft – und sei sie noch so gründlich und detailliert ausgearbeitet – immer weiter in die Ferne rücken.

Markt und Wertgesetz

»Die Planwirtschaften mußten scheitern, weil sie von einem selbstlosen Menschen ausgehen, den es auf Erden nicht gibt. Die Marktwirtschaft ist dagegen auf einem real existierenden Menschenbild begründet, einem Menschen, der eigene Interessen verfolgt und Fehler hat.«
Otto Graf Lambsdorff

Welche Erfahrungen können aus dem ersten, gescheiterten Versuch zur Schaffung einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gezogen werden? Das Konzept der staatssozialistischen Wirtschaftsorganisation des 20. Jahrhunderts leitete sich aus der Überzeugung ab, daß die blinden Gesetze des Marktes die Ursache grundlegender ökonomischer und gesellschaftlicher Fehlentwicklungen sind und nur durch die Beseitigung der kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Ordnung selbst und ihres Regelmechanismus überwunden werden können. Das marktwirtschaftliche Grundmuster sollte durch die bereits im *Kommunistischen Manifest* geforderte Vergesellschaftung der Produktionsmittel und durch die zu einem Gesetz erhobene planmäßig-proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft ersetzt werden. Das Hauptinstrument hierfür war der alle wesentlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche umfassende Plan. Das führte unter den gegebenen historischen und materiellen Voraussetzungen zum Typ einer *zentral geleiteten Verwaltungswirtschaft*, die die Wirkungen des Wertgesetzes, das als Bestandteil der ökonomischen Gesetze des Sozialismus bezeichnet wurde, und damit die Warenwirtschaft einer zentralen, teilweise voluntaristischen Planung zu unterwerfen versuchte.

Ein solches Modell hat sich, auch nach Auffassung führender Ökonomen wie *John Kenneth Galbraith*¹ und Historiker wie *Eric Hobsbawm*² hinsichtlich der Lösung ökonomischer und sozialer Grundaufgaben als brauchbar und funktionsfähig erwiesen. Sie weisen auf die Bewältigung der Industrialisierung eines solchen riesigen und halbfeudalen Landes wie der UdSSR in sieben bis zehn Jahren, die Schaffung einer schwerindustriellen Basis und die Überwindung unvorstellbarer Kriegsschäden in den osteuropäischen Ländern ohne fremde Hilfe. Es erwies sich jedoch, daß nach der Lösung solcher Grundaufgaben und der damit einher gehenden Steigerung des ökonomischen Niveaus unter friedlichen Bedingungen die

Beherrschung der ständig zunehmenden Vielfalt, besonders im konsumtiven Bereich, mit Hilfe einer administrativen, verwaltungsmäßigen Planung kompliziert ist und immer schwieriger wurde. Es kam die bittere Erkenntnis hinzu: Das als Volkseigentum bezeichnete Staatseigentum an Produktionsmitteln, eine der im *Kommunistischen Manifest* vorgezeichneten Grundprämissen dieses Modells,

blieb für den einzelnen wie für Kollektive weitgehend anonym. Obwohl man sich hinsichtlich der allgemeinen Vergesellschaftung der Produktionsmittel auf *Marx* und für die Übergangsperiode hinsichtlich der Form des Staatseigentums auf *Engels* berufen kann, war diese Form des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln und die davon ausgehende mangelnde persönliche Motivation eine der entscheidenden Ursachen für das Scheitern dieses Versuchs in Europa.

Trotz dieser grundlegenden Probleme muß man jedoch deutlich *Ernest Mandels*³, aber auch bei anderen Linken anzutreffenden Auffassung widersprechen, die diesen ersten Versuch zur Schaffung einer alternativen Gesellschaft als eine »bürokratisch zentralisierte Befehlswirtschaft« oder als eine »bürokratische Produktionsweise mit monopolistischem Überbau« bezeichnen, die mit den Marxschen Sozialismusvorstellungen nichts gemein gehabt hätte.

Erstens kann niemand bestreiten, daß das bestimmende Motiv der Entwicklung der staatssozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft nicht das Profitinteresse von Privateigentümern an Produktionsmitteln war, sondern die Erhöhung von Produktivität und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft mit dem Ziel der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung. Zweitens waren die Kräfte des Marktes durch das Anstreben der planmäßig-proportionalen Entwicklung auf der Grundlage des vergesellschafteten beziehungsweise verstaatlichten Eigentums an den Produktionsmitteln weitgehend ausgeschaltet. Drittens wurde zwar ein möglicherweise für die bestehende Realität zu stark egalitär geprägtes, aber mehr oder weniger in sich geschlossenes System der sozialen Sicherheit geschaffen, das solche Auswüchse der kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Ordnung wie Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Kinderarmut, Bettelei nicht kannte.

Trotz offener, nicht oder nicht optimal gelöster innerer Probleme sowie »genetischer« Fehler der staatssozialistischen Gesellschaftssysteme wurden auf ihrer Grundlage in der DDR wesentliche Aufgaben auf dem Wege zur Schaffung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung gelöst. Es entstand ein mehr oder weniger stark ausgeprägtes eigenes ökonomisches, soziales und bewußtseinsmäßiges Wertesystem. Grundlage dafür waren die durch den gesamtgesellschaftlichen Plan zielgerichtet veränderten und entwickelten materiellen Bedingungen. Dazu gehörte zum Beispiel in der DDR, daß 92 Prozent der Frauen im berufsfähigen Alter tatsächlich auch berufstätig waren, wobei etwa ein Drittel auf eigenen Wunsch halbtags oder sogar nur stundenweise gearbeitet hat. Das war aber nur deshalb möglich, weil für alle Kinder zwischen einem und sechs Jahren die Möglichkeit bestand, in Kindertagesstätten gegen geringes Entgelt von Fachpersonal betreut und versorgt zu werden. Bis zur vierten Klasse war die Ganztagschule Realität. Das war die entscheidende materielle und gesellschaftliche Voraussetzung dafür, daß – wie im Bericht des Bonner Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen *Zur Lage der Nation im geteilten Deutschland* von 1987 festgestellt wurde – die Geburtenquote je Einwohner in der DDR von 1978 bis 1984 um 46 Prozent höher lag als in der damaligen Bundesrepublik. Und das, obwohl es in den alten Bundesländern den § 218 und in der DDR die von der Sozialversicherung bezahlte »Pille« und die Fristen-

Ausgehend von der Tatsache, daß das Staatseigentum sowjetischen Typs von der Mehrheit der Bevölkerung nicht als das ihnen gehörige angenommen wurde, entwickelte die jugoslawische Führung unter *Tito* und *Kardelj* in den fünfziger und sechziger Jahren die Idee des gesellschaftlichen Gruppeneigentums. Aber auch diese alternative Form gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln hat sich für die Hauptbereiche der Wirtschaft, für Industrie und Verkehrswesen, nicht bewährt. In einer hoch arbeitsteiligen Wirtschaft ist die plausible Vermittlung des Mittragens entstehender Verluste bis zum einzelnen Teilnehmer am Arbeitsprozeß schwierig und deshalb nicht realisierbar. Wahl und Absetzbarkeit von Leitungen im Produktionsprozeß führten zu Instabilität und untergruben Ordnung und Disziplin.

Zuweilen wird behauptet, daß ein Nachteil des Sozialismusversuches in der DDR darin bestand, daß alles geregelt gewesen wäre – Schulausbildung, berufliche Ausbildung, Studium, gesicherter Arbeitsplatz usw. – von der Wiege bis zur Bahre. Es stimmt, daß durch den Plan nicht nur die Grundrichtungen, sondern auch das strukturelle und detaillierte Gitternetz der ökonomischen und sozialen Entwicklung zentral bestimmt war. Es ist aber offensichtlich falsch zu behaupten, daß durch die gleichgerichtete, detaillierte Festlegung dieser Bedingungen Motivation, Initiative und Selbstbestimmung erstickt würden. Die Nutzung der planmäßig geschaffenen Möglichkeiten lag auch in den Planökonomien in der Hand jedes einzelnen, erforderte seinen Einsatz, seine Anstrengungen.

lösung in bezug auf die Möglichkeit zur Schwangerschaftsunterbrechung gab. Die Frauen in der DDR besaßen aufgrund ihres eigenen Arbeitseinkommens eine selbständige wirtschaftliche und soziale Position sowohl in der Familie als auch im öffentlichen Leben, was unzweifelhaft die entscheidende Voraussetzung für wirkliche Gleichberechtigung ist. Im Unterschied zur damaligen BRD, wo verbreitet noch heute der allein verdienende Ehemann das Leitbild ist, bestand in der DDR das Einkommen der statistischen Durchschnittsfamilie aus drei Säulen: dem Arbeitseinkommen des Ehemanns, dem Arbeitseinkommen der Ehefrau sowie den Einsparungen aufgrund der umfassenden Subventionierung der Waren des Grundbedarfs, der Verkehrsleistungen und Mieten. Diese Subventionen betragen etwa 75 Prozent des Durchschnittslohnes eines Beschäftigten. Das wiederum hatte grundlegende Auswirkungen unter anderem auf die Gestaltung des Tarifsystems und des Rentenrechts, die heute noch nachwirken. Das führte zu einer anderen strukturellen Verfassung der Gesellschaft bis hinein in die Familie. Es handelte sich zweifellos um ein alternatives Gesellschaftsmodell mit wesentlich sozialistischen Zügen.

Ein Grundproblem dieses Modells bestand darin, daß anstelle der auf individuelle Nutzenmaximierung setzenden Kräfte des Marktes das Interesse der Beschäftigten an hohen Produktions- und Effektivitätsergebnissen durch ein Geflecht materieller und moralischer Anreize geweckt werden sollte. Da diese Anreize jedoch an die Erfüllung und Übererfüllung der zentral vorgegebenen Planaufgaben gebunden waren – andere Methoden erwiesen sich als noch weniger praktikabel –, ergab sich eine weitverbreitete kontraproduktive Interessenlage bei Arbeitern und Betrieben. Es wurden ›weiche‹ Pläne angestrebt, für deren ›Übererfüllung‹ und die damit verbundenen zusätzlichen Prämierungen gute Chancen bestanden. Das war ein ungelöstes Problem mit weitreichenden Auswirkungen. Die ›Peitsche des Marktes‹ oder die ›unsichtbare Hand‹, von der *Adam Smith* spricht, fand in den Modellen der Planökonomien keine hinreichenden systemkonformen Entsprechungen. Darin lag ein Hauptgrund für Wachstumsschwäche und Ineffizienz – obwohl es nach der ideologischen Doktrin hätte genau umgekehrt sein müssen. Die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen sind zweifellos ein Kernpunkt der künftigen Gestaltung einer fortschrittlichen, menschenfreundlichen, sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsformation.

Welche grundlegenden Erfahrungen ergeben sich aus dem staatssozialistischen Versuch besonders hinsichtlich der Rolle des Wertgesetzes und des marktwirtschaftlichen Regulationsmechanismus für eine alternative Wirtschaftsorganisation der Zukunft? Das Wirtschaftssystem der Planökonomien bediente sich der ökonomischen Kategorien wie Wert, Geld, Preis, Kosten, Gewinn. Das Wertgesetz wurde in der Theorie dieser Modelle als ›Gesetz der Warenproduktion‹ und gleichzeitig als »ein notwendiger Bestandteil der ökonomischen Gesetze des Sozialismus«⁴ bezeichnet. Das heißt, das staatssozialistische Modell hatte sich auch für die erste Phase einer neuen Gesellschaft, der sozialistischen, für die Nutzung der Warenwirtschaft und des Wertgesetzes entschieden. Das sollten vor allem diejenigen bedenken, die die Nutzung des marktwirtschaftlichen

Regulierungsmechanismus auch beim Übergang in eine künftige sozialistische Gesellschaft heftig kritisieren. Das Problem der Nutzung der Wertkategorien bestand aber darin, daß die für ihre Wirkung notwendige objektive Grundlage fehlte: nämlich ein mehr oder weniger autonomer Markt. Gerade dieser wurde aus ideologischen und doktrinären Gründen strikt abgelehnt. Vor allem die Preisbildung und damit eng verbundene Kategorien unterlagen oft außerökonomischen, voluntaristischen Entscheidungen. Je länger sie, ohne am Markt überprüft zu sein, angewandt wurden, desto weiter entfernten sie sich von den Realitäten und verloren ihre Steuerungsfunktion, wirkten oftmals sogar kontraproduktiv. Der Verbund der sozialistischen Staaten besaß deshalb auch nie eine eigene, von allen Teilnehmern anerkannte Preisbasis, da es – entgegen den verkündeten Deklarationen – keinen sozialistischen Weltmarkt gab.

In der DDR wurde diese Problematik besonders deutlich an der wirtschaftspolitischen Entscheidung der unveränderlichen Preise für Güter des Grundbedarfs (ca. 80 Prozent der Konsumgüter) – teilweise auf dem Vorkriegsniveau. Je länger die Preise eingefroren blieben, um so mehr wichen sie vom tatsächlich notwendigen gesellschaftlichen Aufwand ab. Für einen großen Teil des gesellschaftlichen Produktes war damit die Wirkung des Wertgesetzes praktisch aufgehoben oder doch wesentlich eingeschränkt. Das wirkte vor allem in zweierlei Hinsicht kontraproduktiv. Einmal verzerrten sich die Preisverhältnisse zwischen den Waren des Grundbedarfs und den anderen, hauptsächlich industriell auf hohem technischen Niveau erzeugbaren Waren. Zum anderen wurde den Verbrauchern der tatsächliche ›Wert‹ dieser subventionierten Erzeugnisse und Leistungen nicht mehr bewußt, und es verbreiteten sich Verschwendung und unachtsamer Umgang. Es wurde nicht sicht- und spürbar, daß der bedeutende Subventionsaufwand die Investitionen an anderer Stelle einschränkte. Das galt gleichermaßen auch für andere Leistungen, die hoch subventioniert waren, wie Kinderkrippen- und Kindergartenplätze, Verkehrstarife, Mieten usw. Diese spezielle Form der Mißachtung des Wertgesetzes war jedoch keine systembedingte Zwangsläufigkeit. Eine dem tatsächlichen Wert angenäherte Erhöhung der Preise für den Grundbedarf hätte durch die Erhöhung der Löhne, Renten, Stipendien usw. in vollem Umfang ausgeglichen werden können. Der einzelne hätte außerdem eine größere eigene Entscheidungsfreiheit darüber gehabt, wofür er sein Einkommen einsetzt. Diesbezügliche Vorschläge wurden von der SED-Führung zweimal abgelehnt.

Eine wesentliche Erfahrung der Praxis der Planökonomien besteht darin, daß der Preis als grundlegender Faktor des Wirtschaftsgeschehens nicht künstlich nachgebildet werden kann. Aus diesem Dilemma gibt es offensichtlich in der überschaubaren Zukunft nur zwei Auswege. Entweder muß auf die Nutzung des Wertgesetzes ganz verzichtet werden oder nicht nur das Wertgesetz, sondern auch der dezentrale marktwirtschaftliche Regulationsmechanismus als notwendiger Bestandteil dieses Systems, zumindest in der ersten Phase einer sozialistisch/kommunistischen Gesellschaft, ist anzuerkennen.

Man sollte dabei die unter Linken verbreitete Ablehnung des Wertgesetzes und des marktwirtschaftlichen Regulationsmechanismus

Vielleicht ist es schmerzhaft, aber offensichtlich muß man zur Kenntnis nehmen, daß viele – wahrscheinlich zur Zeit die Mehrheit der Menschen – bereit sind, für die Aussicht auf persönliche Vorteile, Karriere und Vorwärtkommen sich dem größeren Leistungsdruck, der individuellen Konkurrenz, auch zu Lasten der Mitmenschen, zu unterwerfen, ohne alle Konsequenzen ausreichend und in ihrer nachhaltigen, langfristigen negativen Wirkung für sich selbst und die Gesellschaft voll erfassen zu wollen.

Die Werttheorie war keine Erfindung von *Marx*, sondern der Hauptgegenstand der klassischen bürgerlichen politischen Ökonomie von *David Ricardo*, *John Stuard Mill* und vor allem *Adam Smith*. Im ersten Band des *Kapital* schreibt *Marx*: »Der Warenaustausch beginnt, wo die Gemeinwesen enden. (...) Sobald Dinge aber einmal im auswärtigen, werden sie rückschlagend im inneren Gemeinleben zu Waren. (...) Die beständige Wiederholung des Austausches macht ihn zu einem regelmäßigen gesellschaftlichen Prozeß. (...) Ihr Gebrauchswert scheidet sich von ihrem Tauschwert. (...) Die Gewohnheit fixiert sie als Wertgrößen.«

Fritz Behrens, Professor für Politische Ökonomie an der Karl-Marx-Universität Leipzig, zeitweise Leiter der Statistischen Zentralverwaltung der DDR und der Sektion Wirtschaftswissenschaften an der Akademie der Wissenschaften, beschäftigte sich frühzeitig intensiv mit der Bewertung der Arbeit sowie den Möglichkeiten der Messung des Niveaus und der Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der DDR und international. Siehe dazu seine Arbeiten *Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie* (Berlin 1948), *Die Arbeitsproduktivität* (Leipzig 1952), *Die Zeitsummenmethode* (Berlin 1961).

nicht unterschätzen. Aktuell und vehement wird eine solche Konzeption vertreten von *Robert Kurz*⁵ Für ihn ist der Markt und das Wertgesetz zu ersetzen, indem »die Gesellschaftsmitglieder über den gemeinsamen Einsatz ihrer materiellen Ressourcen diskutieren und beschließen, demgemäß die Naturstoffe umformen und schließlich die Produkte zwecks Bedürfnisbefriedigung konsumieren«. Wie das im Detail aussehen soll und wahrscheinlich auch nur aussehen könnte, hat *Ernest Mandel* 1989⁶ folgendermaßen erläutert: »In den Fabriken, die Konsumgüter herstellen, würde der Produktionsumfang durch vorher gehende Beratungen zwischen Arbeiterräten und den von der Masse der Bürger gewählten Verbraucherversammlungen ermittelt. Ihnen würden verschiedene Modelle vorgelegt, zum Beispiel verschiedene Schuhmodelle, die von den Verbrauchern begutachtet, kritisiert und durch andere ersetzt werden könnten. Ausstellungen und öffentliche Anschlagtafeln wären die Hauptinstrumente für solche Verbrauchertests. Es könnte eine Art Referendum stattfinden, in dem ein Verbraucher, der Anspruch auf sechs Paar Schuhe hat, sechs Modelle auf einer Liste ankreuzt, die einhundert oder zweihundert Wahlmöglichkeiten aufweist«. Selbst wenn man für das dahinter stehende Anliegen eine bestimmte Sympathie empfindet, ist es schwer vorstellbar, wie eine solche Konzeption in die Realität umgesetzt werden kann. Damit erledigt sich auch die heftige Kritik *Mandels* und anderer am staatssozialistischen Modell sowohl in der UdSSR als auch der DDR. Es genügt, sich die möglichen konkreten Wege einer Beseitigung des Wertgesetzes und seiner Kategorien in konkreten Situationen – zum Beispiel in der DDR – vorzustellen, um die Realitätsferne einer solchen Auffassung deutlich zu machen.

In diesem Zusammenhang muß ein weiteres Problem in die Betrachtung einbezogen werden. *Karl Marx* hat in seiner *Kritik des Gothaer Programms*⁷ »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung« als das grundlegende Verteilungsprinzip der ersten Phase einer kommunistischen Gesellschaft begründet. »Gleich viel Arbeit in einer Form« werde »gegen gleich viel Arbeit in einer andern ausgetauscht«. Und er fährt fort, und das ist offenbar der Knackpunkt: »...und die Arbeit, um als Maß zu dienen, muß der Ausdehnung oder der Intensität nach bestimmt werden, sonst hörte sie auf, Maßstab zu sein«. *Marx* sagt in diesem Entwurf einer weit voraus greifenden Vision von der Struktur einer sozialistischen Gesellschaft nichts zum entscheidenden Punkt, wie denn die Arbeit »der Ausdehnung oder der Intensität nach« zu einem einheitlichen Maßstab werden kann. Kann dies mit Hilfe der Zeit und/oder in der Form differenzierter Koeffizienten für die Schwere und Kompliziertheit der Arbeit erfolgen? Es ist wenig bekannt, daß sich unter anderem Professor *Johannes Rudolph* in den sechziger Jahren mit mathematischen Modellen der Reduktion der verschiedenen komplizierten Arbeiten auf einfache Arbeit als allgemeines Maß intensiv beschäftigte. Aber auch unter Zuhilfenahme von Methoden des Refa-Systems ergaben umfassende Diskussionen, an denen der Autor dieser Zeilen beteiligt war, keine für die Praxis tauglichen Methoden. Man kann *Marx* nicht dafür kritisieren, daß er sich zu diesem damals weit entfernten Problem nicht detailliert geäußert hat. Aber es ist schwer vorstellbar, daß ein solcher einheitlicher Maßstab anders als auf der Grundlage

der abstrakten Arbeit gebildet werden kann. Wenn dem aber so ist, dann bedeutet dies, daß zumindest in der ersten Phase einer sozialistisch/kommunistischen Gesellschaft Austauschverhältnisse auf Grundlage des Wertgesetzes unvermeidbar sind.

Aus all dem drängt sich die Schlußfolgerung auf, daß die Nutzung des marktwirtschaftlichen Regulationsmechanismus in der nächsten überschaubaren Zukunft des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft – zumindest so lange das Prinzip »...jedem nach seiner Leistung« – ein objektives Erfordernis der Entwicklung der modernen Produktivkräfte ist. Dies führt aber auch zu folgender Schlußfolgerung: Da das Wertgesetz ohne Markt nicht zur Wirkung kommen kann, ist in diesem Zeitraum auch die Existenz eines Marktes nötig. Es war deshalb zwar umstritten, aber folgerichtig, daß die *Thesen zur Programmdebatte der PDS* von 1999 die Feststellung enthielten, daß »der Markt ... trotz seiner sozialen Kälte, ökologischer Blindheit und zerstörerischen Wirkungen zugleich ein unverzichtbarer dezentraler Regulationsmechanismus ist«. Das gilt zumindest für die überschaubare Zukunft. Von den Gegnern dieser Auffassung wird offensichtlich vernachlässigt, daß es einen Markt und damit die Wirkung des Wertgesetzes bereits lange vor der Ausbildung der kapitalistischen Ordnung gegeben hat. Markt und Wirkung des Wertgesetzes gleichzusetzen mit der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft ist eine grobe ahistorische Vereinfachung.

Akteure, Eigentum und Interessen

Wenn man in Ansehung der Erfahrungen des ersten großen Sozialismusversuchs akzeptiert, daß der Markt aufgrund der ständigen Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung eine unabdingbare Voraussetzung und zugleich das Ergebnis der Entwicklung der Produktivkräfte war und in der überschaubaren Zukunft noch ist, dann setzt dies die Aktion selbständiger wirtschaftlicher Subjekte beziehungsweise wirtschaftlicher Einheiten voraus. In einer sich erweiternd reproduzierenden Gesellschaft müssen sie nach Mehrprodukt oder – in den Kategorien des Wertgesetzes ausgedrückt – nach Gewinn streben. Das erfordert die eigenverantwortliche Verfügung über die dafür erforderlichen Mittel und die Übernahme des Risikos für ihr Agieren am Markt.

Deshalb ist es schwer verständlich, daß die Formulierung im PDS-Programmtext vom 27. April 2001 – »Unternehmertum und betriebswirtschaftliches Gewinninteresse sind wichtige Bedingungen von Innovation und Effizienz« – so viel Ablehnung provoziert hat. Auch in einer sozialistischen Gesellschaft müssen selbständige Wirtschaftseinheiten als Grundlage für die erweiterte Reproduktion nach Mehrprodukt, das heißt nach Gewinn streben. Wenn man sich aufgrund der gesammelten Erfahrungen für Eigentumspluralismus, insbesondere die Existenz von kleinen und mittleren privaten Unternehmen ausspricht, dann gilt dies auch für diese. Innovation und Effizienz sind dabei aber nur Teilaspekte.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob Marktwirtschaft nicht auch ohne Privateigentum an Produktionsmitteln vorstellbar und möglich ist; ob nicht Wirtschaftsleiter im Auftrage des Staates oder der Gesellschaft am Markt die gleiche Rolle spielen

können wie Manager großer Kapitalgesellschaften. Wie konkrete Beispiele im Staatsbesitz befindlicher Unternehmen in der BRD und in anderen Ländern beweisen, ist dies *vereinzelt* durchaus eine mögliche, bereits praktizierte und auch erfolgreiche Form der Durchsetzung oder Wahrung gesamtgesellschaftlicher Interessen. Die Entwicklung solcher Konzerne wie VEBA und Volkswagen in der BRD, der französischen Flugzeugindustrie, französischer und italienischer Atomkraftwerke und Chemiekonzerne sind Beispiele dafür.

Die gegenwärtig ablaufende neue Stufe der Globalisierung mit ihren für die nationalen Volkswirtschaften gefährlichen Konsequenzen wird von den börsennotierten großen Unternehmungen dominiert. Sie sind die Träger der Fusionswellen, ihre wirtschaftliche Macht sprengt die nationalen Dimensionen. Sie sind in der Regel als Aktiengesellschaften organisiert, ihre Größe ermöglicht ihnen weltwirtschaftlichen Einfluß, und sie sind bereit, diesen in der politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzung auch einzusetzen. Sie versuchen, die Wirtschafts- und Sozialpolitik national und international gemäß ihren Interessen zu prägen. Die Methoden reichen vom materiell fast unbegrenzt ausgestatteten Lobbyismus bis zur existentiellen Erpressung von Regierungen mit der unverhüllten Drohung, durch die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland die Massenarbeitslosigkeit zu vergrößern und damit die politische Akzeptanz der demokratisch gewählten Regierung substantiell zu untergraben. Zweifellos handelt es sich hier um den Einsatz wirtschaftlicher Macht, die anderen Teilen und Gruppierungen der Gesellschaft nicht zur Verfügung steht und die auch zu einer Bedrohung der demokratischen Strukturen werden kann. Gerade gegenwärtig wird deutlich, daß die bundesdeutschen Unternehmerverbände BDI, BDA, DIHT und die Vertretung des Handwerks die wirtschaftspolitische Diskussion maßgeblich beeinflussen und sowohl den Staat als auch die Gewerkschaften in die Defensive drängen.

Eine besondere Rolle spielen in diesem Zusammenhang die Banken, Investmentfonds und Versicherungsgesellschaften. Dort wird mit vergleichsweise geringem Eigenkapital zeitweise nicht gebundenes Kapital sowie das beträchtliche Privatvermögen der Bürger gesammelt und über dessen Verwendung nach ausschließlich privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten verfügt. Unabhängig von anderen Entscheidungen ist es also heute eine drängende Frage, Maßnahmen zur Beschränkung des Verfügungsrechtes der Banken, Investmentfonds und Versicherungskonglomerate über das bei ihnen deponierte, volkswirtschaftlich bedeutende Größenordnungen umfassende Fremdkapital bis hin zur Verstaatlichung großer Banken, festzulegen. Die Institution der Landesbanken und die Organisation des gesamten Sparkassenwesens, die sich im staatlichen beziehungsweise kommunalen Eigentum befinden, sind in Deutschland geradezu klassische Beispiele für die erfolgreiche und wirtschaftsstabilisierende Rolle der Verwirklichung eines solchen Konzeptes.

In diesem Zusammenhang ist auch folgendes zu berücksichtigen: Es gehört zu den Besonderheiten der Organisation des Hochkapitalismus in Deutschland, daß die großen Banken zugleich gewichtige Anteilseigner von Aktien der führenden deutschen Konzerne sind. Dies ist in keinem anderen entwickelten Industrieland in einem sol-

chen Ausmaß der Fall. Dieser Umstand führt zu großen wirtschaftspolitischen Machtzusammenballungen und beschwört die Gefahr der Wettbewerbsbeschränkung und des Mißbrauchs dieser Macht herauf. Warum werden solche Grundfragen der Wirtschaftsverfassung eines Landes nicht transparent gemacht und hinsichtlich der erforderlichen Maßnahmen nicht öffentlich diskutiert und verbindlich entschieden? Es ist eine Tatsache, daß die japanische Regierung ernsthafte Schritte unternimmt, um das marode und überschuldete Bankensystem des Landes – offenbar einer der Hauptgründe für die nunmehr zehn Jahre andauernde schwierige Wirtschaftslage der zweitstärksten Wirtschaftsmacht der Welt – durch Staatsintervention und auch durch Privatisierung zu sanieren. Solche wirtschaftspolitischen Maßnahmen sind offensichtlich auch in der Bundesrepublik auf demokratischem Wege und auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung realisierbar – wenn es gelingt, dafür politische Mehrheiten zu gewinnen. Sie würden die ökonomische Rolle des demokratischen Staates im gesamtgesellschaftlichen Interesse wesentlich stärken und einen beachtlichen Schritt zur Zurückdrängung der in Verwirklichung neoliberaler Konzepte vor allem seit den siebziger Jahren übermächtigen *Dominanz des Profitprinzips* bedeuten.

In der Diskussion zu Fragen des Eigentums an Produktionsmitteln ist außerdem von Bedeutung, daß in der rechtlichen Form der Aktiengesellschaften, die seit 1900 im Handelsgesetzbuch festgeschrieben ist, im Grunde genommen die Trennung von Eigentum der Aktionäre und Verfügung über dieses Eigentum durch Vorstände, die im steuerrechtlichen Sinne ›Angestellte‹, also Arbeitnehmer sind, bereits vollzogen ist. In den jährlichen Hauptversammlungen messen die Aktionäre den Erfolg ausschließlich an der Höhe der Rendite auf ihr eingelegetes Kapital. Die Geschichte des Daimler-Konzerns in den letzten zehn Jahren mit einem zweimaligen Erzeugnisstrategiewechsel macht deutlich, über welche Macht diese ›angestellten‹ Vorstände verfügen und wie wenig Einfluß die Mehrheit der Kleinaktionäre besitzt. Das gilt allerdings nicht für die große Aktienpakete besitzenden Banken, die ihre Macht und ihren entscheidenden Einfluß auf das jeweilige Unternehmen mit Aktienanteilen bereits von 20 Prozent an über die Beherrschung der Aufsichtsräte ausüben. Sie sind auch diejenigen, die sowohl die Zusammensetzung der Vorstände als auch die Unternehmenspolitik bestimmen. Man könnte die *Trennung von privatem Eigentum und die Verfügung darüber im gesamtgesellschaftlichen Interesse* als logische Fortsetzung der Grundkonstruktion von Aktiengesellschaften interpretieren. Daß es sich dabei gleichwohl vom Standpunkt des Eigentums um eine sehr sensible und hochpolitische Frage handelt, ergibt sich daraus, daß die Anzahl der Aktionäre in der letzten Zeit stark zugenommen hat – in der BRD gegenwärtig ca. zwölf Millionen (einschließlich Investmentfonds). Als eine Hauptform der Lösung des Widerspruchs zwischen privatem Eigentum an Produktionsmitteln und den Erfordernissen des Managements der gewachsenen Produktivkräfte in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung erscheint eine solche Konstruktion – Privateigentum unter Verfügung nach gesamtgesellschaftlichem Interesse – allerdings kaum tauglich; möglicherweise jedoch als Übergangsform.

Mit der Entfaltung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung vor allem im Gefolge der ersten industriellen Revolution ergab sich das Erfordernis des massenhaften Tausches und Austausches zwischen den auf die Herstellung bestimmter Produkte spezialisierten Erzeugern. Es bildete sich der moderne Markt und mit ihm die Marktwirtschaft als Summe der Abläufe und der sich mit der Zeit verfestigenden Regeln und Mechanismen heraus. *Adam Smith* legte in seinem Hauptwerk *Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen* (1776) die Grundlagen der Werttheorie, auf denen *Karl Marx* aufbaute und eine geschlossene Theorie der kapitalistischen Warenwirtschaft schuf.

Grundlegende Schlußfolgerungen müssen offensichtlich aus folgenden Fakten gezogen werden. Die Situation in den entwickelten Industrieländern wird dadurch geprägt, daß der relativ kleinen Zahl großer Aktiengesellschaften eine gewaltige Anzahl von Klein- und Mittelbetrieben gegenüber steht, die in entwickelten Industriestaaten wie zum Beispiel der BRD etwa die Hälfte der wirtschaftlichen Leistung erbringen. Mitte der achtziger Jahre standen in der BRD als einer typischen hoch industrialisierten Volkswirtschaft etwa 3000 Aktiengesellschaften allein etwa 500.000 Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH), vornehmlich Klein- und Mittelbetriebe, gegenüber. Hinzu kommen andere klein- und mittelständische Betriebsformen wie Kommanditgesellschaften (KG), Einzelunternehmer usw. Nicht diese kleinen und mittleren Firmen haben die ökonomischen Potentiale, um den parlamentarisch-demokratischen Staat unter Druck zu setzen. Viele von ihnen unterliegen außerdem selbst dem Diktat der Giganten, weil sie in vielfältiger Form – zum Beispiel als Zulieferer – von ihnen abhängig sind.

Marx und Engels sahen im Privateigentum an Produktionsmitteln die eigentliche Ursache der Teilung der Gesellschaft in die beiden Klassen Bourgeoisie und Proletariat und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. »Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsmittel in den Händen des Staates, das heißt des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktivkräfte rasch zu vermehren« (Kommunistisches Manifest).

Sowohl hinsichtlich der Strategie für die aktuelle Politik als auch angesichts der voraussichtlich längeren Periode des Weges hin zu einer alternativen Gesellschaft ergibt sich die Schlußfolgerung, daß es verfehlt ist, undifferenziert von »privatkapitalistischem Eigentum« zu sprechen. Eine grundlegende Aufgabe linker Politik kann und muß auf lange Frist darin bestehen, die Inhaber von Klein- und Mittelbetrieben für *eine demokratische Politik der sozialen Ausgewogenheit, des angemessenen wirtschaftlichen Wachstums und der Entwicklung der Produktivkräfte* zu gewinnen. Das darf aber keine taktische, zeitweilige politische Entscheidung sein, sondern muß aus prinzipiellen Gründen und als eine wichtige Voraussetzung für die Gewinnung politischer Mehrheiten eine langfristige, strategische, verlässliche Konzeption sein. Es ist deshalb eine grundlegende Frage, ob beim Aufbau einer alternativen sozialistischen Gesellschaft angesichts der gesammelten Erfahrungen Eigentumspluralismus nicht als eine politische und ökonomische Notwendigkeit anzusehen ist, damit der Weg hin zu einer neuen Gesellschaft überhaupt erst eröffnet und dann auch stabil beschrritten werden kann. Das berührt allerdings eine der Grundprämissen des *Kommunistischen Manifestes*. Aber offensichtlich zwingen die Erfahrungen zu neuen Lösungen. Das sollte man auch deutlich aussprechen.

Der staatssozialistische Versuch offenbart aber auch hier noch weitere Einsichten: Was für eine überschaubare und organisatorisch beherrschbare Anzahl von Großunternehmen hinsichtlich Steuerung und Kontrolle möglich ist, kann für Hunderttausende von Klein- und Mittelbetrieben ohne die direkte persönliche Interessiertheit nicht effektiv und erfahrungsgemäß nur mit hohem Verwaltungsaufwand gewährleistet werden. Es ist außerdem fraglich, ob in der BRD mehr als eine Million Leiter von Klein- und Mittelbetrieben als Angestellte so engagiert und effektiv arbeiten, wie unter der Hoffnung (und dem Zwang), mit Hilfe der eingesetzten eigenen Mittel einen angemessenen persönlichen Gewinn erwirtschaften zu können. Übrigens haben auch die Erfahrungen der DDR mit kleineren und mittleren privaten und halbstaatlichen Betrieben bewiesen, daß die Privateigentümer, die zum Beispiel in der Leichtindustrie 1970 noch

40 Prozent der Produktion erbrachten, weder Feinde oder auch nur Ablehner einer sozialen oder sogar sozialistisch orientierten Gesellschaftsentwicklung waren. Durch staatliche Regulation, selbst durch ein hypertrophiertes Planungssystem, konnte ihre Initiative und Kreativität nicht unterdrückt werden.

Zu den wichtigen und auch für die Zukunft wesentlichen Erfahrungen des Sozialismusversuchs in der DDR – auch in Abweichung vom Vorgehen in anderen staatssozialistischen Ländern – gehört die Organisation landwirtschaftlicher Großproduktion auf der Basis von Produktionsgenossenschaften. Nach anfänglichen Schwierigkeiten hatte sich ab den sechziger Jahren eine genossenschaftliche Landwirtschaft mit großräumigen Produktionseinheiten entwickelt, in denen auf Grundlage des eingebrachten einzelbäuerlichen Eigentums das persönliche materielle Interesse der Bauern unmittelbar mit den Ergebnissen der Produktion der Genossenschaften verbunden war. Die Produktionsgenossenschaften arbeiteten effektiv und vergrößerten die Produktion und die Qualität ihrer Erzeugnisse in Übereinstimmung mit dem Bedarf, so daß es weder Mangel an Nahrungsgütern noch Überproduktion gab. Innerhalb nur einer Generation wurde die einzelbäuerliche Wirtschaft in eine Großraumlandwirtschaft umgestaltet und das Leben auf dem Dorf in vielem dem in der Stadt angenähert. Die Einkommen der Genossenschaftsbauern entsprachen in der zweiten Hälfte der Existenz der DDR etwa dem vergleichbarer Beschäftigter in der Industrie.

Die Stabilität dieser Eigentums- und Produktionsform hat sich auch daran erwiesen, daß sich ein beträchtlicher Teil der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften nach dem Beitritt der DDR zur BRD aus eigener Kraft und trotz massiver Behinderungen in Genossenschaften (e. G.) beziehungsweise in GmbH umwandelte und die einzelbäuerliche Wirtschaft in den neuen Bundesländern kaum eine Rolle spielt. Das genossenschaftliche Eigentum ist offensichtlich eine erfolgreiche und zukunftsfähige Eigentums- und Produktionsform in der Landwirtschaft.

Dabei sollte klar sein, daß in einer dezentralen, auf Marktregulation und Eigentumspluralismus beruhenden Wirtschaft das öffentliche respektive staatliche Eigentum einen *wesentlichen* Bestandteil bildet. Diese Form des Eigentums ist ein wichtiges Instrument zur Verwirklichung einer Wirtschaftspolitik, die Rahmenbedingungen für die blind wirkenden Marktkräfte festlegt. Sie stärkt das ökonomische Gewicht eines demokratischen Staates und ist eine wichtige Voraussetzung, um Eigentum und Verfügung darüber in eine Form zu bringen, die Zukunftsfähigkeit ermöglicht. Selbstverständlich schließt das auch die selektive Vergesellschaftung von Privateigentum an Produktionsmitteln beziehungsweise die Bildung solchen gesellschaftlichen Eigentums ein, wenn dies im gesamtgesellschaftlichen Interesse erforderlich ist – zum Beispiel zur Sicherung der ökonomischen Stabilität, der wissenschaftlich-technischen und der ökologischen Entwicklung – oder wenn durch das Privateigentum grundlegende gesellschaftliche Erfordernisse nicht gewährleistet werden können beziehungsweise wenn von dort substantielle ökologische oder gesundheitliche Gefährdungen ausgehen.

»Nicht die Fließgrößen des Geldes sind dabei das entscheidende Kriterium, sondern der dahinter verborgene, in der bürgerlichen Statistik nicht erscheinende Fluß der materiellen Ressourcen. Eine systematische Ausforschung und Kritik der gesamt- und weltgesellschaftlichen ›naturalen Aggregation‹ würde den kapitalistischen Wahnwitz gründlicher zerstören als jede zahllose Gerechtigkeitsparole.«
Robert Kurz: Ideologie der Effizienz, in: Neues Deutschland vom 7. Januar 2000.

»Zu den Schlußfolgerungen, die aus den Umbrüchen zu ziehen sind gehört, daß der Kampf um Reformen in mancherlei Hinsicht heute einen noch höheren Stellenwert erhält. Dies ergibt sich schon daraus, daß wir uns aus heutiger Sicht auf lange Zeiträume hinsichtlich der Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus einstellen müssen. Das hängt damit zusammen, daß die kapitalistischen Metropolen sich als wandlungs- und anpassungsfähiger erwiesen haben, als wir das früher angenommen haben. (...) An die Seite herkömmlicher Reformpolitik treten qualitativ neue Aufgaben. Es geht um ökologische Reformen, um einen solchen stofflichen Umbau des Produktivkraftsystems, der den Raubbau an der Natur beendet und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen auch für künftige Generationen gewährleisten kann ... Der ökonomische Inhalt antimonopolistischer Reformpolitik kann dabei noch nicht die Lösung der Eigentumsfrage sein.«

Robert Steigerwald auf der wissenschaftlich-politischen Konferenz »Nachdenken über den Sozialismus« im Oktober 1999 in Berlin (vgl. Nachdenken über Sozialismus, Schkeuditz 2000, S. 31-34).

Der ungarische Reformökonom *János Kornai* hat in seiner Arbeit *Economics of Shortage* ein ökonomisches Modell von »Volkswirtschaften sowjetischen Typs« entwickelt, in dem er die Planwirtschaft als eine angebotsbeschränkte Wirtschaft bezeichnet, in der Knappheit (definiert durch administrative Rationierung von Gütern und Diensten, Ressourcen und Kapazitäts-

Solche Maßnahmen liegen auf der Linie der Gestaltung einer menschenfreundlichen, der sozialen Gerechtigkeit und ökologischen Vernunft verpflichteten Politik. Das Ausmaß solcher Vergesellschaftungen sollte von der konkreten wirtschaftlichen Situation und den im jeweiligen Zeitabschnitt angestrebten wirtschaftlichen Zielen abhängig gemacht werden. Die eigentliche Streitfrage ist offensichtlich nicht, ob es eine Marktwirtschaft ohne Privateigentum geben kann oder nicht. Die Frage heißt vielmehr, wieviel Privateigentum an Produktionsmitteln ist nötig, oder anders ausgedrückt, wieviel Staatseigentum beziehungsweise Vergesellschaftung ist zulässig, damit der marktwirtschaftliche Regulationsmechanismus, der für die nahe und mittlere Zukunft offensichtlich unverzichtbar ist, wirksam bleibt.

Reform oder Revolution?

Die Herausbildung einer alternativen Gesellschaft kann offenbar nur ein Projekt der fernerer Zukunft sein. Das ergibt sich nicht nur daraus, daß der Weg dahin eine Periode intensiver politisch-ökonomischer Auseinandersetzungen sein wird, sondern auch daraus, daß eine vollendete sozialistische Gesellschaft in einem Teil der Welt ohne Lösung der Probleme der »Dritten Welt« schwer vorstellbar ist. In Anlehnung an die Marxschen Gedanken in seiner *Kritik des Gothaer Programms* kann dabei eine sozialistische Gesellschaft ins Auge gefaßt werden, die durch das Verteilungsprinzip »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung« bestimmt wird. Nach *Marx* geht es um die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft, »eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht; die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt.«

Diese Gesellschaft würde charakterisiert durch die Nutzung des gesellschaftlich-demokratisch kontrollierten, dezentralen Mechanismus der Marktregulation und basiert auf Eigentumspluralismus. Diese Überlegungen schließen ein, daß die Umgestaltung der Gesellschaft nicht gewaltsam, sondern im wesentlichen friedlich in vielen Schritten durch die Gewinnung politischer Mehrheiten erfolgt. Das ist zweifellos ein reformerischer Weg. Dieser Weg bedeutet Veränderung des Bestehenden auf der Grundlage des Bestehenden. Das verstößt nicht gegen das bundesdeutsche Grundgesetz, sondern bedeutet seine konsequente Verwirklichung.

Ist das gleichbedeutend mit der Preisgabe des Marxismus, der Marxschen Analyse der konkreten Realität und deren Schlußfolgerungen? Auch die besten, wissenschaftlich begründeten Voraussagen gesellschaftlicher Entwicklungen bleiben immer Voraussagen, Annahmen, Hoffnungen. Die Marxsche Methode verpflichtet geradezu dazu, die Schlußfolgerungen aus der Analyse des Bestehenden immer wieder an neuen Entwicklungen zu überprüfen. Dem Marxismus widerspricht direkt die scholastische Verteidigung solcher Voraussagen und ihre Dogmatisierung. Wer heute jede Überprüfung Marxscher Voraussagen künftiger gesellschaftlicher Entwicklungen

als Opportunismus und Reformismus bezeichnet, muß auch *Lenin* als Verräter am Marxismus, als Opportunisten einstufen. Wenn man allerdings der Meinung ist, daß die sozialistische Oktoberrevolution, dieser erste große Versuch zur Schaffung einer alternativen Gesellschaft, ein Fehler war, dann träfe dies zu.

Wie breit das Spektrum der Schlußfolgerungen aus den Umbrüchen an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert selbst unter Kommunisten ist, wird am Beschluß der KP Japans – einer der größten heute noch bestehenden kommunistischen Parteien der Welt – deutlich. Auf ihrem jüngsten Parteitag beschlossen die Delegierten, alle ideologischen Artikel aus ihrem Programm zu streichen und ihre politische Strategie auf »demokratische Reformen im Rahmen des Kapitalismus« auszurichten.

In diesem Zusammenhang ist das Studium des chinesischen Weges von besonderer Bedeutung, weil dort der Weg vom Staatssozialismus, der ursprünglich viele Übereinstimmungen mit den europäischen Modellen aufwies, in eine sozialistische Marktwirtschaft beschritten wird. Das Argument, daß die chinesische Situation zu viele Besonderheiten aufweise, um für andere eine Orientierung sein zu können, verliert immer mehr an Bedeutung. Die chinesischen Kommunisten haben aus einer langen, teilweise eigenwilligen, aber im ganzen bisher unglaublich erfolgreichen Entwicklung tiegreifende Schlußfolgerungen gezogen und in ihrer Verfassung festgeschrieben – insbesondere Sozialistische Marktwirtschaft und Eigentumspluralismus. Was allerdings in den Medien als »Entscheidung, die Partei für Unternehmer zu öffnen« und »die Unternehmer stellen ein wichtiges Fundament der Gesellschaft dar«⁸ verbreitet wurde, liest sich in der autorisierten Übersetzung der Rede *Jiang Zemins* vom Juli 2001 folgendermaßen: »Es ist ... kein ausreichendes Kriterium zur Beurteilung der politischen Fortschrittlichkeit oder Rückständigkeit von Menschen, ob sie Eigentum haben und wie viel sie haben, vielmehr soll man ihr politisches Denken und ihr wirkliches Verhalten bewerten und darauf achten, wie sie das Eigentum erworben haben ... und es verwenden.« Und weiter heißt es: »Die Parteimitglieder, die aus den Reihen der Arbeiter, Bauern, Intellektuellen und Armeeangehörigen sowie der Kader kommen, sind ... das Rückgrat der Partei. Gleichzeitig sollen auch vorzügliche Menschen aus den anderen Bereichen der Gesellschaft, ... wenn sie nach langer Erprobung den Bedingungen entsprechen, in die Partei aufgenommen werden.« Bemerkenswert sind auch die Informationen über die Beteiligung von Belegschaftsangehörigen und Managern bei der Privatisierung von Staatsbetrieben. Dabei wird das Prinzip verwirklicht, daß nur verkauft und nicht verschenkt wird, etwa nach der russischen Art der »Voucher-Privatisierung«.

Man kann zu diesen Fragen unterschiedlicher Meinung sein, insbesondere hinsichtlich der damit verbundenen sozialen und regionalen Zuspitzungen, die zu einer Gefahr für das System insgesamt werden könnten. Es bleibt der Fakt, daß dies Schlußfolgerungen zu fundamentalen Fragen der Theorie und Praxis einer Partei sind, die die Verantwortung für ein Land mit 1,3 Milliarden Menschen übernommen hat, das vom Feudalismus zu einer Weltmacht aufgestiegen ist, während andere nach ihrem Scheitern gegenwärtig nur mehr theoretisch darüber debattieren können.

mängel) systemimmanent ist und sich im Zeitablauf tendenziell verstärkt. Er beschreibt das in Form eines Hydrauliksystems als Analogie für Bestands- und Stromgrößen in der Volkswirtschaft. Abgesehen davon, daß es fragwürdig ist, Gesetze der Naturwissenschaft und technische Wirkprinzipien für die Darstellung gesellschaftlicher Erscheinungen und ökonomischer Gesetze anzuwenden, ist bemerkenswert, daß er dabei die Einschränkung macht, daß der Staat in den Planwirtschaften generell über die Möglichkeit verfügt, für ein Gleichgewicht zwischen Konsumgüterangebot und -nachfrage zu sorgen; und zwar dadurch, daß er die Einkommen der Konsumenten und die Preise für Konsumgüter so festsetzt, daß das in Preisen bewertete Angebotsvolumen gerade der monetären Nachfrage entspricht. Nach ihm verfügt die Planwirtschaft – zumindest theoretisch – im Konsumgütersektor über Instrumente, Angebot und Nachfrage in etwa im Gleichgewicht zu halten. Im Produktionsmittelsektor sei dies nicht der Fall, weil in diesem Bereich kein Markt existiere. Damit wird aber zugleich die allenthalben behauptete unabwendbare Zwangsläufigkeit einer allumfassenden »sozialistischen Mangelwirtschaft« widerlegt.

Erstaunlicherweise spielt das chinesische Beispiel in den Debatten über die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in Europa eine geringe Rolle. Mit welcher Konsequenz dieses Konzept grundlegender Reformen verwirklicht wird, zeigen folgende Fakten über den Fünfjahrplan 2001 bis 2005:

»Um sich der Welt draußen zu öffnen, muß China zuerst seine industriellen Monopole und regionalen Barrieren niederreißen und jede Diskriminierung der nichtstaatlichen Wirtschaft hinsichtlich des Marktzugangs loswerden.« Große chinesische Unternehmen haben im Jahre 2000 durch den Gang auf internationale Börsen 21 Milliarden US-Dollar mobilisiert. Im Jahre 2001 rechnet man mit 30 Milliarden. Im Jahre 2000 betrugen die vereinbarten ausländischen Direktinvestitionen in China ca. 40 Milliarden US-Dollar (Angaben aus: Neues Deutschland vom 26. Januar 2001).

Da bei der Verwirklichung der konkreten Formen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisation in den staatssozialistischen Ländern grundlegende Probleme und Mängel besonders hinsichtlich der Behandlung des Eigentums an Produktionsmitteln aufgetreten sind, befinden sich die linken Kräfte heute zu dieser Frage in der Defensive. Es besteht eine nicht zu übersehende Unsicherheit, wie in der heutigen Welt und in der Zukunft die Antworten auf diese Frage aussehen könnten. Auch bei den Parteien, die nicht – wie die sozialdemokratischen – ihren prinzipiellen Frieden mit der kapitalistischen Gesellschaft geschlossen haben, gibt es dazu noch wenig fundierte programmatische Aussagen.

Dies ist offensichtlich ein Weg, den mehr oder weniger ähnlich auch die DDR und andere staatssozialistische Länder hätten gehen müssen, um aus der Sackgasse des sowjetisch geprägten Wirtschaftsmodells heraus zu kommen. Der Entwurf des *Neuen ökonomischen Systems* in der ersten Hälfte der sechziger Jahre in der DDR war ein erster halber Schritt in diese Richtung. Heute steht man hier vor einer ganz anderen Situation. Nicht eine Entwicklung vom Staatssozialismus zu einer wie auch immer gearteten sozialistischen Marktwirtschaft steht auf der Tagesordnung, sondern zunächst die Bändigung eines von den USA ausgehenden und auch in Europa immer noch Boden gewinnenden entfesselten neoliberalen, die Zukunft der Menschheit zerstörenden marktradikalen Kapitalismus. Es geht um eine gesteuerte, der menschlichen Vernunft und demokratischer Politik unterworfenen Nutzung marktmaßiger Regulation. Nur der Aufbau einer solchen sozialistischen Gesellschaft »wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervor geht«, kann das strategische Ziel heutiger Politik sein und offensichtlich nur dieser Abschnitt der gesellschaftlichen Entwicklung ist heute programmfähig.

Die Hauptfrage heute ist, wie man auf den Weg dahin gelangt. Entscheidend ist doch nicht die detaillierte, methodische, instrumentale Ausgestaltung eines kommunistischen Endziels der Menschheitsentwicklung, sondern der anzustrebende Inhalt, der mit folgenden *Hauptzielen* umrissen werden kann: Höchstmögliche soziale Gerechtigkeit, Schließung der Schere zwischen Arm und Reich, Beseitigung von Hunger, Elend und Unterentwicklung, Sicherung der ökologischen Grundlagen der Menschheitsentwicklung und die Gestaltung einer solidarischen, von ethischen Werten geprägten Gesellschaft.

Ist das eine soziale oder eine sozialistische Marktwirtschaft? Die Chinesen nennen es »sozialistische Marktwirtschaft«. Minimalistisch formuliert, könnte man es auch als konsequente *Fortentwicklung der Grundgedanken der sozialen Marktwirtschaft* auffassen – ob es den Intentionen der Vertreter dieses Modells entspricht oder nicht. Der Erfinder des Begriffs »soziale Marktwirtschaft«, *Alfred Müller-Armack*, seinerzeit Staatssekretär im Bonner Wirtschaftsministerium, hat dies als eine »ordnungspolitische Idee« formuliert: Ihr Ziel sei es, »auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem gerade durch die marktwirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt zu verbinden« so daß »auf der Grundlage einer marktwirtschaftlichen Ordnung ein vielgestaltiges und vollständiges System sozialen Schutzes errichtet werden«⁹ könne. Dem liegt eben auch die Überlegung zugrunde, daß es unter den heutigen ökonomischen, politischen und waffentechnischen Bedingungen keine chinesische Mauer zu geben braucht zwischen der Verteidigung des Sozialstaatsprinzips, der Erreichung größerer sozialer Gerechtigkeit auf der Basis des Bestehenden einerseits und der Schaffung einer qualitativ neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung andererseits.

Eine solche Auffassung wird nicht selten als *Reformismus*, als Verrat am revolutionären Marxismus kritisiert. Es drängt sich hier die Erinnerung an die Kritik auf, der *Engels* ausgesetzt war, als er in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Erämpfung der parlamentarischen Republik als das nächste strategische Ziel der Arbei-

terklasse bezeichnete. Wenn man heute den Weg zur Herausbildung einer alternativen Gesellschaft ins Auge faßt, dann beginnt das sicher mit der Gewinnung politischer Mehrheiten zur Verteidigung des Sozialstaatsprinzips, der Umkehrung der Umverteilung von unten nach oben; das heißt zunächst der *Zurückdrängung der Dominanz des Profitprinzips*, dem Abstoppen der neoliberalen Welle, die auch die bescheidenen Reformvorhaben der Schröder-Regierung bestimmt. Das ist der Kampf, der sich gegenwärtig abspielt und in dem zunächst Ergebnisse erzielt werden müssen. Erst von da aus ergibt sich die Möglichkeit nicht nur der Zurückdrängung der Dominanz des Profitprinzips, sondern der schrittweisen *Einschränkung seines Wirkungsbereiches*. Das könnte in der Richtung liegen, die *Lionel Jospin* auf dem 21. Kongreß der Sozialistischen Internationale im November 1999 in Paris umrissen hat. »Die Gesundheit, die Werke des Geistes, die Arbeit, die Umwelt sind keine Ware.«¹⁰

Man muß sicher konzedieren, daß die gesetzliche Einführung der 35-Stunden-Woche in Frankreich – eine für die BRD zur Zeit nicht vorstellbare Maßnahme – ein kleiner Schritt in diese Richtung ist. Andererseits kann auch der Atomausstieg in der BRD – bei allen Einschränkungen – als ein solcher Schritt eingeschätzt werden, der wiederum für Frankreich gegenwärtig nicht durchsetzbar ist. Das macht auch deutlich, wie differenziert die schrittweise Veränderung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse angegangen werden muß. Daß dabei auch die Denkmuster des neunzehnten Jahrhunderts zur Klassensituation neu überdacht werden müssen, macht die Tatsache deutlich, daß gegen das Gesetz zur Einführung der 35-Stunden-Woche in Frankreich die Fernfahrer in einer Front mit den Eigentümern der Speditionsunternehmen gestreikt haben. Diese Beispiele zeigen aber auch, daß Veränderungen möglich sind und ganz im Sinne von *Engels* strategische Bedeutung besitzen.

Transformationszwänge und -visionen

Die Grundfrage bleibt natürlich, ob solche Entwicklungen unter friedlichen Bedingungen in den Metropolen der Weltwirtschaft möglich sind, ob der blinde Mechanismus der Marktregulierung im übergeordneten Menschheitsinteresse steuerbar ist. Die linken Kräfte wären gut beraten, wenn sie dabei nicht nur und vielleicht nicht einmal in erster Linie von ihren eigenen Traditionslinien und Theorien der Kritik an der kapitalistischen Marktwirtschaft ausgingen, sondern sich auch auf den großen Fundus der aktuellen bürgerlichen Wirtschaftstheorie zu »Markt- und Staatsversagen« stützen würden. So stammt zum Beispiel von *Wilhelm Röpke* (1899 – 1966) die Einsicht: »Marktwirtschaft ist nicht alles.«¹¹ In einer Leistungsgesellschaft sei sie zwar nicht zu entbehren. Ohne Grenzen und Ordnung aber müsse sie »verrotten und mit ihren Fäulnisstoffen alle anderen Bereiche der Gesellschaft vergiften«. Der Markt brauche Rahmenbedingungen: Sitten, Gesetze, moralische Voraussetzungen – »Eigenschaften, die der Markt nicht erzeugt, sondern verbraucht«. Im Zentrum des Werkes des bekannten Nationalökonom *Walter Eucken* (1891-1950)¹², von dem es eine enge Beziehung zu *Alfred Müller-Armack*, *Franz Böhm* und *Ludwig Erhard*, den Vätern der sozialen Marktwirtschaft, gibt, stand die Kritik wirtschaftlicher Macht

und die Suche nach Strukturen, die sie begrenzen könnten. Begriffe wie »Ordnungspolitik« und »Rahmenbedingungen« sind seitdem aus der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion nicht mehr wegzudenken. Sie sind verbunden mit der *Freiburger Schule* und dem *Ordoliberalismus*. Gerade dagegen liefen und laufen die Neoliberalen und Deregulierer Sturm.

Nicht nur der Papst erklärt Neoliberalismus inzwischen zu einem System, »das sich auf ein von wirtschaftlichen Aspekten dominierendes Menschenbild stützt, das Gewinn und Marktgesetze als absolute Parameter ansieht auf Kosten der Menschenwürde und des Respektes vor Personen und Völkern«. Überhaupt profiliert sich die katholische Soziallehre seit längerem deutlich in Richtung der Kritik des freien Marktes und der Verurteilung der sozialen Polarisierung. Das Ausmaß des allgemeinen Unbehagens zeigt sich schließlich vollends, wenn einer der profiliertesten Börsenspekulanten, Herr über Investmentfonds, die in den vergangenen Jahren das britische Pfund, die Währungen der südostasiatischen Länder sowie den Rubel in Rußland in Gefahr gebracht und schwer geschädigt haben, *George Soros*, als Fazit seiner Erfahrungen feststellt, daß die Marktwirtschaft nicht zum Gleichgewicht, sondern zum Ungleichgewicht und damit zum Chaos tendiert. Der Markt sei seinem Wesen nach instabil und »bestimmte Bedürfnisse lassen sich nicht befriedigen, indem man den Marktkräften freies Spiel gewährt«¹³.

Für die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen sowie von Steuerungs- und Lenkungsmechanismen kann offenbar ein breiter gesellschaftlicher Konsens gefunden werden. Die soziale Marktwirtschaft, wie sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der BRD und mehr oder weniger auch in Frankreich, Italien und anderen europäischen Ländern herausgebildet hat, kann als Beweis dafür gelten, daß die marktwirtschaftliche Ordnung gestaltbar ist, wenn der politische Wille dafür vorhanden ist beziehungsweise auf der Grundlage der demokratischen Ordnung organisiert wird. Auch im internationalen Rahmen gibt es eine Reihe von Elementen, die in diese Richtung weisen, deren Arbeitsinhalte jedoch weiter entwickelt und weit mehr noch grundlegend umgestaltet werden müssen.

Man könnte einwenden, daß dies weltfremd und illusorisch sei. Aber die Entwicklung hat gezeigt, daß es bei Beharrlichkeit und Geduld Schritte in die richtige Richtung geben kann. Die gerade gegenwärtig sich verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen den Hauptgruppen des Weltkapitals – USA, Japan, Europa – schaffen im Zusammenhang mit dem wachsenden Gewicht der ›Dritten Welt‹ zweifellos Möglichkeiten für die Verwirklichung von Schritten, um die die menschliche Gesellschaft als Ganzes bedrohenden Exzesse des ›big business‹ schrittweise einzuschränken. Noch hat es nicht zu greifbaren Konsequenzen geführt – gegenwärtig scheint es mit dem Amtsantritt der Bush-Administration sogar substantielle Rückschläge zu geben –, aber es ist eine Tatsache, daß die USA als größter Verschmutzer der Atmosphäre zunehmend in die Isolierung geraten. Eine ähnliche Situation ergibt sich hinsichtlich der Schaffung eines internationalen Gerichtshofes, hinsichtlich des Verbotes von Landminen und im Zusammenhang mit der beabsichtigten Errichtung eines Raketenabwehrsystems. Ein weiteres, nicht zu unterschätzendes

»Dem dynamischen Markt muß eine starke Zivilgesellschaft gegenüber stehen, die sich nicht auf Vorurteile, sondern vereinbarte Regelungen stützt sowie ein informierter Staat. ... Wir sehen die Notwendigkeit, den institutionellen Rahmen zu verbessern, in dem die Finanzmärkte operieren; und zwar durch effiziente Regulierungen, Überwachungsmechanismen und Rechenschaftsverfahren« (Modernes Regieren im 21. Jahrhundert. Konferenzbericht; zitiert nach: Neues Deutschland vom 5. Juni 2000).

Ereignis ist die ›Abwahl‹ der USA aus dem UN-Menschenrechtsausschuß. Auch die Konferenz von Regierungschefs aus aller Welt Ende Mai 2000 in Berlin unter dem Motto »Modernes Regieren im 21. Jahrhundert« weist in diese Richtung.

Es scheint sich in den verschiedensten Schichten der Gesellschaft die Erkenntnis Bahn zu brechen, daß die drängenden Probleme der menschlichen Gesellschaft, wie Raubbau an Ressourcen, Zerstörung der Atmosphäre, Hunger, Armut und Unterentwicklung besonders in der ›Dritten Welt‹, nicht durch die weitere Entfaltung der Marktkräfte, die ja gerade die Hauptursachen für diese Probleme sind, gelöst werden können, sondern eine vernunftbasierte Steuerung und Lenkung der Marktkräfte nötig ist.

Das ist aber nur eine Seite der Schlußfolgerungen. Die tiefer und weiter gehenden Konsequenzen, die gegenwärtig zunächst noch in sehr allgemeiner und vager Form geäußert werden, bestehen in der Aufdeckung und schrittweisen Beseitigung der Wurzeln jenes zerstörerischen Terrorismus, der am 11. September 2001 seinen bisherigen Höhepunkt erreichte. Er wurde nicht von unwissenden, zurückgebliebenen, von ›normaler‹ krimineller Energie getriebenen Menschen ins Werk gesetzt, sondern von gebildeten Personen, die schon lange in der westlichen Welt gelebt haben. Ihr Hauptmotiv ist es offensichtlich, gegen die Exzesse der sozialen und ökonomischen Ungerechtigkeit der von den Industriestaaten dominierten Weltwirtschaftsordnung mit Gewalttaten anzukämpfen, weil sie im ›fairen Wettbewerb‹ chancenlos sind. Das ist keine Entschuldigung dieser Terrorakte, aber damit wird auf ihre sozialen Wurzeln verwiesen, deren Veränderung eine wichtige Rolle bei der ›Austrocknung des Sumpfes des Terrorismus‹ spielen muß. Eine bloße Aufstockung der in den letzten Jahren sogar rückläufigen Aufwendungen für ›Entwicklungshilfe‹ reicht dafür allerdings nicht aus. Notwendig wäre, eine grundlegende Veränderung des »weltweiten ordnungspolitischen Rahmens für die Weltwirtschaft durchzusetzen« (Rainer Brüderle, FDP). Nun gilt es, diese richtige Einsicht auch gegen den Widerstand mächtiger Interessengruppen in konkrete, koordinierte Taten umzusetzen.

In bezug auf Einsichten in die Notwendigkeiten zur Terrorbekämpfung herrscht seltene Einigkeit quer durch die Parteien und politischen Lager: »Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bereitschaft der Bundesregierung ... zusammen mit anderen Nationen und internationalen Institutionen humanitäre Hilfe zu leisten sowie politische und ökonomische Konzepte zu erarbeiten, die geeignet sind, die Ursachen des Terrorismus zu bekämpfen und ihm den Nährboden zu entziehen« (Entschließung des Deutschen Bundestages vom 19. September 2001). Der Russische Präsident *Putin* erklärte anlässlich seines Deutschlandbesuches, daß die »Weltgemeinschaft gemeinsam Konzepte gegen die Armut entwickeln« müsse. Und *Gregor Gysi* sagte in seiner Rede in der Berliner Nikolaikirche, daß der Kampf gegen den Terrorismus letztlich nur zu gewinnen sei, »wenn er zu einer demokratischeren und gerechteren Welt- und vor allem Weltwirtschaftsordnung führt«.

1 Vgl. John Kenneth Galbraith: Die Geschichte der Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Hamburg 1996, S. 253.

2 Vgl. Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme, München, Wien 1995, S. 317.

3 Vgl. Ernest Mandel: Zur Verteidigung der sozialistischen Planwirtschaft. Eine Kritik des marktwirtschaftlichen Sozialismus, in: OktoberTexte 2, Köln, Dezember 1989.

4 Volkswirtschaftsplanung (Lehrbuch), Berlin 1974, S. 60.

5 Vgl. Robert Kurz: Ideologie der Effizienz, in: Neues Deutschland vom 7. Januar 2000.

6 Vgl. Ernest Mandel: Zur Verteidigung der sozialistischen Planwirtschaft ..., a. a. O.

7 Vgl. Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19.

8 Vgl. Berliner Zeitung vom 2. Juli 2001.

9 Zitiert nach: Ministerium für innerdeutsche Beziehungen: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, Bonn 1987, S. 14.

10 Zitiert aus: Berliner Zeitung vom 9. November 1999.

11 Wilhelm Röpke: Jenseits von Angebot und Nachfrage, in: Ders., Ausgewählte Werke, Bern 1959.

12 Vgl. Walter Eucken: Die Grundlagen der Nationalökonomie, Jena 1944.

13 George Soros: Die Krise des globalen Kapitalismus, Berlin 1998.

ARNDT HOPFMANN

Nachhaltigkeit, Wissenschaftsethik, Globalisierung



Arndt Hopfmann – Jg. 1956; Dr. oec., studierte in Leipzig Volkswirtschaftslehre und Afrikanistik, arbeitet über Fragen der ökonomischen Entwicklungstheorie und der Systemtransformation und ist gegenwärtig wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Redaktion von »UTOPIE kreativ«, kürzlich erschien: »Transformations-
theorie – Stand, Defizite, Perspektiven« (zusammen mit Michael Wolf, LIT-Verlag 2001).

Wenn sich der Rohrbacher Kreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen zu seiner Jahrestagung – die sinnigerweise als »interdisziplinäres Gespräch« bezeichnet wird – in der Dahlemer Heide trifft, darf stets ein Bildungserlebnis besonderer Art erwartet werden. Akademiker unterschiedlichster Fachgebiete, viele von ihnen allerdings längst berentet, treten dann in einen hochkarätigen Disput, bei dem die gerade auf der Tagesordnung stehende Problematik als thematische Beschränkung nicht allzu ernst genommen wird. So überraschte es die Stammteilnehmer auf dem VIII. interdisziplinären Gespräch (vom 11. bis 13. Mai 2001) offensichtlich kaum, daß ihnen von *Peter Möbius* (Dresden) – gleich nachdem der Vorsitzende des illustren Kreises, *Rudolf Rochhausen* (Schwerin), mit seinem Eröffnungsreferat zu Nachhaltigkeit und Globalisierung zu Ende gekommen war – in der Diskussion zum Vortrag eine schwungvolle Darstellung der spezifischen elektro-physikalischen Schranken der Halbleitertechnologie im Gigabite- beziehungsweise Gigahertz-Bereich präsentiert wurde. Auch im weiteren Verlauf wurde die Debatte gelegentlich von längeren Einwürfen aufgelockert, deren Bezug zum Tagungsthema nur schwer auszumachen war.

Aus der Fülle der mehr oder weniger umfangreichen Ausführungen zum eigentlich angezielten Gesprächsschwerpunkt verdienen insbesondere drei Vorträge herausgehoben zu werden. Zum ersten sind dies die ausgesprochen anregenden Überlegungen von *Hubert Laitko* (Berlin) zu den Bildungsanforderungen für eine zukunftsfähige (nachhaltige) Gesellschaft, die sich vielfältigen, neuartigen Herausforderungen gegenüber sieht und die, trotz unvollständiger Kenntnisse über die zukünftigen Wirkungen ihres Handelns, auf diese zu reagieren gezwungen ist. Abgesehen davon, daß die wissenschaftliche Beschäftigung mit den aktuellen und perspektivischen Bedrohungen menschlicher Existenz ganz unzweifelhaft im Vergleich zu heute wesentlich intensiviert werden muß (was eine Vergrößerung der für Forschungszwecke aufgewandten Ressourcen erfordert), verwies *Laitko* vor allem darauf, daß der Vielfalt der Herausforderungen nur mit einer Diversifizierung und Flexibilisierung der Bildungsstrukturen und Bildungsgänge begegnet werden könne. Insbesondere käme es darauf an, gängige (Aus)Bildungsstereotype, die auf eine unmittelbare Verwertbarkeit des Erlernenen fixiert sind, aufzubrechen, ferner wäre der Verbreitungsgrad niveauller naturwissenschaftlicher Bildungsinhalte deutlich zu erhöhen und schließlich gelte es, das Denken in ganzheitlichen Zusammenhängen zu stärken.

In seinem bemerkenswerter Beitrag zum sich gegenwärtig vollziehenden Übergang von der ›Arbeits- beziehungsweise Waren- zur Informationsgesellschaft‹ verdeutlichte *Hans-Gert Gräbe*, wie durch den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien die Stellung des Menschen im Produktionsprozeß umgewälzt wird. Zunehmend werden auch planende und produktionsvorbereitende Tätigkeiten ›Wissenswerkzeugen‹ überantwortet, so daß Produktionskapazitäten zur Befriedigung spezifischer Bedürfnisse entständen, die als Potentiale vorgehalten und je nach Bedarf abgerufen werden könnten. Nach *Gräbe* entsteht dadurch ein neuer Gesellschaftstyp; eine Position, die in der Diskussion allerdings nicht ohne weiteres geteilt wurde. Insbesondere wurde bezweifelt, ob mit den Gegenpolen ›Arbeit‹ beziehungsweise ›Ware‹ und ›Wissen‹ beziehungsweise ›Information‹ tatsächlich die sich vollziehenden Veränderungen mit adäquaten Kategorien belegt werden.

Besondere Aufmerksamkeit erntete auch der Vortrag von *Rainer Land* zur ›Bildungsfunktion alternativer Wirtschaftsmodelle‹, der sich vor allem durch den Versuch der Verallgemeinerung einer Fülle von praktischen Beispielen alternativen Wirtschaftens auszeichnete. Auf dem Weg zu einem ›Perspektivwechsel‹ hin zu einer ›reflexiven Modernisierung‹ kapitalistischer Marktwirtschaften verwies *Land* insbesondere auf eine notwendige Neubewertung des Verhältnisses von ›Erwerbsarbeit‹ und ›Eigenarbeit‹ (wie sie vor allem in Versuchen gemeinschaftlichen Arbeitens und Lebens praktiziert wird), auf kontextabhängige, spezifisch angepaßte Formen integrierter Regionalentwicklung und auf kooperative Netzwerke, die endogene Potentiale mobilisieren und die Ausdruck der Selbstorganisationsfähigkeit von Akteuren sind. Überhaupt nahmen Überlegungen zu Grundlagen, Mechanismen und Formen der Selbstorganisation gesellschaftlicher Strukturen beziehungsweise Akteure in vielfältigen Zusammenhängen einen wichtigen Platz in den Debatten ein.

Am letzten Tagungstag startete der Rohrbacher Kreis gemeinsam mit PDS-Abgeordneten des sächsischen Landtags und deren politischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schließlich noch einen ersten Anlauf zu praktischer Politik(er)beratung – ein bekanntlich überall und immer problematisches Vorhaben. Wie schwierig dieses an sich begrüßenswerte Ansinnen der Kooperation von Wissenschaft und Politik im Detail ist (und sicherlich auch weiterhin bleiben wird), offenbarte sich dann auch postwendend. Kaum war der Referent, *Peter Gärtner* (Leipzig), mit seinem Versuch eines Literaturberichts zur Globalisierungsdebatte zum Schluß gekommen, erntete er auch schon die heftigste akademische Kritik, insbesondere an methodischen Unzulänglichkeiten, aber auch am Mangel einer eigenen (strategisch-politischen) Position. Eines wurde dabei besonders deutlich. Die Diskussion zwischen Politikern und Wissenschaftlern bedarf auf beiden Seiten einer spezifischen gedanklichen Vorbereitung, die vor allem den Kenntnisstand, der jeweils vorausgesetzt werden darf (und muß), sowie das jeweils spezifische Erkenntnisinteresse in Rechnung stellt.

Abschließend bleibt unbedingt zu erwähnen, daß einer der brillantesten Vorträge der Tagung von *Roland Opitz* (Leipzig) zur Liebeslyrik von Alexander Puschkin im kulturellen Rahmenprogramm gehalten wurde.

SIGRID PFEIFFER

Dolly oder das ›andere Ich‹. Zur ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit



Sigrid Pfeiffer – Jg. 1956;
Dr. agr., Diplomingenieur-
ökonomin ist Leiterin des
Studienwerkes der Rosa-
Luxemburg-Stiftung.

Die Ferienakademie in Teterow war die zweite im Leben der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Vom 5. bis 11. März 2001 recherchierten, diskutierten, referierten und fabulierten 35 Stipendiatinnen und Stipendiaten zur ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit in Mecklenburg-Vorpommern. Während vielfältiger Begegnungen war unser Anliegen, Geisteswissenschaften, Natur- und Technikwissenschaften sowie Politik eng zu verknüpfen und Chancen und Risiken von Zukunftstechnologien auszuloten.

Vielfältig und anspruchsvoll zugleich bot das Programm für jeden Geschmack etwas. Für die einen war es die erste Reise nach Mecklenburg-Vorpommern überhaupt, für die anderen die erste Begegnung mit Politikerinnen und Politikern der PDS. Andere wiederum beschäftigten sich erstmals mit dem Thema Ökologie und/oder Nachhaltigkeit. Manche unter den Stipendiatinnen und Stipendiaten sind wiederum bereits Spezialisten auf den Gebieten Informationstechnologie, Gentechnologie oder Ressourcen. Kaum einer und kaum eine war bisher mit Landwirten zusammengekommen.

Die vormals nur durch das Bergingrennen bekannte nette kleine Stadt Teterow wurde aus gutem Grund zum Hauptquartier der Ferienakademie gewählt. Denn Teterow ist nicht mehr nur klein und nett, Teterow hat die für die historische Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns sprichwörtliche Rückständigkeit an den berühmten Nagel gehängt. Das Biomedizin-Technikum Teterow (BMTT) spricht für sich.

Rot-Rotes Regieren

Eingestimmt wurde die Ferienakademie mit einem Besuch in der Landeshauptstadt Schwerin. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten hatten Gelegenheit zu einem Treffen mit der Sozialministerin *Martina Bunge* (PDS) und dem Bildungspolitischen Sprecher der PDS-Fraktion, *Andreas Bluhm*.

Seit der Landtagswahl vom 27. September 1998 sind in Mecklenburg-Vorpommern mehr als zwei Jahre vergangen. Grund genug nachzufragen, was die PDS im Rahmen der 1998 mit der SPD abgeschlossenen Koalitionsvereinbarung geleistet hat.

Das Aufgabenfeld der Sozialministerin, die vor allem durch ihre Sachkenntnis in Rentenfragen bekannt wurde, ist umfassend. Zu ihrem Ressort gehören außerdem die Jugend- und Sportpolitik, die gesundheitliche Versorgung, die allerdings wesentlich durch die Bundesgesetzgebung geprägt wird, die Umsetzung der Renten- und

Pflegeversicherung und des Bundessozialhilfegesetzes, die Familienpolitik und die Politik für Seniorinnen und Senioren und, und... Was hat die Ministerin im Jahr 2000 einbringen können, als sie Vorsitzende der Bundesgesundheitsministerkonferenz war? Auf vieles gab es ermutigende Antworten – wie beim von Mecklenburg-Vorpommern initiierten Beschluß für einen verbesserten Impfschutz –, in manchen Bereichen ist es aber auch weniger gut gelaufen... Das betrifft insbesondere das Gesundheitsreformgesetz.

Bildung ist eine Zukunftsfrage des Landes, meinte *Andreas Bluhm*, deshalb sei Bildungspolitik ein Schwerpunktthema der PDS. Unter anderem wurde erreicht, die Versorgung aller Schulen mit Computern im Landeshaushalt zu verankern, das Sabatical in das Lehrpersonal-konzept aufzunehmen und die paritätische Besetzung der Schulkonferenzen einzuführen. Der Informationsdrang der Stipendiatinnen und Stipendiaten bezog sich vor allem auf den Stand bei der Einführung von Master-Studiengängen und die Hoffnung, daß es in diesem Land auch weiterhin ohne Studiengebühren geht – eine Position, die durchaus nicht unumstritten war.

Ökologische und soziale Nachhaltigkeit – das Thema

Die meisten Bildungsveranstaltungen der Ferienakademie fanden im Biomedizin-Technikum Teterow statt. Eröffnet wurde das Plenum durch *Evelin Wittich*, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Leiterin des Gesprächskreises Nachhaltigkeit. Ökologische und soziale Nachhaltigkeit ist aber nicht nur das Thema für eine Serie von Workshops; überhaupt finden sich im Jahresprogramm mit Seminaren und Tagungen zu Technologiepolitik, Umweltfragen und zur Gentechnologiedebatte viele Veranstaltungen mit Bezug zu diesem Thema. Im Jahre 2002 sei zudem eine größere Konferenz zu ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit geplant. Zu den weiteren Gästen im Plenum gehörten *Wolfgang Methling* (PDS – Umweltminister von Mecklenburg-Vorpommern) und *Horst Klinkmann* (international bekannter Mediziner, Spezialist für künstliche Nieren und Initiator des Kompetenzzentrums für Apherese Teterow).

Klinkmann selbst wurde nach 1990 gedrängt, aus Gründen seiner »systemnahen« politischen Vergangenheit (vorübergehend) die Universität zu verlassen. Nach der Wende arbeitete er auf dem Gebiet der Apherese trotz allem intensiv weiter. Er wurde an namhafte Universitäten der Welt gerufen und zum Präsidenten der Internationalen Blutreinigungsgesellschaft mit Sitz in São Paulo, Brasilien gewählt. Mit seinen Freunden, dem Physiker *Wolfgang Schütt* und dem Bürgermeistermeister »in pathologischer Heimatverbundenheit und mecklenburgischer Dickköpfigkeit« die Idee, in Teterow ein Kompetenzzentrum aufzubauen – mit Erfolg. Daß dieser aber keineswegs unumstritten ist, zeigte das Verhalten der Krankenkassen. Obwohl mit den verschiedenen Methoden der Apherese die Kosten drastisch gesenkt werden können, halten die Krankenkassen nicht viel von Prophylaxe. Der eingeladene Präsident der AOK Mecklenburg zog es vor, nicht zu erscheinen. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten hatten sich auf eine spannende Diskussion mit ihm gefreut ...

Über das Werden von Innovationen läßt sich von *Klinkmann* lernen, daß »Innovation ... immer nur dann bedeutsam sein (kann), wenn die

Mehrheit der Bevölkerung sie für verrückt erklärt«. Bei allen Visionen, die man verfolgen, solle man sich immer ein Eckchen für Spaß reservieren, um die nötige Kraft aufzubringen, und man brauche für die Verwirklichung seiner Visionen Freunde wie nie zuvor (mehr zu den Plänen von Klinkmann unter: >www.bioregion.org<).

Zu Schlußfolgerungen ähnlicher, aber auch ganz anderer Art kam der Umweltminister *Methling* in seinem Referat zum Thema *High-tech und linke Politik*. Ihm ging es vor allem darum zu vermeiden, daß die Risiken von Hochtechnologien einseitig als Umweltrisiken dargestellt werden. Und nicht selten wird versucht, »hier auf Kosten der Umweltpolitik einen Stellvertreterkrieg auszufechten«. Er betonte, wie wichtig der Kontakt zu den Umwelt- und Naturschutzverbänden sei. Auf Fragen von Interessierten, wie das Energieproblem nachhaltig zu lösen sei, sprach er sich für die Sonnenenergie aus. Es ginge um eine solare Wende. Er sei aber dagegen, Forschungen zur Kernfusion generell abzulehnen. Linke Politik darf keinesfalls wissenschafts- und technologiefeindlich sein.

Im Technologiezentrum Warnemünde

Im Oktober 2000 hat das Technologiezentrum Warnemünde e. V. (TZW) sein zehnjähriges Jubiläum begangen. Heute forschen und produzieren dort 60 Unternehmen mit mehr als 400 Mitarbeitern und Spezialisten. Die Stipendiaten überzeugten sich bei einem Besuch davon, wie man im TZW als Existenzgründer eine Geschäftsidee mit Hilfe von staatlichen Förderprogrammen und einem bedarfsorientierten Service verwirklichen kann.

Akteure

Neben den vorwiegend vom Studienwerk eingeladenen Referentinnen und Referenten trugen die Stipendiatinnen und Stipendiaten aktiv durch eigene Beiträge dazu bei, das vielfältige Programm der Ferienakademie zu beleben. Herausragend waren vor allem die Beiträge von *Marko Ferst*, der zusammen mit *Viola Schubert-Lehnhardt* einen Workshop leitete. Er beschäftigt sich seit mehr als zehn Jahren mit ökologischen Fragen und mischt sich immer wieder in die Debatte um Ökologie und Nachhaltigkeit ein. Er ist bekannt durch zahlreiche aufrührerisch anmutende Artikel. Und er will anrühren und aufrühren; zu wenig bekannt sind seine Gedichte. Für den Workshop zum Thema *Wie viel Biomaterial paßt in einen Menschen?* hatte *Ferst* einen Umwelt-Quiz erarbeitet, bei dem die Teilnehmer ihren Wissensstand selbst überprüfen konnten. Als Sieger nach Punkten ging *Dirk Hofmeister* aus Leipzig hervor.

Der Vortrag von *Viola Schubert-Lehnhardt Über die Selbstbestimmung der Frau(en) angesichts moderner Reproduktionstechnologien* bot viel Zündstoff. Er wurde ergänzt durch die Referate von *Gundula Stein* (Potsdam) *Menschenwürde bei Klonen* und *Andreas Korpás* (Berlin) *Mensch – Person – Rechte*. Mit einem Beitrag kommentierte der Jurastudent *Carlos Katins* diesen Problembereich.

In einem weiteren Workshop ging es um *Technik und Zukunft*. *Torsten Bergt* (Freiberg) präsentierte Untersuchungen zum Einfluß chemischer Verfahrenstechniken auf zukünftige Entwicklungen und *Jens Ludwig* (Göttingen) referierte über den Nutzen der Wissen-

schaften in der Gesellschaft. Dieser Workshop wurde unterstützt von den beiden Vertrauensdozenten *Reinhard Schmidt* und *Heinz-W. Eberl* (beide Fachhochschule Mittweida).

Immer wieder wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern kritisch die Darstellung der ökologischen und sozialen Betrachtungsweise bei allen dargestellten wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Erfolgen eingefordert. Der Humanontogenetiker *Karl-Friedrich Wessel* (Berlin) thematisierte in seinem Referat die Komplexität menschlichen Seins und die zeitliche Dimension aller Existenz. In seinem anschaulichen Vortrag *Genetik und Humanontogenetik im 21. Jahrhundert* machte er auf die Risiken, die sich aus der angewandten Gentechnologie ergeben, aufmerksam. Aber er legte auch besonderes Augenmerk auf die vielfältigen Möglichkeiten, die sich aus den neuesten Forschungsergebnissen ergeben, wie beispielsweise aus der Entschlüsselung des menschlichen Genoms.

Was lag schließlich in einer landwirtschaftlich geprägten Region näher als ein Rundtischgespräch mit Praktikern zum Thema *Wer hat Schuld an BSE?* Die Diskussionen zum Thema BSE, MKS und anderen Tierseuchen rissen nach dem abendlichen Gespräch mit dem Leiter des Milchhofes Alt Sührkow und der Amtstierärztin von Güstrow bis zum Ende der Ferienakademie nicht ab. Mancher Stein wurde da ins Rollen gebracht.

Abschied vom Biomedizin-Technikum Teterow

Den Höhepunkt der Ferienakademie bildete die Podiumsdiskussion am letzten Tag im BMTT mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, *Helmut Holter* (PDS) zum Thema *Chancen und Risiken von Zukunftstechnologien* und weiteren Teilnehmenden. Mitregieren ist – nach *Holter* – eine Herausforderung, bei der die Partei schließlich danach beurteilt werde, was sie erreicht habe, nicht nach dem, was sie wolle. Über das Schweriner Bündnis für Arbeit soll es gelingen, Arbeitsplätze zu schaffen, möglichst im Konsens mit den Gewerkschaften. Nach dem gelungenen Rostocker Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor geht es nun um weitere regionale Modellprojekte. Programme wie »Jugend baut« sollen dazu beitragen, mehr jungen Menschen eine Perspektive im Land zu geben.

Die Region

In der Universitätsstadt Greifswald stellte sich eine Gruppe von Stipendiatinnen und Stipendiaten im Dezernat für Studienangelegenheiten bei Regierungsrätin *Monika Hädel* vor. Für die Regierungsrätin war dies die erste StipendiatInnengruppe einer Stiftung, die an der Uni erschien. Eine weitere Gruppe wurde von *Hartwig Frank* mit dem Osteuropa-Projekt der Universität vertraut gemacht.

Mit dem Besuch der Barlach-Stadt Güstrow und einer sachkundigen Führung durch das Atelierhaus, in dem ein Teil der Kunstwerke *Ernst Barlachs* ausgestellt sind, rundete sich das Bild von Mecklenburg-Vorpommern.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau



Foto: Henrik Pohl

Wolfgang Sabath – Jg.
1937, Journalist und Autor,
Berlin.

Nun also sind die Tausender verpulvert, und Gregor Gysi ist – natürlich – nicht Regierender Bürgermeister von Berlin geworden. Und ich halte es nicht einmal für ganz ausgeschlossen, daß er insgeheim sogar froh darüber sein könnte. Weil es mir nämlich an ausreichend Phantasie gebricht, mir vorzustellen, es könne einem Sozialisten – sei er nun ein demokratischer oder ein ademokratischer – Spaß machen, den politisch versifften Berliner Laden zu übernehmen. Aber Genaues weiß man natürlich nicht. Zumal die etatmäßigen Befürworter von PDS-Regierungsbeteiligungen oder -duldungen verschiedenster Art selten in Argumentationsnöte kommen, »eine Partei, die was verändern will, muß ...« und so weiter, wir kennen die Melodei, wir kennen die Genossen Verfasser. Aber manchmal lassen wir uns (wer von uns nicht korrumpierbar ist, vortreten!) ja schon ruhigstellen, wenn wenigstens die oppositionelle Optik der PDS stimmt und wenn sich in Ämtern und Funktionen befindliche Genossinnen und Genossen wenigstens wehren, wenn sie von anderen Parteien angezählt werden. Das sei doch selbstverständlich? Mitnichten. Als zum Beispiel der Generalsekretär des ZK der Deutschen Sozialdemokratie, Franz Müntefering, die PDS wegen ihrer Antikriegshaltung mit einem Bann belegte, ging zum Beispiel deren Fraktionsvorsitzender im Bundestag mit einer für meinen Geschmack lahmen Erklärung darauf ein. In der war das Wort »Überreaktion« noch die stärkste Vokabel. Aber unsereiner hat vermutlich nur nicht den richtigen Durchblick.

Es war zu erwarten gewesen, daß die Kriegsbefürworter den Linken wiederum Antiamerikanismus vorwerfen würden. Doch die konnten aus zweierlei Gründen gelassen bleiben: Erstens, weil sie seit Jahrzehnten daran gewöhnt ist, und zweitens, weil sie sich auch mit pro-

minuten »Anti-Amerikanisten« außerhalb ihrer Reihen einig wissen konnte, nicht wenige davon kamen – aus Amerika. Unter diesem Blickwinkel wirkt das deutsche Ulrich-Wickert-Skandalchen ausgesprochen lächerlich. Wir erinnern: W. hatte einen F.A.Z.-Artikel der indischen Autorin Arundhati Roy, in dem diese – ich verkürze sehr – Osama bin Laden zu einem illegitimen Sohn Bushs erklärte, zum Anlaß genommen, sich seinerseits in einem »Max«-Beitrag zu fragen, wie die Frau wohl zu diesem Urteil gekommen sein könnte. Wickert: Bush habe die gleichen Denkstrukturen.

Wir haben verfolgen können, wie sie über ihn herfielen. Allen voran pflichtschuldigst die CDU mit ihrer DDR-Altlast Merkel an der Spitze. Da müssen uns ja nicht gleich die Tränen kommen, aber daß bei dieser Frau, die doch vermutlich ihre Erfahrungen mit DDR-Presse noch nicht vergessen haben dürfte, nicht ein Alarmglöckchen anschlug, verwunderte. Oder doch nicht? Bemerkenswert war auch, wie wenige von Wickerts Fernseh- und Journalistenkollegen sich trauten, ihm öffentlich beizustehen. Peinlich, peinlich.

Eine ganz andere Art von Peinlichkeit kam aus dem neuen Gewerkschaftsverband ver.di. Dort waren für den Vorstand stattliche Einkommen beschlossen worden, der Vorsitzende Frank Bsirske beispielsweise soll 400 000 Mark Jahreseinkommen erhalten. Zur Stunde vermag ich nicht zu sagen, ob die Bosse – ganz früher sagte man Bonzen – diese Abzocke wirklich durchziehen werden. Doch unabhängig von eventuellen neuen Entscheidungen in dieser Angelegenheit: Die Argumentation der Berliner ver.di-Funktionärin Stumpfenhausen gehört ins Poesiealbum der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Die Gewerkschaftsvertreter müßten bei Verhandlungen mit Industrie und Wirtschaft in der Lage sein, auf »gleicher Augenhöhe« zu verhandeln. Augenhöhe = Gehalt? Na, wenn das so ist ... Auch der Umstand, daß die ver.di-Mitglieder nicht zuhauf gegen ihre augenhohen Bonzen rebellierten oder austraten, sagt etwas über den Zustand der Gewerkschaftsbewegung aus – Hundt & Henkel, freuen Sie sich!

Im Berichtszeitraum hatte der PDS-Vorstand ein Personalproblem: Die Chefin entließ den langjährigen Pressesprecher Harnisch, von dem immer angenommen wurde, er genieße Bestandsschutz. Denn er hatte seit zehn Jahren alle Chefs überlebt und galt als bunter Vogel. Er war wohlgehten bei allen Journalisten. Das ist natürlich ein gutes Gefühl, aber es scheint nicht ausgeschlossen, daß er an manchem eben doch zu dicht dran war. Die Folge: Fast alle deutschen Zeitungen haben die dpa-Meldung übernommen oder sie mit eigenen Kommentaren aufgewertet. Das erschien mir ziemlich unüblich. Der Solidarität seiner früheren Partner durfte sich der umtriebige Harnisch sicher sein, ich jedenfalls las zwar in etlichen Kommentaren, daß H. H. zum Beispiel bei Statements seiner Chefin die Augen verdreht habe, aber in keinem wurde kritisch angemerkt, daß das eigentlich nicht angehe. So sehr mochten sie ihn, diese Helden, die sich in die Hosen machen oder sich rasch einen neuen Anzug kaufen, wenn sie ihr Chefredakteur zu sich beordert. Jens König schrieb in der taz (dort allerdings mag man vor Chefs weniger buckeln als anderswo): »Vom Frieden, der in der PDS gerade ausgebrochen ist, hat Harnisch nichts mehr gehabt. Das nennt man – Kollateralschaden.«

Übrigens: Bald ist Weihnachten.

Walter Friedrich, Peter Förster,
Kurt Starke (Hrsg.):
Das Zentralinstitut
für Jugendforschung Leipzig
1966-1999. Geschichte,
Methoden, Erkenntnisse,
edition ost Berlin 1999,
583 S. (49,80 DM)

Zu den Eigenheiten des DDR-Staatssozialismus gehört der Unwillen der SED-Führung, die gesellschaftliche Wirklichkeit im Lande so zur Kenntnis zu nehmen wie sie war. Die eigenen Idealvorstellungen vom Leben in der DDR und damit auch des vermeintlichen Bewußtseins wichtiger gesellschaftlicher Gruppen bestimmten ihre politischen Entscheidungen. Da interessierte wenig, ob es meßbare Zustimmung zur Politik der Führung gab oder nicht. Diese Ignoranz findet nun über weite Strecken ihre Wiederkehr in der ebenso ideologisch-politisch motivierten »Aufarbeitung« der DDR-Geschichte durch die westlich dominierte gesamtdeutsche Wissenschaft und Politik. Nur unter umgekehrten Vorzeichen.

Da ist es gut, daß sich Wissenschaftler des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig (ZIJ) mit einem umfangreichen und aussagefähigen Sammelband zu Wort melden. Sie erinnern daran, daß es trotz dieser Blindheit der SED-Führung zu Zeiten des Neuen Ökonomischen Systems im Politbüro, namentlich bei *Ulbricht*, Aufgeschlossenheit für eine wissenschaftliche, soziologische Forschung gab. Die Gründung des Instituts für Meinungsforschung beim ZK der SED¹ 1964 wie auch des ZIJ 1966 waren Konsequenzen. In Leipzig arbeiteten bis zu 100 Mitarbeiter, davon mehr als die Hälfte Wissenschaftler. »Nach dem Mauerbau sah sich die politische Führung in der Lage, mehr für die Stabilisierung der inneren Bedingungen im Lande tun zu können.« Soziologie war nicht mehr bürgerliche »Afterwissenschaft«, sondern schien zur Politikberatung geeignet. »Die Jugend als eine Querschnittsgruppe der Gesellschaft widerspiegelt deren Probleme oft in zugespitzter Form«, machte nicht zuletzt ein kooperatives Herangehen möglich, was sich auch in der Arbeit des ZIJ mit seinem sozialpsychologisch-soziologischen Ansatz niederschlug (vgl. S. 14 f.).

Anschaulich schildern *Friedrich, Förster* und *Starke* die Probleme eines Instituts, das mit seinen Untersuchungen unmittelbar in der Lage zu sein schien, Ergebnisse und Akzeptanz der an höchster Stelle beschlossenen und realisierten Politik zu bewerten. Vorteil war, daß der Jugend seitens der SED-Führung stets besonderes Augenmerk geschenkt wurde und die Erwartungen an den Erfolg der gesellschaftsverändernden Politik genau auf diese Generation gerichtet waren. Dem ZIJ ging es um Forschungen, die »nicht nur akademische Interessen befriedigen, sondern den gesellschaftlichen Entscheidungsträgern korrekte (! – SB.) Analysen zur sozialen und geistigen Lage der Jugend zur Verfügung stellen, um damit die Grundlagen der Jugend- und Bildungspolitik zu qualifizieren«. Es wollte sich »nicht politisch heraushalten, nicht systemneutral sein, sondern (sich) ... einmischen, sie (die Gesellschaft – SB.) wirklich voranbringen« (S. 26).

Gerade deshalb sind die dargestellten Beispiele etwa des Kleinkrieges mit dem Volksbildungsministerium und ihrer Chefin, die zugleich Frau des Generalsekretärs war, bezeichnend. Publikations- und Befragungsverbote, Zensur der Fragestellungen gehörten zum Alltag der Wissenschaftler, die sie immer wieder auch zu umgehen verstanden. Preis dieser politischen Bevormundung und der Wissenschaftsfeindlichkeit der SED-Führung namentlich unter *Honecker* war eine begrenzte Wirksamkeit des ZIJ. Andererseits zeigen über 400 Studien die unterschiedlichen Herangehensweisen von DDR-Funktionären in ihren Verantwortungsbereichen. Während die Schüler weitgehend tabu blieben, gaben sich Berufsausbildung sowie Hoch- und Fachschulen offen für Untersuchungen. Bezeichnend ist, daß die geographische Ferne zur Berliner Machtzentrale und *Honeckers* Desinteresse an solchen Forschungsergebnissen das Überleben der Einrichtung bis über das Ende der DDR hinaus ermöglichten.

Im Sammelband werden wichtige Forschungsergebnisse und -felder des ZIJ vorgestellt: weltanschauliche Positionen der Jugend (*Friedrich*), Geschichtsbewußtsein (*Wilfried Schubarth*), Studenten (*Gustav-Wilhelm Bathke/Kurt Starke*), Jugend und Arbeit (*Barbara Bertram*), Kultur und Medien (*Bernd Lindner/Dieter Wiedemann*), Freizeitverhalten (*Peter*

Voß), Geschlechter- und Frauenfrage (Uta Schlegel), Partner- und Sexualverhalten (Kurt Starke/Konrad Weller), Familien und junge Ehen (Arnold Pinther), Intelligenz und Kreativität (Hans-Georg Mehlhorn), Begabte und Hochbegabte (Käte Pollmer), Zwillinge (Walter Friedrich). Dazu kommen Aufsätze zu Forschungsdesign und -organisation sowie zu Wissenschaftskooperation.

Hervorzuheben ist der Aufsatz von *Peter Förster* zur Entwicklung des politischen Bewußtseins der DDR-Jugend 1966/89, der am ehesten entschlüsselt, warum das ZIJ weder in der DDR noch im vereinten Deutschland eine echte Chance bekommen durfte. Die Einstellungen zur DDR, zur Bundesrepublik und zur deutschen Einheit, aber auch zum Sozialismus, zur SED, zum Marxismus-Leninismus, der Sowjetunion und zur Verteidigung der DDR durchzogen als Fragestellung die vielfältigen Erhebungen, die in diesem Zeitraum repräsentativ erhoben wurden. Denn die vielschichtigen Aussagen paßten und passen in kein Klischee von der DDR mit strikter Ausrichtung und Unterordnung ihrer Bevölkerung einschließlich der Jugend unter die SED-Herrschaft, erst recht nicht in ein Konzept, das von permanenter Repression und Manipulation ausgeht. So arbeitet *Förster* auf der Grundlage der Erhebungen Hauptlinien der Veränderung des politischen Bewußtseins der DDR-Jugendlichen heraus. »Bereits Anfang der 60er Jahre herrschten bei der Mehrheit der 14- bis 18jährigen Schüler und Lehrlinge ... positive Einstellungen zu den propagierten sozialistischen Zielen und Werten vor.« »Seit Beginn der 70er Jahre war bei allen Gruppen und Schichten der Jugend eine deutliche Konsolidierung sozialistischer Überzeugungen und Wertorientierungen zu beobachten, ein politischer Mentalitätswandel im Sinne sozialistischer Ziele und Werte. Mitte der 70er Jahre identifizierte sich die Mehrheit der Jugendlichen mit der DDR und dem sozialistischen System überhaupt.« »Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre stagnierte dann das Anwachsen zustimmender Einstellungen in vielen Bereichen der Bewußtseinsentwicklung.« »Ab 1987/88 spiegelte sich ... eine Endzeitstimmung wider. Die regressiven Tendenzen gingen geradezu in einen Verfall der Identifikation mit den sozialistischen Werten über – subjektive Widerspiegelung der

sich weiter zuspitzenden politischen Krisensituation, in welche die SED-Spitze das Land geführt hatte« (S. 78/79).

Gerade mit letzteren Befunden suchten die Wissenschaftler um *Friedrich* im Wendejahr 1989 die SED-Führung und hier die ihnen besonders verbundenen alten FDJ-Funktionäre zu einem Kurswechsel zu bewegen. Der Erfolg war gering.

Der Herbst 1989 war für sie eine Herausforderung. Ohne politische Gängelei stellten sie sich den rasch umschlagenden Stimmungen und organisierten eine Reihe aussagefähiger Umfragen während der entscheidenden Monate 1989/90 zwischen Wende und Anschluß. Endlich konnten auch in breitem Umfang Kooperationen mit westlicher Partnern aufgenommen werden.

All das sicherte ihr Überleben nicht, wie die Wissenschaftler verbittert feststellen. Ihre Forschungen waren für die westliche Seite nicht von Interesse. So sang- und klanglos wie 21 Jahre zuvor *Honecker* das Meinungsforschungsinstitut auflöste, wurden sie nun von den neuen Machthabern und ihren eifertigen Ostpartnern Ende 1990 per Telefonanruf aufgelöst. Einzelnen schlugen sich die Wissenschaftler seitdem durch, Projekte besonders in den neunziger Jahren griffen auf ihre breite Datenbasis zurück. Die Unterlagen zu den Erhebungen stehen im Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung, Köln, immerhin der Wissenschaft noch zur Verfügung.

In seinem Nachwort anerkennt *Hartmut M. Griese*, Professor an der Universität Hannover, den Sammelband als »eine Art Denk-Mal... Denn das Institut ist längst ›tot‹. Es wurde im Zuge der Einheit Ende 1990 liquidiert und hatte keine Chance zum Überleben, nicht mal zur fairen Evaluierung durch eine neutrale Instanz. Was nicht sein sollte, durfte im Einheitsdeutschland nicht sein. Hinterblieben sind jedoch die Forschungsarbeiten. Sie leben und wirken nach der politischen ›Entsorgung‹ dieses Instituts quasi weiter« (S. 556).

STEFAN BOLLINGER

1 Vgl. Heinz Niemann: Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED, Köln 1993; Ders.: Hinterm Zaun. Politische Kultur und Meinungsforschung in der DDR – die geheimen Berichte an das Politbüro der SED, Berlin 1995.

Caroline Gerschlager,
Ina Paul-Horn (Hrsg.):
Gestaltung des Geldes,
Metropolis-Verlag Marburg 2000,
318 S. (58 DM) (I)

Michael North:
Kommunikation, Handel, Geld
und Banken in der frühen Neuzeit,
R. Oldenbourg Verlag München
2000, 134 S. (29,80 DM) (II)

Sammelbände besitzen den Vorzug, unterschiedliche Positionen verschiedener Autoren »unter einem Dach« zu vereinigen. Der thematisierte Gegenstand wird so aus mehreren Perspektiven betrachtet, »durch die Brille« verschiedenartiger Paradigmen und Methoden. Als besonders produktiv erweist sich diese Darstellungsform dann, wenn die einzelnen Autoren auch auf die Meinungen der anderen Autoren eingehen und das Thema somit im Diskurs behandelt wird. Weniger leserfreundlich sind dagegen Publikationen, wo die einzelnen Beiträge unvermittelt nebeneinander stehen. Und ganz schlimm wird es, wenn dabei nicht nur von unterschiedlichen Positionen aus argumentiert wird, sondern darüber hinaus auch noch die gleichen Begriffe in unterschiedlicher Diktion verwendet werden, wie in im vorliegenden Buch von *Gerschlager/Horn*(I) der Fall.

Der von *Caroline Gerschlager* (Wien) und *Ina Paul-Horn* (Klagenfurt) edierte Band enthält zwölf Aufsätze namhafter Autoren zum Geldverständnis unserer Zeit. Das inhaltlich Verbindende dieser Texte ist ihre Kritik an der neoklassisch-orthodoxen Fassung des Geldes als »Tauschmittel« und der hierin zum Ausdruck kommenden Beschränkung desselben auf (s)eine ökonomische Funktion. Dem wird der Versuch entgegengesetzt, die Frage nach dem Wesen des Geldes anders zu deuten und umfassender zu beantworten, das heißt, neben der ökonomischen Rolle des Geldes auch seine politische und soziale Dimension zu erfassen. So sehr dieses Anliegen zu begrüßen ist, die hier publizierte Darstellung wird ihm nicht gerecht. Die Schwächen der gewählten Publikationsform dominieren das Ganze dermaßen, daß der fruchtbare theoretische Ansatz beinahe

droht verloren zu gehen. So muß der Leser mit dem Stoff schon sehr vertraut sein, um herauszufinden, daß der konzeptionell maßgebende Text sich auf den Seiten 213 ff. findet. Nur hier nämlich wird hinreichend deutlich, daß das Geld sowohl als Ausdruck des ökonomischen Tausches als auch als Ausdruck sozialer Beziehungen aufgefaßt wird. Überzeugend weist die Autorin (*Gerschlager*) nach, daß die neoklassische »Geldtheorie« auf einem rein »funktionalistischen Geldkonzept« (S. 223) beruht und schon von daher gar nicht in der Lage sei, das Geld kategorial als Ausdruck sozialer Beziehungen respektive Verhältnisse zu begreifen. Die Autorin stellt zwei »heterodoxe Ansätze« vor, von Michel Aglietta und Philip Mirowski, die dann in den nachfolgenden Texten vertieft werden. Diese zielen darauf ab, die tauschparadigmatisch verengte Sicht auf das Geld durch spezifische, den modernen Formen des Geldes gerecht werdende Erweiterungen zu überwinden. Nicht ganz klar wird dabei jedoch der Zusammenhang dieser Überlegungen mit den in den ersten Aufsätzen des Bandes erfolgten Darlegungen. Läuft hier alles darauf hinaus, das Geld als »soziale Beziehung« (S. 213) zu fassen, so erscheint es vorn, zum Beispiel in dem programmatischen Beitrag von *Peter Heintel* mit dem Titel »Was ist Geld?«, als ein »Medium« in der Form eines »Dings« (S. 23 f.). Als »transzendente Voraussetzung anonymer ökonomisierter Kommunikation« (S. 23) ist es mithin an bestimmte Kommunikationsformen gebunden, letztlich an den Tausch, worunter der Autor jedoch viel mehr faßt als den »Warentausch«. In diesem Kontext werden dann Formen und Folgen des »Geldbesitzes« erörtert, wobei »Besitz« hier für Eigentum steht, was besonders irritierend ist, da die Autoren des nachfolgenden Textes (*Gunnar Heinson und Otto Steiger*) gerade auf diese Unterscheidung größten Wert legen, ja sie sogar zur Grundlage ihres theoretischen Ansatzes machen! Geradezu absonderlich mutet es an, wenn der Autor (*Heintel*) sich über Zeit- und Kreditgeschäfte äußert und bei den Banken »brach« liegende Geldreserven zu entdecken glaubt (vgl. S. 57).

Erfreulicherweise sind zwei Beiträge marxistisch orientiert: *Arno Bammé* (Klagenfurt) beschäftigt sich mit dem Verhältnis von Werttheorie und Finanzmarktphänomenen bei Marx

und *Suzanne de Brunhoff* (Paris) mit dem Verhältnis von finanz- und realwirtschaftlichem Bereich. Der erste Text stellt ein schlüssig formuliertes, kenntnisreiches Plädoyer für Marx und die Marxsche Erklärung der kapitalistischen Gesellschaft dar, weist jedoch zwei entscheidene Schwachpunkte auf: Zum einen besteht der Text größtenteils aus Zitaten (mit und ohne Anführung), wobei im einzelnen kein Quellenachweis erfolgt. Trotzdem ist der Text nicht frei von Fehlern. So wird beispielsweise die Marxsche Wertmaßfunktion als »Maßstab der Werte« und »Messfunktion« fehlgedeutet (vgl. S. 96). Und auf Seite 104 werden Zirkulations- und Zahlungsmittel als »Hauptfunktionen des Geldes« bezeichnet, was sie bei Marx gerade nicht sind. Zum anderen ist der Text in dieser exegetischen Form wenig originell. Fast gleichlautende (!) Abhandlungen finden sich in jedem beliebigen marxistischen Lehrbuch der Politischen Ökonomie und können dort bei Bedarf nachgeschlagen werden. Besser wäre es gewesen, den Marxschen Ansatz dazu zu benutzen, aktuelle monetäre Erscheinungen politökonomisch und sozialwissenschaftlich zu erklären. Dazu aber findet sich hier so gut wie nichts.

Der zweite marxistische Text zielt auf die Wertbestimmung des Geldes ab. Der Autorin zufolge handelt es sich dabei um eine Frage real existierender Widersprüche im Produktionsprozess. Neben zutreffenden Einsichten finden sich auch hier fragwürdige Aussagen. So wird zum Beispiel davon gesprochen, daß Banken Kreditrückzahlungen in barer Form verlangen (vgl. S. 127), was blanker Unsinn ist, oder daß der Staat Zentralbankgeld emittieren würde, was ebenfalls nicht stimmt.

Der gelungenste Artikel des Bandes stammt von *Wolfgang Edelmüller* (Wien) und beschäftigt sich mit Interpretationsmustern von Geld und Finanz im modernen Kapitalismus. Der Autor diskutiert verschiedene theoretische Ansätze, plädiert letztlich aber für eine Rückbesinnung auf Keynes. Als Hauptargument führt er an, daß die Unsicherheit für die Erklärung des Zinses an Bedeutung gewinne und eine moderne Theorie des Geldes diesem Tatbestand Rechnung tragen müsse. Auch für *Edelmüller* ist das Geld ein Medium, aber der »Vermögenssicherung«, womit er sich begrifflich vom Geldbegriff des ersten Beitrages deutlich abgrenzt.

Das Buch von *Michael North* (II) stimmt inhaltlich, trotz seiner wirtschaftshistorischen und damit ganz anderen Diktion, mit dem Grundanliegen der hier zu ersten besprochenen Publikation überein. Auch hier wird davon ausgegangen, daß das Geld mehr ist als nur ein Mittel des Gütertausches, indem es als ein Mittel der Kommunikation bestimmt wird. Reich an Beispielen und Quellen vermittelt der im Rahmen der Enzyklopädie deutscher Geschichte erschienene Band einen hervorragenden Überblick über die Veränderungen des Geldwesens zu Beginn der Neuzeit. Die Erweiterung des Wirtschaftsraumes und die Verlagerung des Schwerpunktes des Handels vom Mittelmeer zum Atlantik wandelten die europäischen Kommunikations- und Handelsstrukturen grundlegend. Dies blieb nicht ohne Einfluß auf die Geldsysteme, die Währungen, die Kreditbeziehungen. Ja, schließlich leitete dieser Prozess die Herausbildung des modernen Geldes ein, so daß nicht wenige Zahlungs-, Kredit- und Währungsformen bis heute auf diese Veränderungen im 16. und 17. Jahrhundert zurückverfolgt werden können.

Die Lektüre dieses Buches dürfte für Ökonomen wie für Historiker gleichermaßen fruchtbar sein, insbesondere auch wegen der Vielzahl an interessanten Details, welche der Autor versteht dem Leser, wie schon in seiner »Geldgeschichte« von 1994 (vgl. UTOPIE kreativ Nr. 54/1995), nahe zu bringen.

ULRICH BUSCH

Wilfried Glißmann, Klaus Peters:
Mehr Druck durch mehr Freiheit.
Die neue Autonomie in der Arbeit
und ihre paradoxen Folgen,
VSA Verlag Hamburg 2001,
198 S. (29,80 DM)

Das vorliegende Buch des Vorsitzenden des Betriebsrats von IBM Düsseldorf, *Wilfried Glißmann*, und des Philosophen *Klaus Peters* hat einen großen Vorzug und drei Probleme: Sehr positiv ist die Praxisnähe der Autoren, aus der sie die Folgen und den Umgang mit den neuen Arbeits(zeit)/Managementformen beschreiben. Leider sind sie aber – erstens –

Anhänger der Systemtheorie, was sich nicht nur im Beitrag »Thesen zur Selbstorganisation« (S. 159-172) von *Klaus Peters* negativ niederschlägt, auch wenn ein radikaler Konstruktivismus abgelehnt wird (vgl. S. 70-74). Zweitens ist es ein Sammelband von Vorträgen und Artikeln, so daß es teilweise zu Wiederholungen kommt und der rote Faden zum Teil verloren geht. Und drittens argumentieren sie nicht immer konsequent, mitunter auch widersprüchlich.

Das alte Organisationsmodell von Command-and-Control spielt in dieser Form keine Rolle mehr und wurde durch »neue Managementmethoden« abgelöst, die den Arbeitern neue Freiheiten einräumen, indem »von abhängig Beschäftigten unternehmerisches Handeln[,] Selbstständigkeit, eigenverantwortliche Entscheidungen und Risikobereitschaft erwartet werden«. Diese neuen Managementformen sollen »eine qualitative Veränderung in der Organisation von Unternehmen sein, die neue Herausforderungen mit sich bringen und eine qualitativ neue Antwort verlangen auf die Frage, wie in Zukunft Arbeitnehmerinteressen wahrgenommen und Gegen-machtpositionen entwickelt werden können« (S. 18).

Es ist nicht mehr so, wie noch unter dem System von Command-and-Control, daß den Arbeitern qua Befehl eine bestimmte Aufgabe, beispielsweise Autos zusammenzuschrauben, gegeben wurde, die sie zu erbringen haben. Die Betriebe sind vielmehr dazu übergegangen, die Arbeiter direkter den Sachzwängen der (Welt)Marktkonkurrenz auszusetzen, in denen ihnen erstens der Auftrag gegeben wird »Macht was ihr wollt, aber seid profitabel!« (S. 42) Diesen Auftrag sollen sie zweitens selbstorganisiert umsetzen – und wenn das nicht gelingt, wird dieses Betriebssegment geschlossen.

Hierdurch ergibt sich erstens die Situation, daß die Kollegen dazu übergehen, die Arbeits-hetze untereinander selbst zu betreiben aus der Angst, sonst arbeitslos zu werden. Für sie wird »das Leben zu einem ständigen Kampf um das Überleben meiner Funktion und meiner Unternehmenseinheit« (S. 65). Und dementsprechend entwickelt sich ein »Mechanismus des ›peer-to-peer-pressure‹« (S. 69). Dieser Dauerkampf um den eigenen Arbeitsplatz führt dazu, daß die Arbeit über jedes Maß intensi-

viert und extensiviert wird – das ist die hochgelobte neue Freiheit und die geforderte Kreativität. Zweitens werden die Arbeiter dadurch dazu gezwungen, zu sich selber den Standpunkt des Managers einzunehmen. »Ich als Selbstmanager manage die ›Ressource Ich‹« (S. 129) – eine dauerhaft schizophrene Situation.

Eigentlich müßte man aus all dem schließen, daß – wenn die Arbeit so organisiert ist, daß die Kollegen sich andauernd überarbeiten müssen und vom Management indirekt dazu gezwungen werden, die eigene Gesundheit innerhalb von kürzester Zeit zu ruinieren – es die einzig sinnvolle Konsequenz wäre, gegen diese Hetze anzugehen; daß also der alte Klassenkampf von unten (wieder) aktiviert wird und den Kapitalen eine Arbeitsintensität und -extensität abgezwungen wird, die ein (Über) Leben der Arbeiter ermöglicht. *Gleißmann* und *Peters* halten jedoch daran fest, daß die neue Freiheit – welche ja darin besteht, wie sie selber erklärten, sich über jedes Maß zu verausgaben – »positiv und zu begrüßen« (S. 61) und demnach zu erhalten sei. Schließlich sei der »Motor für die Erhöhung des Leistungsdrucks ... nichts anderes ... als das Selbstständigkeitsbedürfnis der abhängig Beschäftigten selbst« (S. 39).

Vom Betriebsrat bei IBM Düsseldorf wurde im November 1997 ein »Monat der Besinnung« und im November 1998 die Aktion »Meine Zeit ist mein Leben« durchgeführt, in denen »die Aneignung der Fähigkeiten der Selbstständigkeit und das Umgehen mit den aufgezeigten Problemen befördert« (S. 138) werden sollte. Es ging um die Fragen »Was liegt wirklich in meinem Interesse? Und was ist nur im Unternehmensinteresse?« (S. 139), wobei »die wichtigste Frage lautet: ›Was ist wirklich gut für mich?‹« (S. 139). Zu diesem Zweck wurden unter anderem Texte geschrieben, auf die die Kollegen anonym reagieren konnten und später wurden dann auch die Gefühle und die Hetze direkt in Betriebsversammlungen angesprochen. So wurde ein »Raum von Gegenmacht geschaffen, ... der unbedingte Voraussetzung dafür ist, daß solche Verständigungsprozesse im Betrieb stattfinden können« (S. 141). So könne man letztendlich die »tariflichen, betrieblichen und gesetzlichen Regelungen, ... die Rahmenbedingungen

schaffen, daß die einzelnen Individuen ihre eigene Individualität und ihr eigenes Maß gegen die Maßlosigkeit der unternehmerischen Anforderungen behaupten können« (S. 142). Dies ist für die Autoren deshalb so wichtig, da »diese neuen Verhältnisse auf die Unbegreiflichkeit einer Eigendynamik setzen, weshalb ...das Begreifen dieser Dynamik ein Eingriff in die Prozesse selber und nicht nur ein Zurücktreten und Darübereinanderdenken« (S. 173 f.) sei.

Es läßt sich abschließend festhalten, daß das Buch trotz seiner Mängel hochinteressant und lesenswert ist. Allerdings ist es höchst zweifelhaft, wenn die Autoren allen Ernstes meinen, daß »aus der Kraft der Lawine selbst die Kräfte für die Entwicklung von Gegenmacht« (S. 177) entwickelt werden könnten.

ALJOSCHA JEGODTKA

Bernhard Claußen, Wolfgang Donner, Gerhard Voigt (Hrsg.):
Krise der Politik – Politische Bildung in der Krise? Diskurse im Kontext von Globalisierung und Ost-West-Perspektiven,
 Galda+Wilch Verlag
 Glienicke/Berlin; Cambridge/Massachusetts 2001,
 534 S. (98 DM)

Wer angesichts der inflationären Verwendung des Krisenbegriffs heute im Alltagsleben, in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft sowie der im letzten Jahrzehnt erschienenen Flut von Literatur (über Finanz- und Währungskrisen, ökologische Krisen, globale Krisen, Krisen der Parteien und der Sozialsysteme, Krisen des Individuums, der Jugendlichen und der Lehrer, über Theaterkrise, Dopingkrise usw.) den Mut hat, einen umfangreichen Band zu Krisenproblemen herauszugeben, der muß erstens wirklich Wichtiges, bisher nicht umfassend Erörtertes vorbringen und er muß zweitens dies in zugespitzter, ja provokativer Weise tun. Beides kann den Herausgebern bescheinigt werden.

Die unter Federführung des u. a. durch eine Vielzahl von Veröffentlichungen bekannten Hamburger Didaktikers der Politischen Bildung, Prof. Dr. *Bernhard Claußen*, zusammengefaßten Beiträge (vor allem von Hochschullehrern aus dem pädagogischen Bereich) stellen Materialien aus der Zusammenarbeit zwischen der Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern und dem Verband der Politiklehrenden dar. Zum Teil sind sie Bearbeitungen und Ergänzungen einer größeren Tagung zum Thema des Bandes. Der Verlag eröffnet mit ihm gleichzeitig eine neue Reihe unter der Überschrift »Demokratie und Aufklärung« (Kritische Sozialwissenschaften und Politische Bildung im Diskurs – Materialien – Band 1).

Die unerläßliche Auseinandersetzung mit dem Krisenbegriff als solchem und seiner Verwendung erfolgt im Buchwerk auf breiter Front. Aus der Sichtung der Literatur, aus den Realanalysen und den Debatten fassen die Autoren übereinstimmend allgemeine Erkenntnisse zusammen, die sie in der Folge am Hauptfeld ihrer Diskurse anwenden. Sie verweisen auf die Gefahren, die sich aus der Ausuferung bei der Verwendung des Krisenbegriffs ergeben (von der unberechtigten Dramatisierung und Überbewertung beiläufiger Begleit- und Randscheinungen in Lebenswelt und System, über schleichende Ausbreitung von Abstumpfung, Indifferenz und Fatalismus bis zur Verharmlosung und Verdrängung existentiell fundamental bedeutsamer Lagemerkmale im Nahbereich sowie im konkreten wie auch abstrakt wirksamen Umfeld des Lebens als Individuum, Gruppenmitglied oder Gattungswesen). Sie verlangen eine deskriptive, analytische, erhellende, deutende und bewertende Klärung real zu nennender Krisen und realitätsunangemessener Krisenbezeichnungen, die emanzipatorischem Interesse verbunden ist, die als Beitrag zur konkreten Verbesserung des individuellen und kollektiven Bewußtseins Relevanz für die Praxis des politisch-kulturellen Lebens und seiner Einflußnahme auf die sozio-ökonomischen oder ökologischen Existenzgrundlagen hat. In der Krise wird so auch die »Chance der Krise« sichtbar, entstehen in mehr oder minder deutlicher Weise Elemente einer Krisenlösung.

Die Verortung der Autoren im sozialwissenschaftlichen Diskurs in der BRD fällt nicht

schwer, betrachtet man die Grundaussagen in den verschiedenen Beiträgen, die Aspekte der »Krise der Politik« behandeln. Ihre Aussagen und Bestrebungen decken sich eher mit den Globalisierungskritikern von Seattle, Göteborg und Genua als mit dem »mainstream« heutiger Politik und Politikwissenschaft. Bei den Analysen und Lageeinschätzungen zur politisch-gesellschaftlichen Realität geraten sie unweigerlich zur Auseinandersetzung mit der Globalisierung (dazu z. B. Narr, S. 275-294) und zur Weiterführung der Kapitalismuskritik. Kapitalismusanalyse wird als Voraussetzung der Krisenbewältigung erkannt, wobei es sowohl gilt, die Bannsprüche, denen sie heute unterliegt, aufzubrechen, als auch zu begreifen, daß es nicht nur um ein Denken über Marx hinaus geht, sondern daß inzwischen Kapitalismusanalyse heute unter wiederum veränderten Bedingungen fortgeschrieben werden muß.

Aus der Feststellung, daß Politik im Zeitalter der Globalisierung gegenwärtig fast nur als »Verlustanzeige« aufgegeben werden könne, erwachsen für die Autoren sowohl Forderungen nach Krisenbewältigung durch demokratische Selbsterneuerung (globale Strukturveränderungen im Sinne einer neuen Integrationsform weltbürgerlicher Solidarität, Institutionalisierung transnationaler Willensbildung, konsensorientierte Weltinnenpolitik) als auch die Forderung, damit lokal und kleinregional zu beginnen.

Die in den Beiträgen zur Krise der Politik aufgeblättern Seiten und aufgeworfenen Fragen sind im einzelnen recht interessant (vor allem die nach der »Krise der Vereinigung« im Diskurs der Intellektuellen aus Ost und West in den neunziger Jahren, nach den neuen Formen der Aneignung des Politischen im ästhetischen Bereich, nach der Imagepflege als Ersatz für Politik). Dieser Teil des Bandes wirkt aber eher fragmentarisch als exemplarisch, wohl auch deshalb, weil hier die Beziehungen zwischen Politik und Ökonomie zu wenig ins Spiel kommen.

Die breit gefächerte Auseinandersetzung mit der Krise der Politischen Bildung in der BRD (und darüber hinaus) liest sich stellenweise wie ein Aufschrei zur Rettung dieser Disziplin, ist aber natürlich weit mehr. Auch wenn die Verfasser der Beiträge sicher nicht die Mehrheit der Politiklehrenden repräsentie-

ren, artikulieren sie nicht nur Unbehagen, sondern liefern wohl die seit Jahren tiefsten Analysen auf diesem Gebiet. Und aus ihrer scharfen Kritik formulieren sie nicht nur Anklagen, sondern sind mit tiefer Sachkenntnis und demokratischer Verantwortung um Auswege, Lösungsvorschläge und Zuspitzung des Diskurses bemüht. Von der Beschreibung der Zustände, die sie mit vielen anderen teilen, dringen sie tiefer in die Zusammenhänge von Politik und Politischer Bildung ein, stoßen auf Ursachen, scheuen sich nicht zu sagen, daß sich in der Krise der Politischen Bildung grundlegende Entwicklungsmechanismen sowie aktuelle Kräfte- und Mentalitätsverhältnisse der Gesellschaft widerspiegeln. (S.26) Gleichzeitig steckt ein Stück Selbstkritik der Zunft in der Feststellung, daß versäumte Krisenbezüge sowohl Ursache als auch Ausdruck der Krise Politischer Bildung sind und daß eine krisenindifferente Politische Bildung ihrerseits krisenartig und krisenkonstitutiv oder -verschärfend ist. (S. 11) Überzeugend wird auch die Kritik an den zahlreichen oberflächlichen Dokumenten, Resolutionen, Reden und den Bittstellereien zur Rettung der Politischen Bildung formuliert, die an den Kernproblemen vorbeigeht und im Grund wirkungslos bleibt.

Die Autoren folgern aus den Befunden die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels in Politik und Politischer Bildung. Sie fordern, Krisen ins Zentrum Politischer Bildung zu stellen. Sie lehnen ausdrücklich eine Politische Bildung als Systemrechtfertigung und Anpassungsinstanz, eine staatsaffirmative Ausrichtung dieser Bildung ab und stellen als ein wesentliches Ziel die »Erziehung zur Widerständigkeit« in Verbindung mit »Distanzfähigkeit« heraus. Sie wenden sich gegen die in den letzten Jahrzehnten häufig betriebene Herausbildung von formaler Staatsloyalität, Staatsapologetik oder auch Nationalapologetik. Sie warnen vor einem Super-GAU, von dem bald die Mainstream-Variante der Politikdidaktik betroffen sein könnte mit Folgen für die ganze Disziplin und die Lernenden aller Bildungseinrichtungen. Ausdrücklich sollen auch die Erfahrungen aus der DDR und aus anderen Ländern herangezogen werden. Ungeachtet ihrer pluralistischen Dienstleistungsfunktion sei Politische Bildung darauf angewiesen, Bündnispartner in sozialen Bewegun-

gen und damit eher bei den Opfern als bei den Akteuren der laufenden Ereignisse zu suchen.

Reichhaltig ist der Katalog der Vorschläge, die im Buch zu den Inhalten und Methoden Politischer Bildung im schulischen und außerschulischen Bereich entwickelt werden, zur Gestaltung der Curricula, aber auch zur Ausbildung und Fortbildung der Lehrer.

Aus diesem Fundus können sowohl Politiker wie Wissenschaftler und Lehrer schöpfen, vor allem jedoch gilt es die Aufforderung der Autoren zum weiteren Diskurs anzunehmen. So könnte auch die von *Claußen* gewünschte neue theoretische Plattform entstehen.

ROLAND BACH

Widerspruch 40

Mit dem durchaus programmatisch zu verstehenden Thema *Zukunfts-Perspektiven* startet die in der Schweizer Bankenmetropole Zürich erscheinende Zeitschrift *widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik* in ihren 21. Jahrgang. Seit nunmehr 20 Jahren treibt die Redaktion der Ehrgeiz, mit jeweils zwei thematisch strukturierten Heften pro Jahr in die kritische Debatte neuer (welt)gesellschaftlicher Entwicklungen und in die Kontroversen um die Zukunft eines sozialistischen Projekts einzugreifen. Aus der jüngeren Vergangenheit beweisen Titel wie *Sozialdemokratie oder ökosozialer Umbau?* (Heft 34/Dezember 1997), *Flüchtlinge, Migration und Integration* (Heft 37/Dezember 1998) oder *Globalisierung und Widerstand* (Heft 38/Januar 2000), mit welcher geradezu prophetisch anmutenden Voraussicht es immer wieder gelungen ist, Problemkreise zu einem Zeitpunkt aufzugreifen, als diese ihre eigentliche Konjunktur noch vor sich hatten. Schon um eine Ahnung von dem zu bekommen, was los sein wird, lohnt sich also regelmäßig ein tiefer Blick in die *widersprüche*.

Im aktuellen Heft 40 (1. Halbjahr 2001) ist der Blick in die Zukunft nichts implizit Beiläufiges mehr, sondern wird ausdrücklich zur Absicht erhoben. Die eher ›reformistische‹ Perspektive wird dabei in Beiträgen von *Elmar Altvater* zur Regulation und Reform der internationalen Finanzmärkte und von *Michael R. Krätke* mit Überlegungen zu den Aussichten auf einen neuen Reformismus als Grundlage des »Europäischen Wohlfahrtskapitalismus« untersucht.

Sowohl in bezug auf die Regulation der Finanzmärkte, die allerdings bestenfalls zur Eindämmung (nicht zur Abschaffung) von Instabilitäten führen wird (Altvater), als auch für die Durchsetzung einer notwendigen, »anderen Form von Wohlfahrtsstaat« erweist sich das Credo von *Krätke* als aufschlußreich: Es gilt an eine »gute reformistische Tradition anzuknüpfen, um dem gesellschaftlichen Verstand gegen den Terror der Ökonomie beziehungsweise gegen die herrschende ökonomische Ideologie wieder zu Einfluß und Macht zu verhelfen«. Schwieriger ist ein solcher Rückgriff allerdings dort, wo eine »fernsehgesteuerte Spaß- und Giergesellschaft« einer demokratischen Systemveränderung »kaum ernsthafte Chancen gewährt« (*Arnold Künzli*), so daß eine Zukunft mit mehr politischer Demokratie und Wirtschaftsdemokratie zunächst auf eine Art »Mikro-Praxis« zurückgeworfen scheint. Und auch das von *Mohssen Masserat* in seinen eher abstrakten Umrissen vorgestellte neue Konzept von »Chancengleichheit als Ethik der Nachhaltigkeit« bedürfte zu seiner Umsetzung sicherlich mehr als das Hoffen auf »wachsende Einsichten sowohl in der Wissenschaft wie auch in der Politik«.

Schließlich bliebe da noch die ganz nahe Zukunft, die vor allem aus sozialökologischem Blickwinkel erörtert wird. Während *Michael Müller* die »Energiewende jetzt!« einfordert, denkt *Willi Brügggen* schon mal darüber nach, wie es »nach dem Scheitern der Ökosteuer« weitergehen könnte – und kommt in Erinnerung an ein bereits vor fünf Jahren im Crossover-Kontext vorgestelltes Konzept zu einem doch überraschenden Schluß: mit einer Ökosteuer natürlich! Statt die Erträge wie bisher mit der Rentenversicherung zu verrechnen, sollen jetzt »die Einnahmen des nächsten Erhöhungsschrittes für kommunale Auftragsvergabe im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs oder der ökologischen Wohnumfeldverbesserung« verwendet werden.

Insgesamt bietet *widerspruch 40* also eine Vielzahl unterschiedlicher Aus- und Einsichten, auf die in der Debatte in Zukunft mit einiger Sicherheit zurückzukommen sein wird; und wer kann schon wissen, was in den kommenden 40 Heften noch alles an neuen Themen und Sichten dazukommen muß ...

ARNDT HOPFMANN

HELMUT BOCK: On the Eve of Class Struggle – Lyon 1831

On the occasion of the 170th anniversary of the workers rebellion in Lyon (France), Helmut Bock – a famous specialist on the first half of the XIXth century French history – commemorates the difficulties and achievements of the young labour movement in France. Following the Revolution of 1830, which led to the establishment of the so-called July-Monarchy, the emerging French bourgeoisie was not only arrogant but tried also to impose more brutal forms of exploitation. It was in the city of Lyon, where, November 21, 1831, a wage contracts and tariffs conflict of relatively minor importance erupted. Due to the armed intervention of the National Squad, this conflict turned into a generalised worker's rebellion. Despite the fact that this rebellion was repressed, its significance remains important for the entire labour movement under capitalism.

WOLFRAM ADOLPHI: The Turning Point: September 11th

The terrorist acts of September 11th, 2001 in New York and Washington mark a turning point in history. All political groups are confronted with the same question: What now? The Left has to take part in the search for adequate answers: thoughtfully, critically, self-critically and openly. The author discusses this search under the headlines »Uncertain: who is guilty«, »Uncertain: the response«, »Certain: the lost of Certitudes« and »Certain: the crash of a shelter«, and then presents initial proposals for new answers.

FRIEDRICH W. SIXEL: What, after all, is not »complete madness?«

This brief essay is a take off from Samir Amin's essay »Pure Economics« – der reine Wahn« published in UTOPIE kreativ, no. 126. It tries to go beyond Amin's well argued views on modern economics, pointing out that much more – than just in the field of economics – of today's scientific knowledge has sacrificed the search for the truth on the altar of »value-free« correctness. In so doing, scientific findings have abandoned their attempt at holism. Their application has therefore to be regulated by norms and values, which, to say the least, are not intrinsic to these findings. Arguing that under the prevailing ideological conditions of late capitalism and neo-liberalism, norms and values have become matters of arbitrary choice, the essay attempts to point out that the only salvation from this erroneous path is a radically new consciousness that knowledge has a materially-concrete foundation. Hanging on to that falsity would mean madness.

SEFAN MERTEN: Free Software and a Free Society

The characteristics and special ways of producing Free Software are explained. The reason for the effective success of Free Software is, on the one hand, the individual self-realisation of its developers. This constitutes the central motor for its rapid development. On the other hand, it is the widespread availability of digital copies and the Internet that makes Free Software possible. The self-realisation aspect indicates a new type of development of productive forces, which has the potential of revolutionising society, as a whole and transforming it into something new – the GPL society. Over a prolonged period, Free Software will be essentially the seed, from which the emancipation from capitalism at the attained level of technology appears possible.

HANS JÜRGEN KRYSMANSKI: High-Tech-Anti-Capitalism: a contradictio in adjecto?

It is remarkable that - at least to high-tech capitalists - the notion of ›high-tech anti-capitalism‹ evokes often only images of ›high tech terrorist warfare‹, ›bio-tech attacks‹ and the like. A profitable counterterrorism industry has long since emerged in this domain. On the other hand, anti-capitalist movements frequently identify capitalism with the high-tech means of repression that confronts them. This is a vicious circle that leaves little room for the equation of high-tech and at the same time ›political progress‹. De facto the most interesting current anti-capitalist movements thrive on peaceful conflict practices and resolutions provided by the ›virtual society‹ of Hypercapitalism (Rifkin). The low-tech-attacks on the World Trade Center and Pentagon threaten to obscure the level of sophistication and of non-violence that political, economic and cultural conflicts have achieved in the postmodern epoch.

SIEGFRIED WENZEL: Experiences from the First Attempt at Socialism in Europe

In his article Siegfried Wenzel, once a high-ranking member of the Central Planning Commission in the GDR (East Germany), seeks the lessons that should be learned from the defeat of state-socialism, as a step toward creating a non-capitalist society. In his deliberations he arrives at the conclusion that the main reason for the collapse of the soviet-like social model resides in its inability to create an efficient economic system. He finds that particularly market relations could not be replaced by a well working form of state-controlled economy. From that point of view Wenzel pleads for a socialist policy that should try to control multinational firms while supporting all forms of small and medium business. But the most important thing is to win electoral majorities favouring such reforms – which to Wenzel – does not seem to be impossible.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können sowohl auf Diskette (dann stets zusammen mit einem Ausdruck) als auch per eMail (als Attachment) vorzugsweise im »rtf«-Format eingesandt werden. Sofern in den Text Graphiken eingebunden sind, bitten wir darum, diese als gesonderte Datei beizufügen.

Da wir bemüht sind, in den jeweiligen Ausgaben eine Vielzahl von Themen zu berücksichtigen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von 25 000

Impressum

Herausgegeben im Auftrag der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
durch den Förderverein Konkrete Utopien e.V.
Gründungsvorsitzende:

GUNTHER KOHLMLEY † und HELMUT STEINER

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN (V.i.S.d.P.),

ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,

JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,

DIETMAR WITTICH

Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 11 - 57, Fax - 81)

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosaluxemburgstiftung.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: BärenDruck GmbH,

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,

10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: DM 10

Jahresabonnement (incl. Versand):

DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): DM 144

Zeichen (entspricht zirka 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Am Ende des Beitrages bitten wir folgende Angaben unmittelbar anzufügen:

Informationen zur/zu den Autor/innen (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung/Tätigkeit, Publikationen etc.), Marginalien (zirka im Verhältnis 5 : 1 zum Umfang des Beitrages; das heißt auf 25 000 Zeichen kommen zirka 5 000 Zeichen Marginalien) sowie eine deutsche und eine englische Zusammenfassung/Summary (zirka 300 bis 500 Zeichen). Autor/innen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen/Annotationen muß folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten: Vorname, Name der Autor/innen oder Herausgeber/innen: Titel, Verlag, Ort, Jahr, Seitenzahl und (Preis). Der Umfang des Textes sollte zirka 7 000 Zeichen nicht überschreiten.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Eine Rücksendung von Manuskripten erfolgt nicht. Nach Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 73/74:	je	2 DM
Heft 75 bis 109/110	je	5 DM

